

Auswirkungen der Pflegekrise auf die Gesamt- wirtschaft

Interview mit
Steffen Kampeter,
Hauptgeschäfts-
führer der Bundes-
vereinigung der
Deutschen Arbeit-
gebervverbände
(BDA)

Alle Räder stehen still ...

Wie die Versor-
gungskrise
in der Pflege
zunehmend
die Wirtschaft
ausbremst

Immer mehr Leistungen der Eingliede- rungshilfe:

Chance für wei-
teres Wachstum
privater Anbieter

Bernd Meurer als E.C.H.O.-Vize- präsident bestä- tigt

bpa



60 JAHRE
Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.

1964 — 2024



**Anspruch
pflegen.**



60 JAHRE

Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.

1964 — 2024

jede 3.

Jede dritte Pflegeeinrichtung
und zahlreiche Einrichtungen
der Eingliederungshilfe sowie
der Kinder- und Jugendhilfe sind
Mitglied im bpa.

Editorial

Erst nach einem Proteststurm wacht die Bundesregierung auf

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

na also, es geht doch. Die Bundesregierung hat nun doch begriffen, dass man die enormen Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung nicht einfach aussitzen kann. Nachdem Bundesgesundheitsminister Lauterbach in einem bemerkenswerten Interview zwar vor der sich zuspitzenden Situation gewarnt hatte, gleichzeitig das Thema aber mit dem Verweis auf unterschiedliche Vorstellungen innerhalb der Koalition für diese Legislaturperiode abräumen wollte, war die Kritik doch zu laut und zu heftig.

Auch ich selbst habe deutliche Worte gefunden. Die enormen Schwierigkeiten in der Pflege zu sehen, aber nichts für eine Sicherung der Versorgung für hunderttausende Betroffene zu unternehmen, wäre eine politische Bankrotterklärung.

Es brauchte rund drei Wochen und unzählige Gespräche im politischen Berlin, bis das Einsehen kam. Nach der Sommerpause soll es nun also doch endlich einen Plan geben, wie diese Regierung dafür sorgen will, dass Pflegebedürftige wieder die Versorgung finden, die sie brauchen.

Dass es dazu keinen kompletten Systemwechsel braucht, haben wir in einem vielbeachteten 5-Punkte-Plan dargestellt. Fünf große Sofortmaßnahmen können die Situation für die Pflegeeinrichtungen und die Betroffenen entscheidend verbessern: eine Befreiung der Pflegeversicherung von versicherungsfremden Leistungen, die Anpassung und Dynamisierung der Leistung für Pflegebedürftige, die Einführung einer Kompetenzvermutung für internationale Kräfte, ein Überdenken der Ausbildung in der Pflege und die realistische Gestaltung des Personaleinsatzes.

Dass beherrzte Schritte überfällig sind, zeigt derzeit eindrücklich eine Kampagne, bei der wir gemeinsam mit dem Verein „wir pflegen e.V.“ den Versorgungsmangel sichtbar machen. Denn so gut wie alle Pflegeeinrichtungen arbeiten an der Belastungsgrenze, viele haben bereits ihre Versorgungskapazitäten reduzieren müssen, weil das Personal fehlt und Refinanzierungen unklar sind. Unsere Mitgliedseinrichtungen zeigen also in diesen Tagen, wie häufig sie „Sorry“ sagen und eine Versorgung ablehnen müssen, obwohl sie gerne helfen wollen. Was das auf der anderen Seite des Telefonats, bei den pflegenden Angehörigen, auslöst, machen bewegen-



de persönliche Statements von Betroffenen greifbar, die auf der Kampagnenwebseite www.beianrufsorry.de nachzulesen sind.

Ein drängendes gesellschaftliches Problem, eine Bundesregierung, die erst zum Handeln gezwungen werden muss, und Leidtragende, die unter massivem Druck stehen: Es ist wichtig, dass wir als starker Verband der privaten Pflege in dieser Zeit so massiv Probleme benennen und Lösungen einfordern. Aber dazu brauchen wir auch Sie, liebe Mitglieder. Mischen Sie sich ein, beteiligen Sie sich an den Kampagnen und seien Sie sichtbar, wo wir auf Mitgliederversammlungen und Fachtagungen die direkte Diskussion mit der Politik suchen. Gemeinsam können wir viel bewegen – auch das haben diese Wochen gezeigt.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Bernd Meurer
Präsident

Titelthema

„... der größte Pflegedienst ist immer noch die Familie“

Interview mit Steffen Kampeter,
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

6

Alle Räder stehen still ... Wie die Versorgungskrise in der Pflege zunehmend die Wirtschaft ausbremst

Von Norbert Grote

9

„Von der Politik wünschen wir uns, dass sie das Thema Pflege konsequent in den Mittelpunkt stellt.“

Interview mit Ulrike Wagner,
Personalleiterin der Bremer Straßenbahn AG (BSAG)

13

Das sollten Sie wissen

Die einfachste Lösung: Probleme wegrechnen

Von Pascal Tschörtner

14

Immer mehr Leistungen der Eingliederungshilfe: Chance für weiteres Wachstum privater Anbieter

Von Pascal Tschörtner

16

Den Mut nicht verlieren: Ideen und Ansätze zur Verbesserung der aktuellen Situation in der ambulanten Pflege

Von Sven Wolfram

17

„Tausende Pflegebedürftige und ihre Familien ohne Unterstützung zu lassen, ist das Gegenteil von Solidarität. Darüber müssen wir reden.“

Der bpa auf dem Zukunftskongress
„Sozialwirtschaft managen“

18

bpa-Delegation geht neue Wege in Vietnam: Vizepräsidentin Margit Benkenstein zur Fachkräftesicherung und Kooperationsanbahnung vor Ort

19

bpa-Landesbeauftragter wird neuer Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses

Bisher einmaliger Erfolg in der Kinder- und Jugendhilfe

20

Starke Partner im Verbund

bpa bündelt Kräfte für mehr Gesundheit in der Pflege und baut Angebote für Einrichtungen und Mitarbeitende weiter aus

20

Bernd Meurer als E.C.H.O.-Vizepräsident bestätigt

22

Aktuelles aus den Ländern

Landesgruppe Baden-Württemberg

„Gesundheits-Lab“: Neue Wege für gesunde Mitarbeitende in den Mitgliedseinrichtungen

23

Landesgruppe Baden-Württemberg

Landesgruppe ist „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ beigetreten

24

Landesgruppe Bayern

Münchens erste Nachtpflege für Menschen mit Demenz

25

Landesgruppe Berlin

bpa-Mitgliedseinrichtung unterstützt Berliner Kältebus mit 5.000 Euro

26

Landesgruppe Berlin

Weißer Spargel und vielfältige Diskussionen: Get-together der Berliner Mitglieder

27

Landesgruppe Brandenburg

Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen im Fokus der Mitgliederversammlung

28

Landesgruppe Brandenburg

Feiern statt Verhandeln – bpa-Maifest in Potsdam

29

Landesgruppe Bremen/Bremerhaven

Diskussionsveranstaltung: Versorgungsmangel in der Pflege schadet der Gesamtwirtschaft

30

Landesgruppe Hamburg

Erste „Pflege Lounge“ begleitet Eröffnung neuer Räumlichkeiten der apm in Hamburg

33

Der bpa in den sozialen Medien:

schnell, direkt und immer auf dem neusten Stand.

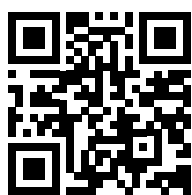
Jetzt gleich abonnieren!

Links zu X (ehemals Twitter),

Facebook und

LinkedIn finden sie hier:

https://linktr.ee/der_bpa



Landesgruppe Hessen		Landesgruppe Sachsen	
Auftaktgespräch mit Hessens Staatsministerin Diana Stolz	34	Neues Landesheimgesetz in Sachsen	47
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern		Landesgruppe Sachsen-Anhalt	
18. Qualitätskonferenz begeistert knapp 600 Teilnehmende	35	Fachkräfte gewinnen durch ausländische Auszubildende	48
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern		Landesgruppe Schleswig-Holstein	
Pflegepolitischer Abend zur Zukunft der ambulanten Pflege	37	Vergnüglicher Jahresempfang an der Ostsee	49
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern		Landesgruppe Schleswig-Holstein	
Gewinnung vietnamesischer Pflegehelfer – Anwerbung von Auszubildenden erweist sich als Erfolgsmodell	38	Pflegepraktikum der Europaabgeordneten Delara Burkhardt (SPD) im Seniorenwohnpark „Villa Carolath“	50
Landesgruppe Niedersachsen		Landesgruppe Thüringen	
Der bpa Niedersachsen im Austausch mit der Politik: Tilman Kuban und Tino Sorge von der CDU	39	Talkrunde „Pflegepolitik in Thüringen“ mit Ministerin Heike Werner und Landtagskandidaten	51
Landesgruppe Niedersachsen		Landesgruppe Thüringen	
Goldenes Jubiläum im Haus Wietze	40	Ministerpräsident besucht Pflege-Centrum	52
Landesgruppe Niedersachsen		bpa.präsent	
30 Jahre Mitgliedschaft im bpa: Einer der ersten privaten Pflegedienste nach Einführung der sozialen Pflegeversicherung	41	Der bpa auf dem Hauptstadtkongress 2024	53
Landesgruppe Niedersachsen		Der bpa auf der Altenpflegemesse in Essen	57
bpa-Arbeitskreis der Eingliederungshilfe	41	bpa.portal	
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen		Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	61
Pflege darf kein Luxusgut werden: bpa unterstützt Protestkundgebung in Aachen	42	Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	62
Landesgruppe Rheinland-Pfalz		Ihre Ansprechpartner beim bpa	66
Modellprojekt „FSJ-Pflege“: Erfolgreiche Initiative gegen den Fachkräftemangel verlängert	44	Impressum	67
Landesgruppe Saarland			
Pflege zum Frühstück – mit Gesundheitsminister Dr. Magnus Jung	45		
Landesgruppe Sachsen			
Klausurtagung: Landesvorstand diskutiert den Arbeitsplan für 2024	46		

„... der größte Pflegedienst ist immer noch die Familie“

Interview mit Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) über die Auswirkungen der Pflegekrise auf die Gesamtwirtschaft

Herr Kampeter, während die Zahl der Pflegebedürftigen ständig steigt, erlebt Deutschland derzeit einen Rückbau der pflegerischen Versorgungsstrukturen. Spüren die Unternehmen bereits, dass Mitarbeitende ausfallen, weil die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen nicht gesichert ist oder organisiert werden muss?

Es ist richtig, dass der Bedarf an Pflegekräften in Deutschland auch demografisch bedingt zunimmt und die Herausforderungen immer größer werden, diesen Bedarf abzudecken. Das zeigt sich zunehmend auch im betrieblichen Alltag. Denn der größte Pflegedienst ist immer noch die Familie. Laut Statistischem Bundesamt werden vier von fünf der fünf Millionen Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Nach aktuellen Befragungen sind über 80 Prozent der Hauptpflegepersonen im erwerbsfähigen Alter auch berufstätig.

Insbesondere Tagespflegeangebote und Angebote der Kurzzeitpflege sind bedarfsgerecht auszubauen.

Uns muss klar sein, dass adäquate Versorgungsstrukturen bereitstehen müssen, damit Beschäftigte gerade nicht ausfallen. Insbesondere Tagespflegeangebote und Angebote der Kurzzeitpflege sind bedarfsgerecht auszubauen. Und auch die Unternehmen selbst tun viel, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Mitarbeitende zu unterstützen, zu motivieren, zu halten und

neue Mitarbeitende auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Ein Vorteil dabei ist, dass Lösungen auf betrieblicher Ebene möglichst individuell gefunden werden können. Denn jeder Pflegefall ist anders und die betrieblichen Unterstützungsmöglichkeiten können sehr unterschiedlich und passgenau ausgestaltet werden.

Der Zusammenhang ist allen klar: Wenn es zu wenig Kitaplätze gibt, können Eltern oftmals nicht in Vollzeit arbeiten. Ist der gleiche Zusammenhang zwischen Pflegeplätzen und Arbeitsfähigkeit schon allen Politikerinnen und Politikern bewusst?

Das kommt darauf an. In den letzten Jahren wurden für die Beschäftigten Möglichkeiten geschaffen, Pflege von Angehörigen flexibel zu gestalten, zum Beispiel durch eine Brückenteilzeit, Pflegezeit oder Familienpflegezeit. Die Politik plant nun auch noch die Erweiterung der Ansprüche auf Familienpflegezeit. Insoweit haben fachkundige Politiker ein gewisses Problembewusstsein für diese Frage entwickelt.

Zudem gilt: Bei allen Plänen zur Erweiterung der Ansprüche auf Familienpflegezeit dürfen betriebliche Interessen und Möglichkeiten zur Unterstützung nicht außer Acht gelassen werden. Niemandem ist geholfen, wenn Betriebe nicht mehr handlungsfähig sind, weil ein Gros der Beschäftigten andere Ansprüche geltend macht. Vorrangig sollten deshalb immer individuelle Lösungen für eine gute Vereinbarkeit gesucht werden.

Und auch die noch immer in weiten Teilen unzureichende Betreuungsinfrastuktur für pflegebedürftige Angehörige

erschwert die Aufrechterhaltung und Ausweitung des Arbeitsangebots. Hier muss die Politik ihrer Verantwortung nachkommen und die Pflegeinfrastruktur bedarfsorientiert ausbauen.

Fehlende Mitarbeitende in der Pflege verstärken zunehmend den Personal-mangel in anderen Branchen. Unter-nimmt die Bundesregierung genug oder brauchen wir hier auch ein stärkeres Engagement der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik?

In Deutschland sind rund 3,2 Millionen Menschen, die grundsätzlich arbeiten möchten, nicht erwerbstätig. Ein Teil davon kann dies auch wegen Pflegeverantwortung nicht. Es gibt hier also Potenzial für die Gesamtwirtschaft. An diese ‚Stille Reserve‘ müssen wir stärker ran – auch die Arbeitsagenturen und Jobcenter. Der arbeitsmarktpolitische Werkzeugkasten bietet ausreichende Fördermöglichkeiten, die auch zur Unterstützung der Arbeits- und Fachkräftesicherung in der Pflege geeignet sind. Die Anwerbung ausländischer Pflegefachkräfte über die Bundesagentur für Arbeit ist aber sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich rechne nicht damit, dass wir auf absehbare Zeit hier sehr viel größere Fallzahlen hinbekommen werden.

Zudem ist aus Sicht der Arbeitgeber die Fehlausrichtung des Bürgergeldsystems problematisch. Es setzt falsche Prioritäten. Anstatt die Vermittlung in Arbeit zu fördern, werden Anreize zur Nicht-Arbeit verstärkt. Hier haben wir sehr klar gesagt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Was raten Sie Ihren Mitgliedsunternehmen, die solche Effekte beobachten?



Foto: BDA | Michael Hübner

Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Kann das Miteinander zwischen Pflegeanbietern und lokaler Wirtschaft noch enger werden?

Auch hier gilt, dass auf betrieblicher Ebene die Lösungen am besten individuell und vor Ort gefunden werden sollten. Um spezifische Herausforderungen gezielt anzugehen, können gerade kleine Arbeitgeber von regionalen Netzwerken profitieren und im branchenübergreifenden Austausch passgenau auf Einzelfallsituationen reagieren.

Der Mangel an Pflegekräften wird auch durch eine schleppende Anerkennung internationaler Kräfte getrieben. Muss Deutschland dabei unbürokratischer und schneller werden?

Die Anerkennung von Berufsqualifikationen ist viel zu bürokratisch. Vor allem Fachkräfte, die ihre Qualifikation im Ausland erworben haben, bekommen das zu spüren. Insbesondere im Bereich der Pflege, indem qualifizierte Fachkräfte zeitkritisch eingestellt werden müssen, sind die Verfahren zu kompliziert. Sie erschweren und verlangsamen den Zugang zum Arbeitsmarkt. An konkreten Verbesserungsvorschlägen mangelt es sicher nicht. Dass hier Handlungsbedarf besteht, ist ein offenes Geheimnis. Hinzu kommen Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Bundesländern bei der Integration ausländischer Fachkräfte in den Arbeitsmarkt. Ich bin immer wieder fassungslos, wenn ich höre, dass Menschen aus dem Ausland, die ein Anerkennungsverfahren im Pflegebereich in einem Bundesland erfolgreich absolviert haben, in einem anderen Bundesland nicht arbeiten dürfen.

Unternehmerisches Engagement in der Pflege wird in manchen politischen Kreisen immer noch in Frage gestellt, obwohl die privaten Unternehmen hier zehntausende Arbeitsplätze geschaffen haben. Verstehen Sie das?

Nein, denn am Ende zählt nur, dass wir dem bestehenden und steigenden Pflegebedarf gerecht werden. Dies gelingt am besten mit einem breiten Angebot und einem lebendigen Wettbewerb. Private Anbieter leisten hier einen substantziellen Beitrag mit wettbe-

Private Anbieter leisten hier einen substantziellen Beitrag mit wettbewerbsfähigen Angeboten, guter Pflege und guten Arbeitsbedingungen.

werbsfähigen Angeboten, guter Pflege und guten Arbeitsbedingungen. Die Politik wäre gut beraten, die ohnehin schon herausfordernde Situation in der Pflege nicht noch durch ideologisch getriebene Auseinandersetzungen zu polarisieren.

Sind die großen Herausforderungen der Zukunft, vom Klimawandel bis zum demographischen Wandel, ohne Vertrauen in die Unternehmen überhaupt zu lösen?

Wohl kaum. Die Unternehmer sind der Kern unserer sozialen Marktwirtschaft. Sie stiften Wohlstand und geben Arbeit. Sie sind der Motor unseres Landes. Ohne Unternehmen gäbe es keine Arbeitsplätze, keine Wertschöpfung, keine Steuereinnahmen, keine Milliarden, die für Bildung, Gesundheit, Rente, Infrastruktur und Sicherheit ausgegeben werden können.

Es gibt politische Strömungen, die Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland heraus drängen wollen. Welche Konsequenzen hätte dies für unser Land und den Wirtschaftsstandort?

Die Europawahl ist hier aktueller Grattmesser. Daraus ergibt sich ein klarer Auftrag aus der Mitte der Gesellschaft

heraus. Die Politik der EU-Institutionen – aber eben auch die nationale Regierung – muss sich auf ihre Stärken besinnen und die Chance nutzen, sich neu auszurichten. Ich lese aus den Ergebnissen einen klaren Auftrag an die Regierenden, Wettbewerbsfähigkeit und Sta-

bilität auch gegen die Ränder durchzusetzen. Nichtsdestotrotz besorgen mich die hohen Zustimmungswerte der AfD. Das sind alarmierende Entwicklungen in Deutschland und ein Zeichen dafür, dass die Menschen mit der Ampel-Politik alles andere als zufrieden sind.

Aus meinen persönlichen Erfahrungen als Abgeordneter kann ich nur an die Politik appellieren, sich der Mitte zuzuwenden.

Sie müssen die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Zuhören, nachdenken, handeln – muss die Devise lauten. Die Menschen müssen wieder mehr Vertrauen finden, dass ‚die da oben‘ gute Entscheidungen für sie treffen.

Dazu gehört eine volksnahe und pragmatische Haltung zur Lösung der Alltagsprobleme wie Bürokratieabbau, Infrastrukturausbau, erschwingliche Lebenshaltungskosten, niedrige Energiepreise, gute Bildungschancen, sichere Arbeitsplätze, attraktive Arbeitsbedingungen, verlässliche Alterssicherung, funktionierende Gesundheitsversorgung etc. pp. Das muss für die Pflegekraft in Grevenbroich ebenso funktionieren wie für den Lehrer in Leipzig, die Elektroingenieurin in München und den Handwerksmeister in Neubrandenburg.

Alle Räder stehen still ... Wie die Versorgungskrise in der Pflege zunehmend die Wirtschaft ausbremst

Von Norbert Grote

Züge fahren nicht, weil der Lokführer fehlt, Handwerker haben für das ganze Jahr keine freien Termine mehr, der Facharzt findet erst im nächsten Frühjahr eine freie Lücke im Praxiskalender und das Lieblingscafé bleibt inzwischen vormittags geschlossen. Personalmangel in Deutschland im Jahr 2024.

Was es in einer solchen Situation nicht geben dürfte, sind Menschen, die gerne arbeiten wollen, es aufgrund der Rahmenbedingungen jedoch nicht können. Aber diese Menschen gibt es, sogar in zunehmender Anzahl, und sie sind zu einem großen Teil sehr gut ausgebildet. 3,2 Millionen hat das Statistische Bundesamt jüngst gezählt und sie zur „stillen Reserve“ erklärt. Diese Menschen werden zu einem großen Teil durch Care-Arbeit, also die Betreuung und Pflege von



Foto: Meike Kenn

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote

gung. Natürlich sind es vielfach Eltern, in viel zu vielen Fällen sind es inzwischen aber auch pflegende Angehörige, die die eigene Erwerbstätigkeit reduzieren oder ganz aufgeben müssen.

mierend. Die für die Pflege von Angehörigen im Schnitt aufgewendeten Wochenstunden stiegen innerhalb von fünf Jahren von 43 auf 49 an, nur knapp die Hälfte der pflegenden Angehörigen schafft es, in Vollzeit zu arbeiten. 28 Pro-

„Seit März 2024 habe ich einen Pflegedienst, der mein Kind morgens wäscht und anzieht. Es fehlen jedoch Kräfte, die tagsüber stundenweise die Betreuung übernehmen. Ich habe über 2,5 Jahre gesucht, alle Pflegedienste in der Stadt und im Umkreis angerufen und mich auf die Wartelisten setzen lassen. Absagen wie Personalmangel, keine Kapazitäten waren Standard.“

Frau K. aus Niedersachsen

„Ich bin alleinerziehend mit einem sechsjährigen Kind, welches eine allgemeine Entwicklungsverzögerung mit geistiger Behinderung hat. Es wäre schön, wenn zwei- bis dreimal die Woche eine Unterstützung da wäre. Oder auch spontan nach Bedarf, denn das Leben lässt sich nicht immer planen. Aktuell suche ich nicht. Hatte mir Ende Februar den Arm gebrochen und brauchte dringend Hilfe mit meinem Kind. Zehn Pflegedienste angerufen hier vor Ort (alle die es gibt) und zehn Absagen erhalten! Letztendlich musste mein Kind dann vorübergehend zum Vater ziehen für vier Wochen.“

Frau M. aus Schleswig-Holstein

zent haben aufgrund der Situation ihre Arbeit ganz aufgegeben. Gleichzeitig steigen die Belastungen an. Jeder vierte ist hoch belastet und kann die Pflegesituation „eigentlich gar nicht mehr“ oder „nur unter Schwierigkeiten“ bewältigen.

Eine wesentliche Ursache für die steigende Belastung pflegender Angehöriger ist das Wegbrechen professioneller Unterstützung. Seit fast zwei Jahren reden wir über Insolvenzen, Be-

Angehörigen gebunden und stehen dem Arbeitsmarkt deswegen nicht zur Verfö-

Dazu hat das WIdO-Institut der AOK geforscht. Die Ergebnisse sind alar-

triebsschließungen und einen stillen Kapazitätsabbau in allen Sektoren der Langzeitpflege, diese aktuellen Zahlen zeigen nun schmerzhaft die Auswirkungen.

Die zusätzliche Belastung der Familien sowie die arbeitsmarktpolitischen und volkswirtschaftlichen Schäden sind politisch zu verantworten:

Die Warnungen der Verbände wurden durch das Bundesministerium für Gesundheit erst kleingeredet und zu „nor-

war es, der diese besorgniserregende Entwicklung vor einigen Wochen öffentlich auf die Tagesordnung gebracht hat – um dann im selben Atemzug zu verkünden, dass Finanzmittel zur Absicherung der Pflegeversicherung und zur Leistungsabsicherung für die Pflegebedürftigen nicht vorhanden sind.

Die „Ausfallbürgen“ dieser sich dramatisch zuspitzenden Entwicklung sind Angehörige, die im Unsichtbaren eine zunehmend nicht selbst gewählte und

darisch und nicht einseitig zu Lasten der Angehörigen ausgerichtet sein dürfte.

Auch für die Pflegeeinrichtungen ist die Situation belastend. Unternehmerinnen und Unternehmer in der Pflege sind angetreten, um anderen zu helfen. Jetzt hindern der massive Personalmangel und oftmals unzureichende oder zu langsame Refinanzierungen sie daran, ihre Versorgungsangebote in vollem Umfang aufrechtzuerhalten – an einen notwendigen Ausbau mit zusätzlichen Versorgungsangeboten aufgrund steigender Hilfebedarfe ist gar nicht erst zu denken!

„Als Spezialeinrichtung für Menschen mit Demenz erreichen uns täglich, manchmal mehrmals am Tag Anrufe und E-Mails verzweifelter Angehöriger. Auch Mitarbeiter*innen der Sozialdienste aus den Krankenhäusern bitten uns immer wieder, einen freien Pflegeplatz zur Verfügung zu stellen. Wir würden so gerne helfen und die Betroffenen unterstützen!“

Frau H., Leiterin einer stationären Pflegeeinrichtung in Niedersachsen

Es ist offensichtlich: Das Wegbrechen professioneller pflegerischer Versorgung wirkt sich auf andere Branchen und damit die Gesamtwirtschaft aus, es gefährdet den Wohlstand in Deutschland.

Es ist absolut unverständlich, dass die zuständigen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker nicht längst großflächig Alarm schlagen. Warum haben weder der Wirtschaftsminister noch der Kanzler das Thema mit Priorität auf dem Tisch?

malem Marktgeschehen“ erklärt, als das Wegbrechen der pflegerischen Versorgung schon spürbar war. Erst langsam gab es die Bereitschaft zu ernsthaften Gesprächen zur Entschärfung der Situation. Konkret passiert und in Gesetzeskraft gegossen ist bis heute nichts!

Hilfe in Form konkret wirksamer politischer Sofortmaßnahmen ist jedoch mehr als überfällig. Zum ersten Mal seit Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 90er-Jahre erleben wir in Deutschland kein Wachstum, sondern einen Rückbau der pflegerischen Versorgungsstrukturen, während die Zahl der Pflegebedürftigen weiter rasant ansteigt und die demografischen Prognosen sogar weit übertrifft.

Der Bundesgesundheitsminister selbst

enorm schwierige Herausforderung bewältigen. Sie erfüllen eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nach demokratischem Grundprinzip nur soli-

„Mein Mann und ich pflegen eine hochbetagte, demente Frau, die ständige Betreuung benötigt. Morgens kommt der Pflegedienst zur Grundpflege. Beginnender Dekubitus auf Grund von Bettlägerigkeit seit einer Woche. Patientin muss oft gelagert werden. Ich suche eine Kurzzeitpflege, da eine Reha ansteht. Keine freien Kapazitäten.“

Frau N. aus Niedersachsen

Die Lösungen liegen auf dem Tisch und werden von Seiten der Pflegeanbieter und der pflegenden Angehörigen gleichermaßen inhaltlich vorgebracht. Um die Versorgung von Pflegebedürftigen unabhängig von ihrem Pflegegrad und die Unterstützung der pflegenden Angehörigen zu sichern, sind schnell wirksame Schritte zur Personalsicherung und zur Leistungsabsicherung für die Betroffenen notwendig.

Mehr Personal, damit pflegebedürftige Menschen sowie Ihre An- und Zugehörigen wieder Unterstützung finden:

- Niedrigschwellige Zugänge zum Pflegeberuf schaffen – einjährige Assis-

tenzausbildung: Die neue Assistenz- ausbildung in der Pflege darf nicht zu einer weiteren Verknappung bereits jetzt nicht ausreichend vorhandener Strukturen beitragen. Da-

Aufwärtsentwicklung, die wir angesichts der weiter steigenden Zahlen von Pflegebedürftigen dringend wieder brauchen. Stattdessen gehen mit der generalistischen Pflegeausbil-

den nach wie vor viel schneller werden. Wir brauchen eine Kompetenzvermutung, die den Überprüfungsprozess für internationale Pflegekräfte komplett umdreht: Wer eine entsprechende dreijährige Ausbildung oder ein Studium sowie die passenden Sprachkenntnisse hat, muss sofort als Fachkraft in Deutschland arbeiten dürfen. Ein eventuell notwendiger Vergleich der Ausbildungsinhalte kann im Nachgang erfolgen, während sich diese dringend benötigten Kräfte längst kompetent um pflegebedürftige Menschen kümmern können.

„Wir sind ein großer Ausbildungsbetrieb. Bis vor zwei Jahren hatte ich noch 14 Auszubildende. Dadurch dass die Altenpflegeausbildung weggenommen wurde, sind es jetzt nur noch zwei Auszubildende als Pflegeassistentin und eine Pflegefachkraft. Wir waren immer gut aufgestellt, weil viele Auszubildende bei uns geblieben sind. Wenn unsere älteren Mitarbeitenden bald in Rente gehen und kein Personal nachkommt, werden wir uns automatisch verkleinern und damit auch vermehrt Anfragen ablehnen müssen.“

Frau G., Leiterin eines ambulanten Pflegedienstes in Schleswig-Holstein

zu gehören allem voran der Pflegepädagogik- wie auch zunehmende Praxisanleitungs-Mangel. Die neue bundeseinheitliche Pflegeassistentin ist daher als qualifizierte wie praxisorientierte Ausbildung mit einer Ausbildungsdauer von zwölf Monaten zu konzipieren. Jede andere Regelung geht an den Bedarfen und vor allem an den zur Verfügung stehenden Ressourcen vorbei. Ohne den schnellen Aufwuchs von Assistenzkräften werden die Versorgungsengpässe in der Pflege weiter zunehmen

- Überdenken der Ausbildung in der Pflege: Warum wurde die Altenpflegeausbildung abgeschafft? Die Ausbildungszahlen liegen nach wie vor weit hinter dem Ausbildungsjahr 2021/2022 zurück, während der Personalbedarf in der Pflege weiter steigt. Es drängt sich die Frage auf: Warum wurde das Erfolgssystem der Altenpflegeausbildung abgeschafft, nachdem es zehn Jahre lang massive Zuwächse von insgesamt 60 Prozent aufweisen konnte? Das ist genau die

Aufwärtsentwicklung, die wir angesichts der weiter steigenden Zahlen von Pflegebedürftigen dringend wieder brauchen. Stattdessen gehen mit der generalistischen Pflegeausbil-

- Potenziale der Digitalisierung in der Aus- und Weiterbildung nutzen: Mit einer stärkeren Digitalisierung der Ausbildung können die knappen Lehrkräfteressourcen effektiver genutzt werden. Zudem werden mit digitalen Angeboten mehr Auszubildende in der Fläche erreicht. Studien (Isfort, dip), haben gezeigt, dass Auszubildende in der Regel aus einem Radius von 20 Kilometern rund um eine Pflegeschule stammen. Wer weiter entfernt wohnt, geht für die Pflegeberufe verloren. Der verstärkte Einsatz von digitalen Formaten in der Weiterbildung setzt zudem zeitliche Potenziale frei, die wieder der direkten Versorgung zugutekommen können.
- Beschleunigung des Einsatzes internationaler Pflegekräfte durch die „Kompetenzvermutung“: In der Anerkennung internationaler Pflegekräfte müssen alle beteiligten Behör-

Mehr Potenziale in der Versorgung schwerstpflegebedürftiger Menschen:

- Flexibilisierung des Personaleinsatzes in der ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflege, um bei knapper Personalsituation auch schwerstpflegebedürftige Menschen qualitätsgesichert versorgen zu können.
- Absenkung der vergütungsrelevanten Belegungsquoten auf ein realistisches

„Die größte Herausforderung bei uns ist die personelle Besetzung. Mein ganzes Team hat hier täglich 110% Stress. Trotzdem haben wir hier noch tolle, langjährige Mitarbeitende. Wir merken aber jetzt schon, dass mit den geburtenstarken Jahrgängen immer mehr Pflege nötig wird. Das wird immer knapper, immer schwieriger und man wird keine andere Möglichkeit haben als: Es tut mir Leid, ich kann Sie nicht versorgen.““

Herr S., Leiter einer Tagespflege in Schleswig-Holstein

Niveau, um den Pflegeeinrichtungen wirtschaftliche Handlungsspielräume für die Versorgung schwerstpflegebedürftiger Menschen zu geben.

Angemessene Leistungen der Pflegeversicherung, damit Betroffene wieder die Pflege in Anspruch nehmen können, die sie brauchen und die ihnen zusteht:

- Einmaliger Kostenausgleich insbesondere im ambulanten Bereich, der das enorme Auseinanderdriften von Preisen und Sachleistungsbeträgen stoppt.
- Automatische Dynamisierung der Sachleistungsbeträge – entsprechend der Kostenentwicklung in der Pflege, inklusive politisch gewünschter Mehrkosten.
- Spürbare Anhebung der Sachleistungsbeträge für die Tagespflege, Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege, da diese Versorgungsformen maßgeblich zur Entlastung der pflegenden Angehörigen und Zugehörigen beitragen.
- Im Gegenzug: Entlastung der Pflegeversicherung, indem alle versicherungsfremden Leistungen, die derzeit die Pflegeversicherung übernimmt, künftig durch die Stellen finanziert werden, die dafür systemgetreu zuständig sind:
 - Circa drei Milliarden Euro jährlich medizinische Behandlungspflege im Pflegeheim: Übernahme durch die Krankenkassen
 - Circa drei Milliarden Euro jährlich für die soziale Absicherung der Pflegepersonen (unter anderem Rentenpunkte für pflegende Angehörige): Übernahme aus Steuermitteln

- Zweistelliger Millionenbetrag jährlich für Förderbeträge unter anderem für Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Übernahme aus Steuermitteln
- Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen der Pflegebedürftigen – hier muss der Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen endlich umgesetzt werden.

Die „stille Reserve“ für den Arbeitsmarkt



#BeiAnrufSorry

Jedes „Sorry“ ist ein „Sorry“ zu viel.

#BeiAnrufSorry – Unsere Kampagne gegen Versorgungsmangel.
Alle Infos: www.beianrufsorry.de

Jeden Tag müssen Pflegeeinrichtungen überall in Deutschland „Sorry“ sagen und Versorgungsanfragen ablehnen, weil Personal fehlt oder Refinanzierungen ungeklärt sind. Gemeinsam mit dem Verein „wir pflegen e.V.“ macht der bpa in der aktuellen Kampagne diese Ablehnungen und ihre Auswirkungen auf die betroffenen Familien sichtbar. Klar ist: Es muss mit massiven Sofortmaßnahmen gegengesteuert werden, damit die Pflegeeinrichtungen hilfesuchenden Pflegebedürftigen wieder flächendeckend zur Seite stehen können. Alle Forderungen finden Sie auf www.beianrufsorry.de.



ist eine große Chance, Servicequalität und Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Alltag zu sichern sowie weiteres Wirtschaftswachstum und damit anhaltenden Wohlstand in Deutschland sicherzustellen.

Sie zu heben, sollte eine zentrale politische Aufgabe der nächsten Monate und Jahre sein. Und dazu ist die Entlastung der Familien durch stabile professionelle Versorgungsstrukturen in der Langzeitpflege der Schlüssel.

„Von der Politik wünschen wir uns, dass sie das Thema Pflege konsequent in den Mittelpunkt stellt.“

Interview mit Ulrike Wagner, Personalleiterin der Bremer Straßenbahn AG (BSAG)

Dass Mitarbeitende ausfallen, wenn ein Kind krank wird, kennen viele Unternehmen. Erleben Sie inzwischen auch, dass Kolleginnen und Kollegen ausfallen, weil sie die Pflege von Angehörigen organisieren oder sogar übernehmen müssen?

Bei der Bremer Straßenbahn AG mit fast 2500 Beschäftigten gehen wir tagtäglich mit kurzfristigen Ausfällen aufgrund von Erkrankungen um. Abmeldungen aufgrund von Pflege von Angehörigen sind bisher allerdings eher die Ausnahme.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, die pflegerischen Angebote wachsen nicht mit. Müssen Sie sich darauf einstellen, dass es pflegebedingte Ausfälle öfter gibt?

Definitiv. Derzeit sind unsere Mitarbeitenden in der Mehrzahl noch nicht in der Lebensphase angekommen, in denen zum Beispiel Eltern gepflegt werden müssen. Aber wir sehen dies ganz klar auf uns zukommen. Häufig entsteht ein Pflegebedarf zudem plötzlich und kann dann nicht unbedingt zeitnah organisiert werden, da Pflegedienste ausgelastet sind. Hinzu kommt häufig die Sorge um die Angehörigen, die man gut aufgehoben wissen will. Dies kann im Zweifel zu zusätzlichen Ausfällen führen.

Wenn Ihre Mitarbeitenden ausfallen, spüren das die Menschen in Bremen oftmals direkt. Wie unterstützen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen, um schnell wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren zu können?



Ulrike Wagner, Personalleiterin der Bremer Straßenbahn AG (3. von links) bei einer Diskussionsrunde des bpa, der Wohlfahrtsverbände, der Handelskammer und der Unternehmensverbände mit der Bremer Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Claudia Bernhard.

Unser Betrieb arbeitet fast rund um die Uhr, um die Menschen in Bremen zuverlässig und schnell ans Ziel zu bringen. Wir wollen die beste Wahl für die Mobilität in Bremen und umzu sein. Wenn Mitarbeitende ausfallen, stellt uns dies in der Tat vor Herausforderungen. Bisher gelingt es uns durch ein gutes Planungssystem, kurzfristig auf Bedarfe von Mitarbeitern zu reagieren und gleichzeitig unseren Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir versuchen, flexible Dienste zu tauschen, stellen auch mal kurzfristig jemanden frei oder verständigen uns auf andere Arbeitszeiten. Wichtig ist uns, dass wir in einem guten Kontakt zu unseren Mitarbeitern bleiben, damit wir individuelle und gleichzeitig für unseren Betrieb und unsere Fahrgäste tragbare Lösungen finden. Dies ermöglicht dann auch eine schnelle Rückkehr.

Verlässliche Betreuungsstrukturen sind wichtig, um das Arbeitskräftepotenzial zu erhalten. Was wünschen Sie sich von den Anbietern und von der Politik?

Wir arbeiten heute schon mit Anbietern wie Pflegestützpunkten, die zu uns ins Haus kommen, um zum Thema Pflege zu informieren. Diesen Kontakt haben wir in Eigeninitiative aufgebaut. Hier würden wir uns wünschen, dass die Orientierung in den verschiedenen Angeboten leichter gemacht würde, damit wir dies auch an unsere Mitarbeiter:innen weitergeben können. Eine zentrale Stelle in einem Netzwerk wäre da hilfreich. Von der Politik wünschen wir uns, dass sie das Thema Pflege konsequent in den Mittelpunkt stellt, damit wir uns als Gesellschaft bestmöglich auf die Herausforderungen vorbereiten können. Dies hilft uns dann auch als Arbeitgeberin.

Die einfachste Lösung: Probleme wegrechnen

Von Pascal Tschörtner



Foto: Meike Kenn

Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung

Ende Mai war es einmal wieder so weit. Bundesgesundheitsminister Lauterbach äußerte zur Pflege und hinterließ nichts als Kopfschütteln und Fragezeichen. War es in früheren Äußerungen seine vielfach von der Realität widerlegte Behauptung, dass die Öffnung der Pflege für private Anbieter ein Fehler gewesen sei, die zu entsprechenden Reaktionen führte, resultierten die Irritationen über die Worte des Ministers dieses Mal aus nicht nachvollziehbaren Statistiken und einer Kapitulation vor der eigenen politischen Verantwortung.

So sprach der Minister vom unerwarteten Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen in 2023. Statt demographisch zu erwartenden 50.000 neuen Leistungsberechtigten, hätten nun zusätzlich 360.000 Personen einen Pflegegrad. Eine Erklärung für diesen Unterschied konnte der Minister im Interview nicht geben. Er spekulierte jedoch, dass es einen „Sandwichfekt“ gäbe, bei dem nicht nur ältere Menschen vermehrt pflegebedürftig würden, sondern mit den Babyboomern auch die Kinder der derzeitig vorrangig leistungsberechtigten Personen.

Einem Faktencheck hält das nicht stand. Die ältesten Babyboomer sind etwa 70 Jahre alt. Das ist keine Altersgruppe, die vordringlich für das Ansteigen der Pflegebedürftigkeit verantwortlich ist. Vielmehr gibt es seit Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs in 2017 einen enormen Anstieg der Zahl der anspruchsberechtigten Personen. Weniger als 250.000 zusätzliche Personen pro Jahr, und somit das Fünffache der Minister-Erwartung, waren es nie.

Die Zahlen umfassen zudem nur die gesetzliche Pflegeversicherung. Rechnet man die privat Versicherten hinzu, liegt die Zahl der Pflegebedürftigen damit aktuell bei etwa 5,6 Millionen.

Die Äußerungen des Ministers reihen sich ein in eine Folge regelmäßig viel zu niedriger Vorhersagen zur Entwicklung der Pflegeversicherung. Zuletzt war es das Statistische Bundesamt in seiner Pflegevorausberechnung. Im dortigen „Normal-Szenario“ wurde davon ausgegangen, dass es 2035 rund 5,6 Millionen Pflegebedürftige gäbe – die Zahl also, die wir aktuell haben.

Lediglich das Extrem-Szenario bildet die Wirklichkeit ab und sieht die Menge der Pflegebedürftigen, die wir in 2023 beobachtet haben, zumindest schon für das Jahr 2024 voraus – ein Jahr zu spät, aber immerhin elf Jahre eher als in der „Normal“-Betrachtung. Wo führt dieses vermeintliche Worst-Case-Szenario hin? Die sechs Millionenmarke würde spätestens 2028, die sieben Millionen 2043 überschritten. Alle bisherigen Beobachtungen müssen uns glauben lassen, dass es noch deutlich schneller so weit ist.

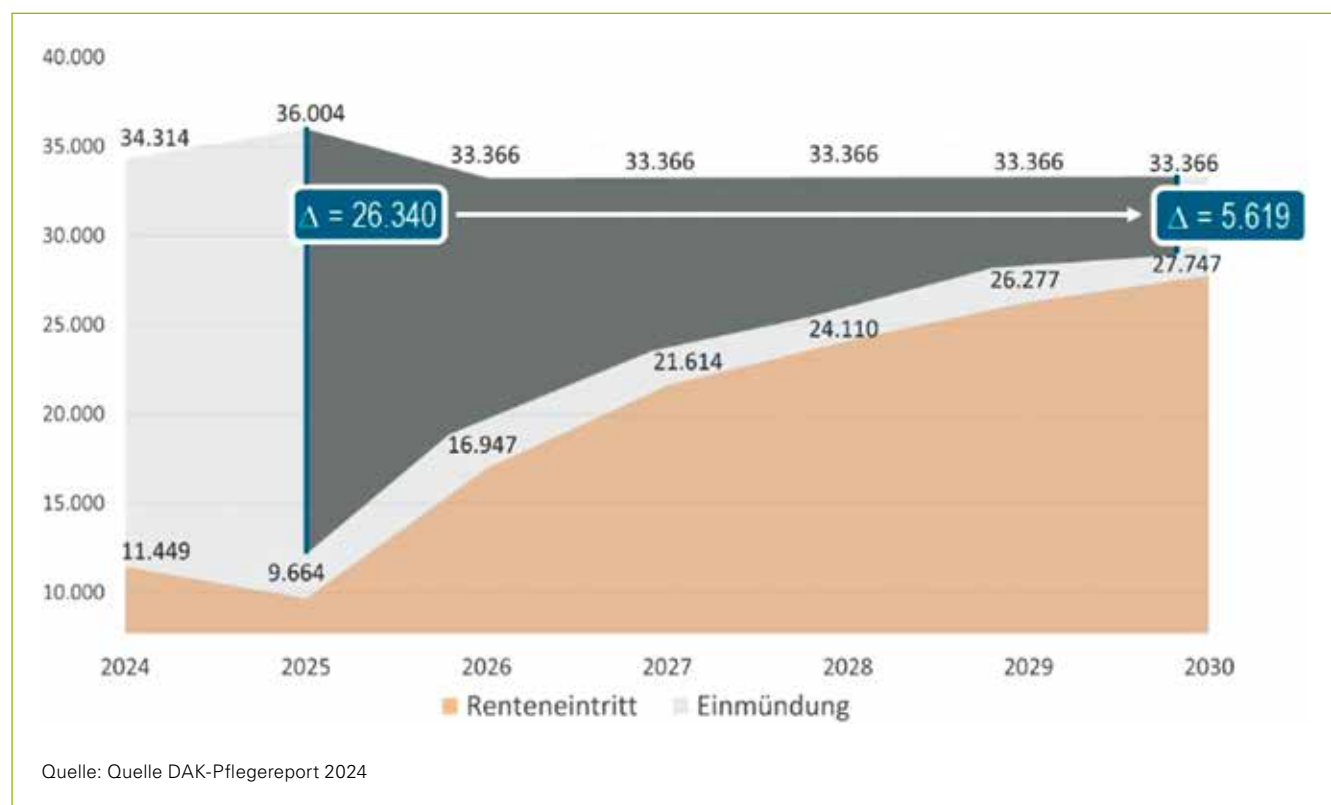
Wann immer neue Gesetze beschlossen oder über die Finanzierung der Pflegeversicherung Auskunft gegeben werden soll, muss auch gesagt werden, was es kostet und woher das Geld kommt. Der Anreiz bewusst knapp zu kalkulieren, ist in der Hinsicht nachvollziehbar. Die Probleme dieses Vorgehens können aber nicht mehr länger ignoriert werden.

Denn die Entwicklung kommt nicht überraschend. Demografie passiert nicht von heute auf morgen, die steigenden Zahlen waren absehbar. Der bpa warnt seit längerem davor, dass der Personalmangel und die zu schleppenden Refinanzierungen zu einem Angebotsmangel führen. Diese Befürchtungen bestätigen sich nun.

360.000 neue Pflegebedürftige bedeuten bei gleicher Bedarfslage auch 57.600 zusätzliche Pflegeheimplätze, die benötigt werden. Allein im letzten Jahr sind aber 18.000 verloren gegangen. Die benötigten zusätzlichen Strukturen werden nur entstehen, wenn es Investitionsanreize für private Anbieter gibt und die Kosten umfassend und zeitnah refinanziert werden. Der Pflegeheim Rating Report geht allein für den stationären Versorgungsbereich bis 2040 von einem Investitionsbedarf von 81 bis 125 Milliarden Euro aus. Eine Sofortmaßnahme muss die Verpflichtung der Sozialhilfeträger sein, endlich die Investitionskosten in voller Höhe anzuerkennen. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Pflegeheime durch zu niedrige Baukostenwerte, fehlende Risikozuschläge oder die Nicht-Berücksichtigung von Indexmietsteigerungen bewusst unterfinanziert werden, um Kosten zu sparen.

Die demographische Entwicklung wirkt sich jedoch nicht nur auf Angebot und Nachfrage aus, sondern hat ebenfalls direkte Folgen für das Beschäftigtenpotential. Der DAK-Pflegereport 2024 betrachtet die Entwicklung der Renteneintritte von Pflegekräften in den nächsten Jahren und vergleicht diese mit der Zahl derjenigen, die nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss neu in den Beruf einsteigen. Das Delta wird sich in den nächsten Jahren dramatisch verschieben. Während die Zahl der Pflegebedürftigen immer weiter steigt, kann das Beschäftigtenwachstum nicht annähernd Schritt halten. Zwar

und Kostenträgern. Wir können es uns nicht länger leisten, starre Schlüssel oder Fachkraftquoten zu erfüllen. Es geht darum, mit dem vorhandenen Personal möglichst vielen Pflegebedürftigen und ihren Familien zu helfen. Dazu braucht es Flexibilität und Bürokratieabbau. Zudem müssen die Möglichkeiten eröffnet werden Digitalisierung umfassend voranzubringen – zur Entlastung des Personals und zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen. Passiert das nicht, wird die demographische Entwicklung jede politische Rechnung zunichtemachen.



kann im Bundesschnitt zumindest noch ein kleines Übergewicht an Neueinsteigern gegenüber den Renteneintritten verzeichnet werden, doch zeichnet sich regional teils ein alarmierendes Bild ab: So wird bspw. in Bayern, Bremen oder Sachsen-Anhalt noch in den nächsten fünf Jahren ein Kipppunkt erreicht – mehr Menschen scheiden aus dem Beruf aus, als aus den Pflegeschulen hinzukommen.

Deutschlandweit geht in den nächsten zehn Jahren mehr als jede fünfte Pflegekraft in Rente. Soll die professionelle pflegerische Versorgung nicht gleich mit in den Ruhestand geschickt werden, braucht es sofortige Maßnahmen von Politik

Immer mehr Leistungen der Eingliederungshilfe: Chance für weiteres Wachstum privater Anbieter

Von Pascal Tschörtner

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) hat den aktuellen Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe 2024 veröffentlicht. In den aktuellen Daten des Berichtsjahres 2022 zeigt sich ein weiterer Anstieg der leistungsberechtigten Personen. Fast 462.000 volljährige Menschen mit Behinderungen erhielten Assistenzleistungen innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen.

Auch wenn 2022 in den meisten Bundesländern noch Übergangvereinbarungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) galten, wodurch die personenzentrierte Leistungs- und Finanzierungssystematik noch nicht allumfassend umgesetzt wurde, zeigt sich der Gedanke des BTHG bereits in der Leistungsentwicklung. Die Fallzahlen außerhalb besonderer Wohnformen steigen stetig, während sie innerhalb dieser Angebote leicht sinkt. Auch demographisch verschiebt sich in den besonderen Wohnformen die Struktur der Bewohnerinnen und Bewohner – sie wird älter. Mittlerweile ist mehr als jede bzw. jeder vierte über 60 Jahre alt.

Diese Ambulantisierung der Leistungen bietet umfangreiche Chancen für private Anbieter – sowohl hinsichtlich des erstmaligen Einstiegs in diesen Leistungsbereich als auch für den Ausbau des bestehenden Portfolios. Neue innovative Leistungen zur Assistenz und Teilhabe sind gefragt. Das bietet Raum für Unternehmerinnen und Unternehmer aktiv zu werden. Beispielhaft sei auf die dringend notwendigen Angebote zum ambulant betreuten Wohnen verwiesen, die vielerorts fehlen, um das BTHG weiter umzusetzen.



Foto: Meike Kenn

Pascal Tschörtner,
bpa-Geschäftsführer
und Geschäftsbereichs-
leiter stationäre Ver-
sorgung

Das gilt gleichermaßen auch für Angebote für Minderjährige mit Behinderungen. Der Kinder- und Jugendhilfereport 2024 zeigt, dass 2021 über 125.000 Minderjährige Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII erhielten. Vier von fünf Angeboten waren auch hier ambulante Leistungen, insbesondere solche zur Teilhabe zur Bildung. Hinzu kamen noch einmal 300.000 Kinder- und Jugendliche, die Leistungen nach dem SGB IX erhielten, insbesondere zur sozialen Teilhabe, aber erneut auch zur Teilhabe an Bildung. Die Leistungsempfänger überschneiden sich zum Teil, der große Kreis der Anspruchsberechtigten zeigt sich aber sehr deutlich. Und auch hier gilt, dass es noch viel Raum für neue Angebote privater Unternehmen gibt. Noch immer fehlt es beispielsweise vielerorts an ausreichenden Angeboten zur Schulbegleitung.

Bei steigenden Kosten, neuen Angeboten und mehr leistungsberechtigten Personen lassen die Reaktionen der Kostenträger nicht lange auf sich warten. So hat der Deutsche Landkreistag

kürzlich „Vorschläge zur Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes“ unterbreitet, die einzig und allein auf eine möglichst große Kosteneinsparung abzielen. Fachliche Impulse zur Fortentwicklung der Eingliederungshilfe sind von dieser Seite leider nicht zu erwarten. Es wird stattdessen in die Mottenkiste gegriffen und bereits in der Praxis gescheiterte Forderungen erhoben: Die Kostenträger sollten die Belegung der Leistungsangebote stärker steuern können, eine verbindliche Bedarfsplanung sollte geschaffen und der Kontrahierungszwang abgeschafft werden.

Diese Haltung erleben wir leider auch oft in den Verhandlungen vor Ort. Sie zeigt sich in den Versuchen, Verhandlungen zu verzögern und neuen Anbietern den Zugang zu erschweren. Diesem Agieren erteilt der bpa eine klare Absage. Verzögerungen, Beschränkungen und unnötige Steuerung sind nicht im Sinne der leistungsberechtigten Personen, denn sie verhindern echte Teilhabe. Private Anbieter sollten sich von solchen Aktionen nicht abschrecken lassen.

Den Mut nicht verlieren: Ideen und Ansätze zur Verbesserung der aktuellen Situation in der ambulanten Pflege

Von Sven Wolfram

Die Pflegebranche in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die überbordende Bürokratie, der Personalmangel und die verschlechterte gesamtwirtschaftliche Lage belasten ambulante Pflegedienste erheblich. Gesetzliche Entwicklungen wie das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, PSG I-III und die Tariftreue-Regelungen haben zu einer Flut neuer bürokratischer Anforderungen geführt. Diese zusätzlichen Aufgaben binden wertvolle Ressourcen, die besser in die direkte Pflege investiert werden könnten.

Die angespannte Personalsituation im Pflegebereich verschärft die ohnehin schwierige Lage. Die Arbeitsbelastung für Pflegefachpersonen ist hoch, was auch durch eine mittlerweile sehr attraktive Bezahlung nur bedingt kompensiert werden kann. Zudem verkomplizieren bürokratische Hürden das System und führen zu immer höherer Fluktuation, was die Planung und Durchführung von Pflegeleistungen zusätzlich erschwert.

Ambulante Pflegedienste sehen sich weiter mit steigenden Kosten konfrontiert, während die Finanzierung teilweise unzureichend ist und sich Verhandlungen mit den Kostenträgern oft über zu lange Zeiträume ziehen.

All dies, während die Kosten für pflegerische Leistungen steigen, Patientinnen und Patienten aus Geldnot weniger Leistungen vereinbaren und ambulante Dienste somit zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre Touren wirtschaftlich zu gestalten.

Auch wenn der politische Mut für einen großen Wurf fehlt, Untätigkeit ist derzeit nicht vertretbar. Der bpa hat deshalb mit einem kompakten Fünf-Punkte-Plan deutlich gemacht, dass ohne großen Systemwechsel die pflegerische Infrastruktur sofort gestützt werden könnte. Neben einem ernsthaft betriebenen Bürokratieabbau wären die Befreiung der Pflegeversicherung von versicherungsfremden Leistungen, die Anpassung und Dynamisierung der Leistung für Pflegebedürftige, die Einführung einer Kompetenzvermutung, ein Nachsteuern bei der Pflegeausbildung und eine realistische Gestaltung des Personaleinsatzes dazu sehr kurzfristig umsetzbar.

Trotz der aktuellen Herausforderungen gibt es konkrete Ideen und Ansätze, die Situation in der ambulanten Pflege zu verbessern. Digitalisierung, Automatisierung und weitere inno-



Foto: Meike Kenn

Sven Wolfram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung

vative technische Anwendungen bieten vielversprechende Möglichkeiten, die Pflege effizienter zu gestalten und die Qualität dabei abzusichern und gegebenenfalls auch zu steigern. Die Pflege ist und bleibt ein attraktiver und zukunftssicherer Wirtschaftszweig, dessen gesellschaftliche Bedeutung immer mehr wahrgenommen wird.

Die Digitalisierung und Automatisierung können einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Pflegekräfte leisten. Moderne Softwarelösungen ermöglichen die effizientere Verwaltung von Pflegediensten, die Optimierung von Tourenplänen und die Vereinfachung der Dokumentation. Durch die Anbindung aller am Versorgungsprozess Beteiligten an die Telematikinfrastruktur entfallen zukünftig viele Briefwechsel, Telefonate und langwierige Prozesse, da Verordnungen einsehbar und für die Bearbeitung und Genehmigung nutzbar sind und auch die für die Pflege notwendigen Daten, z.B. durch das Entlassmanagement aus dem Krankenhaus jederzeit überall verfügbar sein werden und erhobene Vitalwerte der Patientinnen und Patienten digital in die Arztpraxen übermittelt und Medikationspläne daraufhin direkt angepasst werden können.

Zeitgleich bieten bereits heute verschiedene Anbieter eine breite Auswahl an Pflegesoftware und werden durch KI mit weiteren Verbesserungen der Anwendungen die Tourenplanung, Kommunikation und Abrechnung im Alltag erleichtern.

Die Optimierung der Dokumentation stellt einen weiteren wich-

tigen Ansatzpunkt dar. Die Verwendung mobiler Endgeräte und der Einsatz digitaler Dokumentationssysteme erlaubt Pflegefachpersonen die Durchführung von Dokumentationen direkt vor Ort, stützt qualitativ die Verwaltungsprozesse. Damit wird perspektivisch auch die elektronische Abrechnung der erbrachten Leistungen mit Kranken- und Pflegekassen ermöglicht.

Die Kombination mit intelligenten Sensoren, die beispielsweise automatisch die aus einem Becher getrunkene Menge Flüssigkeit erfassen und in die Dokumentation übertragen, verspricht weitere Unterstützung des Personals. Dies führt auch zu einer Verbesserung der Versorgungsqualität und Genauigkeit der Dokumentation.

Des Weiteren können neu konzipierte Personaleinsatzstrategien dazu beitragen, die Arbeitsbelastung zu reduzieren und die gezielte Anwerbung ausländischer Pflegekräfte (mit Kompetenzvermutung) dazu beitragen, die Personalplanung zu erleichtern und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden zu erhöhen.

Eine weitere Möglichkeit, die Zufriedenheit der Pflegefachpersonen zu steigern, stellt die längst überfällige Erhöhung ihrer Kompetenzen und Befugnisse dar. Das Pflegekompetenzgesetz

zielt darauf ab, diese Ziele zu erreichen. Das Gesetz zielt darauf ab, Pflegefachkräften mehr Handlungsautonomie zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Pflegefachkräften als wichtiger Berufsgruppe in der Versorgung mehr Befugnisse zuzusprechen. Diesbezüglich sind insbesondere erweiterte heilkundliche Aufgaben, die Verordnung von Folgebehandlungen sowie die Steuerung des Pflegeprozesses zu nennen. Der Entwurf soll noch bis zur Sommerpause vorliegen.

Auch im Angesicht der großen Herausforderungen ist es also wichtig, mit konkreten Ansätzen und Ideen die Situation zu verbessern. Digitalisierung, Automatisierung, innovative technische Anwendungen und neue Personalkonzepte bieten vielversprechende Möglichkeiten, Pflegefachpersonen zu unterstützen und die Qualität der Pflege zu sichern. Durch eine stärkere Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitssystem und die gezielte Förderung von Innovationen dürfen wir mutig bleiben und die Zukunft der Pflege positiv gestalten. Alle Akteure sollten nun gemeinsam die notwendigen Veränderungen vorantreiben und die Pflegebranche fit für die Zukunft machen.

„Tausende Pflegebedürftige und ihre Familien ohne Unterstützung zu lassen, ist das Gegenteil von Solidarität. Darüber müssen wir reden.“

Der bpa auf dem Zukunftskongress „Sozialwirtschaft managen“



Von rechts: Norbert Grote, bpa-Hauptgeschäftsführer, Jürgen Graalman, geschäftsführender Gesellschafter Die Brückenköpfe und Jens Koch, Konzernvorstand Evangelischer Verbund Ruhr

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote nutzte seinen Redebeitrag, um klar zu machen: Solidarität ist nicht einseitig zu denken und es gibt sie nicht zum Nulltarif. Es ist etwa höchst unsolidarisch, Pflegebedürftigen die Versorgung vorzuenthalten. Einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen stehe derzeit allerdings sogar ein Rückbau der Versorgung gegenüber. Maßnahme zur Sicherung der pflegerischen Versorgung hat der bpa in Form eines Fünf-Punkte-Plans vorgelegt:

- Überdenken der Ausbildung in der Pflege – Wiedereinführung der Altenpflegeausbildung
- Kompetenzvermutung bei ausländischen Pflegefachkräften mit Sprachkenntnis
- Niedrigschwellige Zugänge zum Pflegeberuf schaffen – einjährige Assistenzausbildung
- Realistische Gestaltung des Personaleinsatzes
- Anpassung und Dynamisierung der Leistung für Pflegebedürftige.

Solidarität“ – Das war das zentrale Thema des diesjährigen Zukunftskongresses „Sozialwirtschaft managen“ am 5. und 6. Juni auf der Zeche Zollverein in Essen. „Tausende Pflegebedürftige und ihre Familien ohne Unterstützung zu lassen, ist das Gegenteil von Solidarität. Darüber müssen wir reden.“

bpa-Delegation geht neue Wege in Vietnam

Mit dem Ziel der Fachkräftesicherung und Kooperationsanbahnung mit lokalen Sprachschulen und Pflegehochschulen ist eine bpa-Delegation unter der Führung von Vizepräsidentin Margit Benkenstein nach Vietnam gereist und hat dabei erste Schritte für den Ausbau der Zusammenarbeit auf den Weg gebracht.

Vietnam steht bereits seit mehreren Jahren im Fokus der deutschen Anwerbebemühungen. Daher reiste die bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein zunächst im November 2023 im Rahmen einer Delegation mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow für ihre Thüringer bpa-Landesgruppe nach Vietnam. Zur Vertiefung der Gespräche mit den lokalen Kooperationspartnern und Übertragung auf die bpa-Bundesebene erfolgte nun im Mai 2024 ein weiterer Besuch. Mit dabei war auch der Leiter der Stabsstelle für Personalsicherung und Justiziar aus der bpa-Bundesgeschäftsstelle, Robert Mittelstädt.

Direkt nach der Landung in Hanoi ging es los mit dem Besuchs-Marathon: Erst zu einem modernen Pflegeheim, von dort weiter ging es zum Besuch der Sprachschule von VICAT Ltd., die mit der Vermittlungsagentur „Cmind Solution GmbH“ aus Deutschland arbeitet, mit der bereits sehr erfolgreich Auszubildende und Fachkräfte angeworben werden. Mit dabei war auch bpa-Mitglied Oliver Vetter vom Alten- und Pflegeheim „Niedergirmes“ aus Wetzlar in Hessen, um vor Ort vietnamesische Fachkräfte zu interviewen und zu rekrutieren, was sich sehr erfolgreich gestaltete.

Am nächsten Tag, dem 25. Mai, fand der Career-Day des Goethe-Institutes Hanoi zusammen mit der deutschen Botschaft statt, wo viele deutsche Aussteller wie IHKen und Unternehmen vertreten waren und auch der bpa Gespräche mit der Institutsleitung und der deutschen Botschaft führen konnte. Am Nachmit-



Foto: privat

bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein schaut Pflege-Studierenden des Bach-Mai-Hospitals zu

tag folgte dann eine Konferenz von VICAT und der nationalen vietnamesischen Krankenpflegevereinigung, bei der der bpa ebenfalls die Arbeitsmöglichkeiten für vietnamesische Pflegekräfte darstellen durfte.

Schon am nächsten Tag folgte eine weitere Konferenz mit Vertretern der vietnamesischen Hochschulen aus allen Landesteilen, organisiert von der privaten Sprachschule und Vermittlungsbüro „Drei Eichen“, welches zukünftig bpa-Kooperationspartner werden soll. Die anwesenden Leitungskräfte der Hochschulen nahmen aufmerksam die Informationen zum deutschen Pflegesystem und der Arbeitsmarktlage auf und waren sehr an einer Zusammenarbeit mit dem bpa interessiert. Sie forderten dabei den Abgleich der deutschen und vietnamesischen Curricula, damit in Deutschland eine schnellere Anerkennung der vietnamesischen akademischen Berufsabschlüsse in der Pflege möglich wird. Allgemein herrschte Verwunderung darüber, dass man die hohe Qualität der vietnamesischen Abschlüsse in Deutschland nicht per se anerkennt.

Zuletzt konnte Margit Benkenstein noch vier bereits zuvor aus Deutschland ausgewählte Bewerberinnen der Sprachschule „Drei Eichen“ für die Ausbildung

und zur Fachkrafttätigkeit in der Pflege persönlich kennenlernen und ihnen die frohe Botschaft übermitteln, dass die Bewerbungen mit den erworbenen Sprachkenntnissen von B1 erfolgreich waren und sie nun bald nach Deutschland in die Pflegeeinrichtung in Thüringen zur Ausbildung und Arbeit kommen können. Die Ausbildung soll hier übrigens am neuen Pflegeschul-Standort der apm in Erfurt erfolgen. Die apm („Akademie für Pflegeberufe und Management“) ist die Bildungstochter des bpa. Zukünftig will der bpa für Vietnam sowohl auf die Vermittlung von Auszubildenden als auch Vermittlung von fertigen Pflegefachkräften setzen, gemeinsam mit dem Programm von „apm-International“ und mit den lokalen Kooperationspartnern „VICAT“/„Cmind Solution“ und „Drei Eichen“. Daneben hat der bpa bereits Schritte eingeleitet, um die Ausbildungspläne aus Deutschland mit den vietnamesischen Curricula zu vergleichen und in Vietnam gegebenenfalls ergänzende Pflegemodule mit deutschen Inhalten anzubieten. Übrigens: Sowohl bei der apm in Oldenburg als auch bei einem Azubi-Projekt in Mecklenburg-Vorpommern im März 2024 haben vietnamesische Auszubildende jeweils den besten Abschluss des jeweiligen Pflegejahrgangs gemacht. rm

bpa-Landesbeauftragter wird neuer Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses

Bisher einmaliger Erfolg in der Kinder- und Jugendhilfe

Der Landesjugendhilfeausschuss Hessen wählte zu Beginn der 18. Amtsperiode im Rahmen seiner konstituierenden Sitzung den bpa-Landesbeauftragten Stefan Hißnauer im Beisein von Sozialministerin Heike Hofmann einstimmig zum neuen Vorsitzenden. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen der breiten Anerkennung und Reputation, die sich der bpa in den letzten Jahren in der Kinder- und Jugendhilfe erarbeitet hat.

Das Landesjugendamt stellt wie die Jugendämter ein Novum in der Behördenstruktur Deutschlands dar, da es sich um eine zweigliedrige Behörde handelt, die sich aus dem Landesjugendhilfeausschuss und der Verwaltung des Landesjugendamts zusammensetzt. Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt in grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe und erstellt fachliche Richtlinien und Empfehlungen. Die Geschäfte der laufenden Verwaltung werden von dem Leiter der Verwaltung des Landesjugendamts im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse des Landesjugend-

hilfeausschusses geführt. Der Landesjugendhilfeausschuss wird gebildet aus Vertreterinnen und Vertretern der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, der kommunalen Spitzenverbände und weiteren in der Jugendhilfe erfahrenen Personen, die vom Landtag gewählt werden.

Stefan Hißnauer bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und freut sich auf die vor ihm liegende Aufgabe, die er mit viel Herzblut erfüllen wird. Mit der groß angelegten Reform des Kinder- und Jugendhilferechts hin zu einem inklusiven Leistungsrecht stehen vielfältige und spannende fachliche Herausforderungen an, die der Landesjugendhilfeausschuss mit seiner Expertise maßgeblich mitgestalten wird.

Die Wahl von Stefan Hißnauer stellt einen bisher einmaligen Erfolg der Vertretung der Interessen privater Träger der freien Jugendhilfe dar. Private Träger sind bundesweit in den Jugendhilfeausschüssen noch kaum vertreten.



Sozialministerin Heike Hofmann und der neue Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, bpa-Landesbeauftragter Stefan Hißnauer

Umso erfreulicher ist es, dass es in Hessen mittlerweile sogar möglich geworden ist, einen Vertreter privater Träger zum Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses zu wählen. Eine bessere Anerkennung dessen, was der bpa in der Jugendhilfe leistet, ist schwer vorstellbar. abr

Starke Partner im Verbund – bpa bündelt Kräfte für mehr Gesundheit in der Pflege und baut Angebote für Einrichtungen und Mitarbeitende weiter aus

Von Joachim Görtz

Das Thema ist allgegenwärtig und längst nicht nur in Pflegeeinrichtungen präsent: Krankheitsbedingte Fehlzeiten bei Pflegekräften steigen stetig an und erreichen in der Altenpflege mit aktuell 35 AU-Tagen pro Kopf und Jahr einen neuen Rekordwert. Der kontinuierliche Anstieg betrug damit in den letzten elf Jahren mehr als 40 Prozent. Zum Vergleich: Über alle Berufsgruppen hinweg sind Beschäftigte aktuell im Schnitt etwa 19 Tage krankgeschrieben. Und alle, ob

Fachöffentlichkeit, Politik oder auch die Verbände in der Selbstverwaltung, sie alle wissen um die absolute Notwendigkeit, die Gesundheit der Beschäftigten in der Pflege nachhaltig zu stärken.

Die Entwicklung der Arbeitsunfähigkeit in der Pflege ist besorgniserregend, für jede einzelne Einrichtung und natürlich auch für die persönlich Betroffenen, aber auch mit Blick auf

die Versorgungssicherheit in der Pflege insgesamt. Denn immer öfter muss in der Pflege auf Leiharbeit zurückgegriffen werden. Zeitarbeitsfirmen sind dabei von einer Lösung zum Problem geworden. Sie bringen Personal, das zuvor in den Einrichtungen beschäftigt war, zu enorm höheren Preisen zurück in den Versorgungsalltag, ohne dass dadurch ein größeres Potenzial an Pflegenden entsteht.

Die Wunscheinsätze der Leiharbeitskräfte drängen die Stamnteams in unattraktive Randzeiten und verschärfen den Druck in den Einrichtungen weiter. Und dabei gibt es taugliche Instrumente, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen. Der Anspruch muss sein, das Krankheitsgeschehen in der Pflege deutlich zu verbessern und sich bei den Krankheitstagen dem Durchschnitt aller Berufe anzunähern – das sogenannte Präventionspotenzial zu nutzen.

Angefangen beim berühmt berüchtigten Obstkorb, über Maßnahmen zur Stärkung des Verständnisses für die eigene Gesundheit, bis hin zu organisationalen und langfristig angelegten Maßnahmen im Betrieb, etwa zur Dienstplansicherheit oder ein strukturell abgesichertes Ausfallmanagement. Ein Beispiel: Dass das Präventionspotenzial durch ein Ausfallmanagement erheblich beeinflussbar ist, lässt sich aus den Erfahrungen mit einem Springerprojekt in Bayern ableiten. Nach drei Jahren Projektlaufzeit konnte die AU-Quote um beeindruckende 38 Prozent abgesenkt werden (hierzu auch bpa-Magazin 03/2022).

Mit starken Partnern im Verbund setzt der bpa deshalb bereits seit Jahren in bundesweiter Kooperation mit dem Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) und der Deutschen Rentenversicherung (DRV) eine Reihe von Maßnahmen zur Betrieblichen Gesundheitsförderung

um, mit denen die Gesundheit sowie die Arbeitszufriedenheit der Pflegekräfte systematisch gesteigert werden soll (hierzu auch bpa-Magazin 04/2021, 04/2023, 01/2024).

Und nun kommt eine neue Partnerschaft dazu – ebenfalls verbunden mit großer Schlagkraft und dem Ausbau um weitere Präventionsangebote. Der bpa ist zum 1. Juni 2024 mit seinen fünf nördlichen Landesgruppen (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein) dem Präventionsnetzwerk-Nord beigetreten. Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss aus Sozialversicherungsträgern, Behörden, Verbänden, Hochschulen, Leistungsanbietern und Einrichtungen des Gesundheitsdienstes und der Wohlfahrtspflege. Das Netzwerk verfolgt das Ziel, die betriebliche Präventionskultur und die Gesundheit der Beschäftigten in allen Einrichtungen der genannten nördlichen Bundesländer zu stärken.

Das Angebot ist dabei breit gefächert und ausgerichtet auf die betriebliche Praxis bzw. auf die vielfältigen Belange der Einrichtungen und der Mitarbeitenden. Die meist eintägigen Veranstaltungen, etwa zur Rehabilitation und Wiedereingliederung, zum Integrationsmanagement oder etwa zur Gewaltprävention, kommen gut an und werden kontinuierlich in enger Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern ausgebaut. Der kompetente Umgang auch mit derartigen Themen stärkt Mitarbeitende und Einrichtungen Resilienz bildend sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene, weiteren arbeitsbedingten Belastungen kann so wirksam begegnet werden.

Ferner steht der bpa aktuell im Austausch mit dem vdek zu weiteren Maßnahmen, mit denen Pflegekräfte und



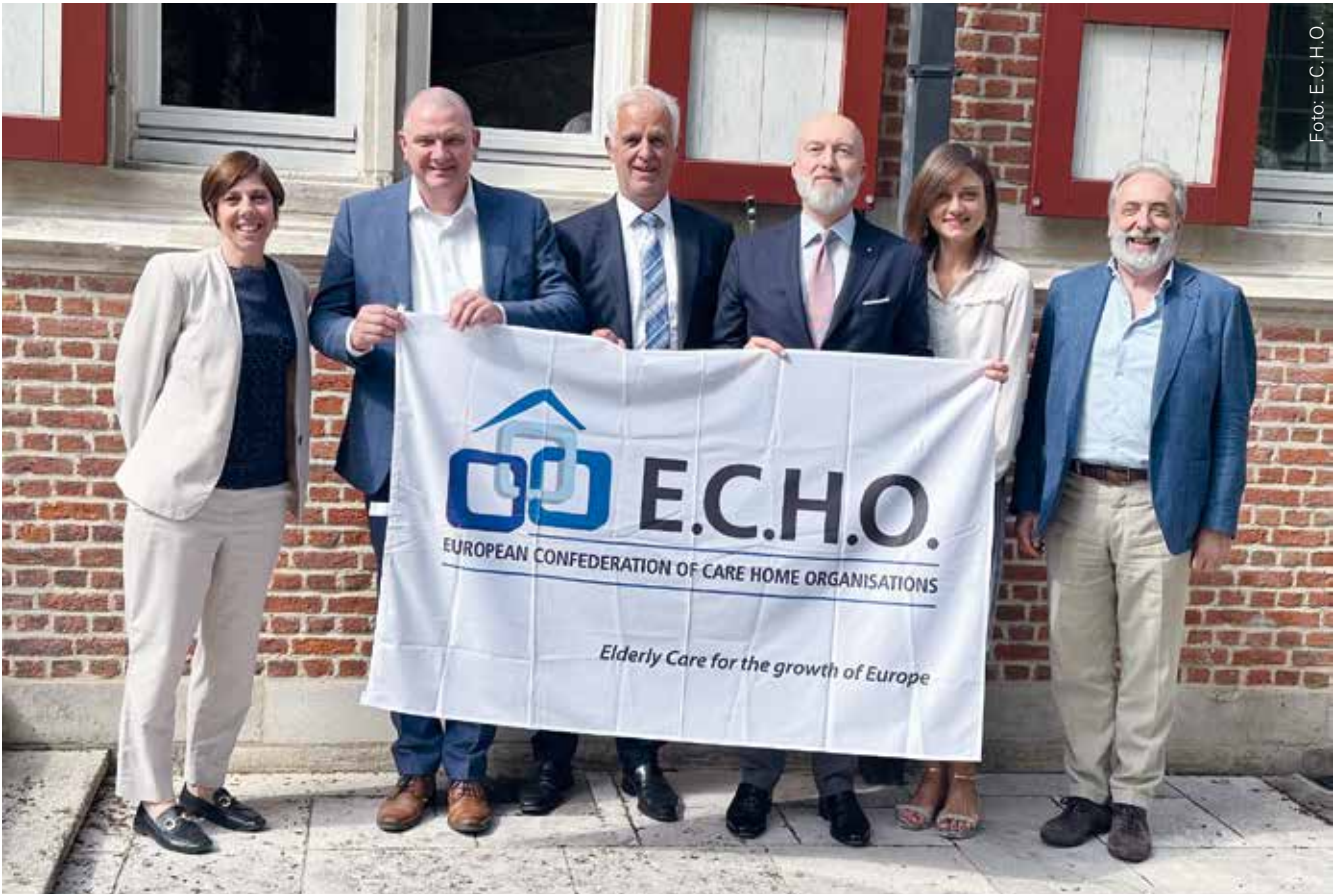
Foto: bpa

Joachim Görtz, Leiter der Landesgeschäftsstelle Bayern und Stabsstelle Gesundheitsprävention

Pflegebedürftige gleichermaßen präventiv erreicht werden können. Dazu gehören neben beispielsweise der Gewaltprävention unter anderem im Bereich der Mobilität Übungen zur Stärkung der Ausdauer, Kraft, Beweglichkeit und dem Gleichgewicht, verknüpft mit Aufgaben zum Gedächtnistraining mit den Pflegebedürftigen.

Beim Thema Gewaltprävention durch „Deeskalation mit Kinästhetik“ wird das eigene Bewegungsverhalten bei gängigen Transfers reflektiert und die Eigenwahrnehmung sensibilisiert. Es wird erlernt, wie sich Bewegungsabläufe harmonisieren lassen und so ein Abwehrverhalten bei Pflegebedürftigen vermieden werden kann. Zur weiteren Planung haben die Partner Veranstaltungen in mehreren Bundesländern verabredet, auf denen in sogenannten Werkstattgesprächen Einrichtungen ihre Erfahrungen austauschen können und auf mögliche Angebote vorbereitet werden. Für nähere Auskünfte zu allen Angeboten steht die bpa-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung.

Bernd Meurer als E.C.H.O.-Vizepräsident bestätigt



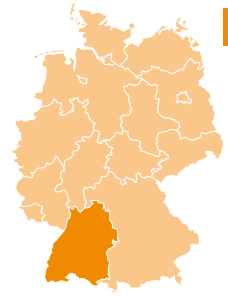
Von links: Veronica Locatelli (Leiterin Sekretariatsbüro E.C.H.O.), Johan Poel (CEO Orelia Group, Mitglied E.C.H.O.-Mitgliederversammlung), Vizepräsident Bernd Meurer, Präsident Averardo Orta, Ilaria Giannico (Generalsekretärin European Union of Private Hospitals, strategische Beraterin E.C.H.O.), Schatzmeister Sebastiano Capurso

Bernd Meurer ist erneut zum Vizepräsidenten der European Confederation of Care Home Organizations (E.C.H.O.) gewählt worden. Der bpa-Präsident wurde bei einer Wahlversammlung am 20. Juni 2024 in Brüssel in diesem Amt bis zum Jahr 2026 bestätigt.

Unter der Führung von Präsident Averardo Orta, zusammen mit den wiedergewählten Vorstandsmitgliedern Sebastiano Capurso (Anaste Associazione Nazionale Strutturali, Italien) als Schatzmeister und Alberto Echevarría (Federación Empresarial de la Dependencia, Spanien) als Generalsekretär, wird E.C.H.O. weiterhin daran arbeiten, die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung auf der europäischen Bühne zu adressieren.

Der bpa sieht in dieser erneuten Bestätigung seiner Position im Vorstand von E.C.H.O. eine Anerkennung der wichtigen Rolle, die private Anbieter sozialer Dienste in der europäischen Pflegelandschaft spielen.

Die Konföderation wurde 1989 in Brüssel gegründet, um in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen die Verbesserung des sozialen und Gesundheitswesens, die Pflege von älteren Menschen sowie von behinderten Personen zu fördern, basierend auf dem Prinzip der Kooperation aller Mitgliedsstaaten.



Landesgruppe Baden-Württemberg

„Gesundheits-Lab“: Neue Wege für gesunde Mitarbeitende in den Mitgliedseinrichtungen

Gesundheitlichen Fragestellungen in Pflegeeinrichtungen auf den Grund gehen und wie in einem Labor („Lab“) nach Analyse und Experimenten eine Lösung erarbeiten – das war die Idee hinter dem ersten „bpa-Gesundheits-Lab“, einer neuen spannenden Form der kollegialen Beratung und Unterstützung.

Mit der „Mobilen Hilfe“ aus Kuchen, „proindividuum“ aus Heilbronn und „Intermed“ aus Wangen im Allgäu wagten drei Pflegedienste aus Baden-Württemberg den Versuch. Das „Gesundheits-Lab“ fand im AOK-Gesundheitsforum in Esslingen statt und jeweils zwei Vertreter der Pflegedienste stellten eine konkrete Fragestellung aus dem Pflegedienst – Alltag mit Gesundheitsbezug vor. So ging es beispielsweise um die Dienstplangestaltung in der ambulanten Pflege und um die Umsetzung der telefonischen Erreichbarkeit.

In einer kollegialen Beratungsform nach der Methode Design-Thinking wurden die Teilnehmenden unter der Moderation und Anleitung von Coaches der AOK Baden-Württemberg und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege durch die einzelnen Phasen geleitet. Gemeinsam entwickelten sie Ideen und dachten in verschiedene Richtungen. Am Ende stand ein „Prototyp“ – ein Lösungsansatz für jeden teilnehmenden Pflegedienst, der nun in den kommenden Wochen in der Praxis ausprobiert werden soll. Eine Evaluation und ein erneuter Austausch aller Beteiligten ist für den Herbst geplant.

Die Teilnehmenden zogen ein positives Fazit: „bpa bedeutet für mich immer auch Austausch mit Kollegen anderer Mitgliedseinrichtungen. Das ist ein tolles Format, ich habe viel Input bekommen und freue mich, die Ideen in der Praxis umzusetzen“, freute sich Angelina Walter, verantwortliche Pflegefachkraft bei Intermed.

Die Gesundheit der Mitarbeiter unserer Mitgliedseinrichtungen ist für die bpa-Landesgruppe Baden-Württemberg ein zentrales Anliegen. Weitere „Gesundheits-Labs“ sind mit der Unterstützung von AOK und BGW geplant. bd



Sabine Wächter/AOK

Teilnehmende des „bpa-Gesundheits-Lab“ im AOK-Gesundheitsforum in Esslingen unter anderem mit der Pflegefachkraft Angelina Walter (vorne links) und Berthold Denzel, Landesbeauftragter des bpa (4. von links)

Landesgruppe Baden-Württemberg

Für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte

Landesgruppe ist „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ beigetreten

„Der Vorstand der Landesgruppe Baden-Württemberg steht – wie der gesamte bpa – für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte. Gegen die Versuche, unsere Gesellschaft zu spalten, möchten wir ein deutliches Zeichen setzen. Deshalb freuen wir uns sehr, dass die Landesgruppe nun Mitglied im „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ ist. Denn unsere Demokratie muss um jeden Preis, sowohl im Großen als auch im Kleinen geschützt werden“. So kommentierte Nicole Schliz, Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Baden-Württemberg, die inzwischen bestätigte Mitgliedschaft in dem Bündnis.

Das breite überparteiliche und zivilgesellschaftliche Bündnis ist ein Zusammenschluss von Organisationen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Verbänden, Stadt- und Landkreisen, Kommunen, staatlichen Institutionen, Vereinen und Parteien in Baden-Württemberg.

„Die Pflege lebt von Vielfalt. Menschen mit Migrationshintergrund und zugewanderte Kräfte sind wichtige Teammitglie-



der in den Pflegeeinrichtungen, die dazu beitragen, dass Pflegebedürftige versorgt und pflegende Angehörige unterstützt werden“, betonte Nicole Schliz. Die Landesgruppe werde sich daher aktiv in das Bündnis einbringen.

Die gemeinsame Erklärung des Bündnisses sowie weitere Informationen sind auf der Homepage des Bündnisses zu finden: <https://buendnis-demokratie-menschenrechte.de/>. sk



Der bpa-Landesvorstand (von links): Mazlum Oktay, Gabriel Riske, Constanze Kimmerl, Martina Quadbeck, Martin Kleinschmidt, Jan Stefan Griese, Günter Stützle, Nicole Schliz und bpa-Landesbeauftragter Berthold Denzel

Landesgruppe Bayern

Nachtpflege – das Gegenstück zur Tagespflege

Münchens erste Nachtpflege für Menschen mit Demenz

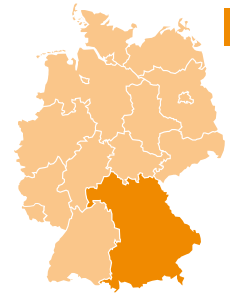


Foto: wohlbedacht e.V.

Die Mitarbeitenden der Nachtpflege (v.l.): Christian Schmidt, Marina Reichart und Lothar Güssregen

In der Bayerischen Landeshauptstadt ist die erste solitäre Nachtpflege für Menschen mit Demenz eröffnet worden. Ins Leben gerufen hat das Angebot der Münchner Projekteverein wohlBEDACHT e.V., eine Mitgliedseinrichtung des bpa. Während die Tagespflege als sogenanntes teilstationäres Angebot den allermeisten Menschen bekannt ist und auch gerne genutzt wird, ist die Nachtpflege bis heute eine Seltenheit.

Frei nach dem Motto „Alles ist möglich“ hat „wohlbedacht“ die erste reine Nachtpflegeeinrichtung für Menschen mit Demenz eröffnet, um häusliche Pflege zu stützen und bis zuletzt möglich zu machen. „Dabei ist es egal, ob unsere Gäste schlafen, ruhen oder die Nacht zum Tag erklären – sie werden ihren Bedürfnissen entsprechend und freundlich durch die Nacht begleitet“, erklärte Pflegedienstleiter Christian Schmidt.

Oft sind es vor allem die Nächte, die bei Fortschreiten einer Demenz zur Herausforderung werden. Die Nachtpflege bietet Angehörigen Entlastung, damit sie ein paar Abende für sich haben oder einfach mal durchschlafen können. „Des Weiteren möchten wir den Angehörigen die Möglichkeit bieten, berufliche Termine und familiäre Pflege unter einen Hut zu

bekommen. Sie können außerdem auch mal übers Wochenende wegfahren“, sagte Christian Schmidt. „Für unsere Gäste werden die Räumlichkeiten der Nachtpflege bald zu einem vertrauten Ort.“ In den Abend- und Morgenstunden nutzen sie zwei große Wohnzimmer mit Küche sowie einen Garten mit altem Baumbestand. Zwölf Betten stehen in Einzel- und Doppelzimmern zur Übernachtung bereit. Die gesamten Räumlichkeiten sind barrierefrei. Von 17 bis 9 Uhr am nächsten Morgen kümmert sich ein Pflege- und Betreuungsteam individuell und kompetent um die dementiell erkrankten Menschen. Die Gäste bekommen Hilfe beim Waschen, Kleiden und pflegerisch-medizinischer Versorgung, Abendessen und Frühstück. Auf individuelle Ruhe- und Schlafbedürfnisse wird Rücksicht genommen und wer nicht schlafen kann, erhält Gesellschaft. Bringen und Abholen kann flexibel erfolgen. Zudem kann auch ein Fahrdienst gebucht werden.

„Bei Interesse an der Nachtpflege ist es wichtig, dass die Angehörigen frühzeitig mit uns Kontakt aufnehmen“, betonte Christian Schmidt. „Wir vereinbaren dann innerhalb von vier Wochen eine Probenacht für den Gast. So lernen wir den Erkrankten kennen.“ „Schwierig“ gibt es im Übrigen bei „wohlbedacht“

nicht: „Bei uns ist jede und jeder willkommen und darf so sein, wie er oder sie ist. Aber wir möchten uns dennoch darauf einstellen, um abschätzen zu können, was gebraucht wird.“ Nach der Probenacht können dann weitere Nächte – nach Bedarf und Verfügbarkeit – reserviert werden.

Eine Nacht bei „wohlbedacht“ ist 16 Stunden lang. Wenn nur morgens oder abends eine Betreuung benötigt wird, ist auch eine Teilbuchung möglich. Und zwischen zwei Nächten kann auch die eigene Tagespflege genutzt werden. „Auf Wunsch bringt unser Fahrdienst unseren Gast morgens nach Hause und holt ihn abends von dort wieder ab“, erläuterte Christian Schmidt. „So haben die Angehörigen länger Entlastung.“

Die Kosten der Nachtpflege richten sich nach Pflegegrad und dem gebuchten Aufenthalt. Dabei kann der Betrag der teilstationären Pflegeversicherung genutzt werden.

Informationen unter: wohlBEDACHT e.V., Höcherstraße 7, 80999 München, Telefon: 089 818020930 oder per E-Mail an hilfe@nachtpflege-muenchen.de sb



Foto: wohlbedacht e.V.

Zimmer in der Münchner Nachtpflege für Menschen mit Demenz

Landesgruppe Berlin



bpa-Mitgliedseinrichtung unterstützt Berliner Kältebus mit 5.000 Euro

Alle Winter wieder sind die Kältebusse der Berliner Stadtmission von November bis Ende März allabendlich von 20 bis circa 2:30 Uhr – zuweilen auch länger – in der Hauptstadt unterwegs, um obdachlose Menschen vor dem Kälte-tod zu bewahren. Auch im vergangenen Winter hat das bpa-Mitgliedsunternehmen Alloheim den Dienst des Kältebusses mit einer großzügigen Spende von 5.000 Euro unterstützt.

Damit erhöht sich die Gesamtsumme der Unterstützung des Unternehmens für das lebensrettende Projekt auf beeindruckende 60.000 Euro.

Die Spendenübergabe mit dem symbolischen Scheck fand am 25. März 2024 bei der Berliner Stadtmission statt.

Der Berliner Kältebus ist eine Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, wohnungslose Menschen in der Hauptstadt während der kalten Wintermonate zu unterstützen.

Ausgestattet mit warmen Getränken, Essen, Schlafsäcken, Decken und medizinischer Versorgung fährt der Bus zu den Bedürftigen.

„Als Unternehmen, das sich der Pflege und Betreuung verschrieben hat, liegt es uns am Herzen, einen Beitrag zur Unterstützung unserer Mitmenschen zu leisten, besonders in den kalten Wintermonaten, in denen die Not der Wohnungslosen besonders akut ist“, sagte Oliver Stemmann, leitender Angestellter bei Alloheim und Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Berlin.

„Wir sind stolz darauf, den Berliner Kältebus auch in diesem Jahr mit einer Spende zu unterstützen und hoffen, dass sie dazu beiträgt, das Leid derjenigen zu lindern, die auf der Straße leben.“

Die Spende von Alloheim wird dazu beitragen, die laufenden Betriebskosten des Kältebusses zu decken sowie dringend benötigte Materialien und Lebensmittel für diejenigen zu beschaffen, die auf die Unterstützung des Kältebusses angewiesen sind. ste



Ilona Kirchmeier (Mitte), Einrichtungsleiterin Alloheim SR Schwyzer Straße, überreicht den Scheck an Karen Holzinger, Fachbereichsleiterin Wohnungslosenhilfe der Berliner Stadtmission

Landesgruppe Berlin

Weißer Spargel und vielfältige Diskussionen

Get-together der Berliner Mitglieder



Foto: Margarete May

bpa-Landesbeauftragter Adrian Imhof diskutiert mit Teilnehmenden zum Thema Hilfe zur Pflege

Die bpa-Landesgruppe Berlin hatte ihre Mitglieder am 13. Mai 2024 zum gemeinsamen Austausch und Spargelessen ins Park Inn Hotel am Alexanderplatz eingeladen. Bei diesem „Get-together“ diskutierten die 42 Gäste mit den Vorstandsmitgliedern und den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen aus der bpa-Landesgeschäftsstelle an dafür ausgewiesenen Tischen die Themen „Hilfe zur Pflege“, „Pflege-Wohngemeinschaften“ und „Personalbemessung § 113c SGB XI“.

Die Gespräche des Vorstandes zu Problemen im Bereich Hilfe zur Pflege mit den Bezirksämtern und die damit einhergehenden ersten Verbesserungen wurden besonders gelobt. Weitere Gespräche hierzu werden jedoch folgen

müssen. Der lebhafteste Austausch zur Personalbemessung beruhigte etwaige Einsteiger und zeigte Parallelen der Herausforderungen zwischen den sehr unterschiedlichen Einrichtungen.

Ein regelhafter Austausch unter den Mitgliedern zur Umsetzung PeBeM wurde vereinbart und knüpft an die Erkenntnisse des Abends an.

Der Abend klang mit einem köstlichen Buffet und Weißwein aus. Auf der Hotelterrasse mit Blick auf den geschäftigen Alexanderplatz mit Rummel und Livemusik wurde über Pflege gefachsimpelt und kontrovers über die Attraktivität des Berliner Kleinods „Alex“ diskutiert. my

Anzeige

**IHR
ABRECHNUNGS
EXPERTE**

**Moin! Ich bin
Catrin Neubaur,
Teamleiterin bei der
AS AG für den Raum
Meck-Pomm.**

IHRE VORTEILE MIT UNS

Persönlicher Ansprechpartner

Keine Vertragslaufzeiten

Auszahlung ab 48 Stunden

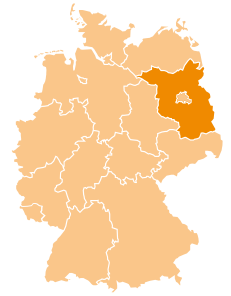
Keine Grundgebühren



AS | **ABRECHNUNGSSTELLE**
für Heil-, Hilfs- u. Pflegeberufe AG

www.as-bremen.de/abrechnung-pflege.html
0421 303 83 149 | info@as-bremen.de

Landesgruppe Brandenburg



Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen im Fokus der Mitgliederversammlung

Bei der Mitgliederversammlung der bpa-Landesgruppe Brandenburg im Maxx Hotel nahe Schloss Sanssouci in Potsdam stand das Thema Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen im Fokus.

In ihrem Eingangsstatement hob Ellen Fährmann (Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Brandenburg) die Bedeutung privaten Unternehmertums hervor. In vielen Regionen des Landes wäre eine Versorgung ohne private Unternehmer nicht mehr gegeben. Zentral müsse daher die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen in den Blick genommen werden. Das heißt, Kostenträger müssen anfallende Kosten anerkennen und Rechnungen begleichen, um weitere Insolvenzen zu verhindern.

Staatssekretär Hendrik Fischer (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg) übermittelte ein Grußwort, in dem er die Bedeutung der Pflegebranche hervorhob: „Ich weiß um die Relevanz Ihrer Branche für die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadtregion, aber auch um die wirtschaftlichen Herausforderungen bei der Entwicklung und Umsetzung einer bedarfsorientierten Versorgung und Pflege.“



Urkunde für 15-jährige Mitgliedschaft beim bpa: Thorsten Schnelle (Burchard Führer GmbH) mit der Landesvorsitzenden Ellen Fährmann

Auch der Bericht von Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Leiter des Geschäftsbereichs stationäre Versorgung, über Aktuelles von der Bundesebene bezog sich auf die Finanzierung und Wirtschaftlichkeit der Einrichtun-

gen. Zudem sprach er die Eckpunkte zum Pflegekompetenzgesetz und die bundeseinheitliche Pflegeassistentenausbildung an.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden langjährige Mitglieder des bpa mit Jubiläumsurkunden für 10, 15 und 20 Jahre Treue zum bpa bedacht. Nach einer Mittagspause im sonnigen Garten des Hotels gab es am Nachmittag Ausführungen zum Thema Investitionskosten. Für die Gastbeiträge waren die contec GmbH und der Kostenträger des zuständigen Landesamtes sowie der Serviceeinheit Entgeltwesen angereist.

Contec zeigte den Mitgliedern sowohl die Grundlagen zur Berechnung und Aufbereitung der Verhandlungsunterlagen sowie Anhaltspunkte auf herausfordernde Punkte in den Verhandlungen. Die Vertreter des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg und der Serviceeinheit Entgeltwesen berichteten zusätzlich zu den Grundlagen über Erfahrungswerte und gaben Hinweise, unter anderem wie wesentlich vollständige Unterlagen für die Antragsstellung sind. Anschließend gab es die Möglichkeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren. swe



Fotos: Sarah Kolbe und Sabrina Weis

Reges Interesse an der Mitgliederversammlung

Landesgruppe Brandenburg

Feiern statt Verhandeln – bpa-Maifest in Potsdam

Unter dem Motto „Feiern statt Verhandeln“ haben am 23. Mai 2024 rund 120 Gäste das bpa-Maifest der Landesgruppe Brandenburg gefeiert. Das Fest hat sich bei den Akteuren der Pflege etabliert und ist zu dem Fest im Mai in der Landeshauptstadt geworden.

Die bpa-Landesvorsitzende Ellen Fährmann eröffnete die Veranstaltung bei strahlendem Sonnenschein und richtete die Aufmerksamkeit der Gäste auf die im Garten und in den Büroräumen verteilten „WahlBAUsteine“. Die „WahlBAUsteine“ sind die Forderungen des bpa im Wahljahr an die Politik des Landes, um die Pflege und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Sie sollen auch eine Anregung für das gemeinsame Gespräch bieten.

Dr. Anja Töpfer, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) des Landes Brandenburg, bedankte sich in ihrem Grußwort für den engagierten Einsatz der privaten Pflege für die Pflegebedürftigen des Landes Bran-



Foto: Kathleen Friedrich

Ellen Fährmann, Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Brandenburg, im Gespräch mit MSGIV-Staatssekretärin Dr. Anja Töpfer und Ulrich Wendte (MSGIV)

denburg sowie für die produktive Zusammenarbeit mit der bpa-Landesgruppe. Mit einer Maibowle wurde auf das Miteinander angestoßen.

Das Fest bot allen Gästen die Möglichkeit, fernab der täglichen Arbeit und Herausforderungen, einen geselligen Nachmittag in positiver Atmosphäre zu verbringen. Die Gäste aus Politik, Brandenburger Senioren- und Pflege-Projekten, Kooperationspartner des bpa, Liga- und Kassenvertreter sowie zahlreiche Mitglieder nutzten die Möglichkeit für einen zwanglosen Austausch. Zu einem

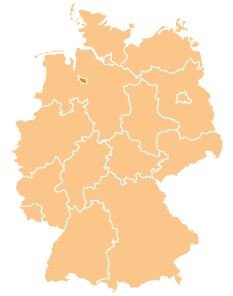
Maifest gehört neben einer Maibowle auch ein Maibaum, der wieder in den bpa-Farben gestaltet war. Umrahmt wurde das Maifest durch Livemusik und gutes Essen. swe



Foto: Kathleen Friedrich

Blick ins Publikum beim Maifest der bpa-Landesgruppe Brandenburg

Landesgruppe Bremen/Bremerhaven



Versorgungsmangel in der Pflege schadet der Gesamtwirtschaft

bpa, Wohlfahrtsverbände, Handelskammer und Unternehmensverbände diskutierten mit Senatorin und Experten aus Pflege, Wissenschaft und Wirtschaft

Wohnbereiche in Pflegeeinrichtungen müssen aus Personalmangel schließen, Unternehmen senden zunehmend Alarmsignale, weil Mitarbeitende vorübergehend oder langfristig ihre Arbeitszeit reduzieren, um hilfebedürftig gewordene Angehörige zu pflegen, die Ausbildungszahlen gehen dramatisch zurück – ein komplexer Problemmix, der sich angesichts der Demografie in den kommenden Jahren deutlich verschärfen wird. Und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Claudia Bernhard, bestätigt: „Die Probleme sind bedrückend. So eine Diskussionsrunde wie diese Veranstaltung aus der Praxis heute sind deshalb sehr wichtig, um den Einsatz gezielt für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen auf breite Füße zu stellen“.

„Wer für seine Angehörigen keinen Pflegeplatz findet, fehlt morgen selbst bei der Arbeit – wie der Versorgungsmangel in der Pflege der Gesamtgesellschaft schadet“ lautete der Titel einer gemeinsamen Veranstaltung von bpa, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmensverbänden im Land Bremen und der Handelskammer Bremen/Bremerhaven. Eine konzertierte Aktion von Pflegeunternehmen und Wirtschaftsbetrieben, um die sich durch Personalmangel zuspitzende Situation im Alltag eindrücklich darzustellen. Über 70 Teilnehmende konnte Johanna Kaste, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Bremen/Bremerhaven begrüßen. „Die fehlende pflegerische Versorgung in Deutschland ist inzwischen ein Treiber des Per-



Foto: Holger Hegermann

Johanna Kaste, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Bremen/Bremerhaven begrüßt die Teilnehmenden

sonalmangels in anderen Branchen“, so Kaste. „Jede vierte Teilzeitkraft hat den Arbeitsumfang reduziert, um Angehörige zu betreuen“. Und die Situation wird sich verschärfen, weil nicht einmal 90 Prozent der Pflegeplätze belegt werden können.

Cornelius Neumann-Redlin, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände ergänzte: „Wir haben ein gesellschaftliches Problem: Die sogenannten Baby-Boomer gehen in Rente und müssen sich vermehrt um ihre noch älteren Eltern/Angehörigen kümmern. Es entsteht ein noch höherer Bedarf an Pflege- und Unterstützungsangeboten. Wir haben einen dringenden Handlungsbedarf“.

Nach fachlichen Inputs durch Experten diskutierten Senatorin Claudia Bernhard, bpa-Landesvorsitzender Sven Beyer, Martin Böckmann, Caritasdirektor, Ulrike Wagner, Personalleiterin der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) und Professorin Dr. Irene Gerlach, wissenschaftliche Leiterin am Forschungszentrum Familienpolitik, unter der Moderation von Martin von Berswordt-Wallrabe.

Obwohl die Bevölkerung im Land Bremen etwas langsamer älter wird als im Bundesdurchschnitt und die Zahl der pflegebedürftigen Hochaltrigen (noch) relativ stabil ist, prognostiziert der aktuelle Bremer Landespflegebericht eine deutliche Zunahme bei der Pflegebedürftigkeit, vor allem weil die große Zahl der Menschen, die derzeit noch zuhause betreut wird, in die professionelle Pflege wechseln wird. Und das bei einem deutlichen Rückgang des Versorgungsgrades im Land Bremen. In dem Zwei-Städte-Staat sind kontinuierlich rund 1.000 der insgesamt 7.000 Pflegeplätze aus Personalmangel nicht besetzt.

Darüber informierte Dr. Thomas Kalwitzki, wissenschaftlicher Geschäftsführer der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung beim Socium der Universität Bremen. „Wir brauchen mehr Angebote für Pflege im Quartier und dafür dringend eine kleinräumige Planung“, so Kalwitzki und er appelliert, Fördermöglichkeiten zum Beispiel für innovative Unterstützungsvorhaben und -strukturen für Pflegebedürftige und Angehörige in den Wohngebieten zu nutzen.

Ende 2021 haben in Deutschland fünf Millionen pflegebedürftige Menschen gelebt, über die Hälfte von ihnen wurde von Angehörigen versorgt. „Für Pflege werden – zusammengefasst – durch pflegende Angehörige, ambulante Pflegedienste und andere durchschnittlich fast 63 Stunden in der Woche, das heißt etwa neun Stunden pro Tag aufgewendet. 49,3 Stunden davon übernimmt durchschnittlich die Hauptpflegeperson“. Das stellte Professorin Dr. Irene

deutung der Pflege und die Herausforderungen an die Betriebe sind stark gestiegen“, so die Senatorin. Die Zahl der Ausbildungsplätze müsse sich massiv erhöhen, die Abbrecherquote sich deutlich reduzieren, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt werden. Einiges sei schon auf dem richtigen Weg. Für die Anerkennung gebe es mittlerweile ein Online-Portal, das Projekt Gesundheitsfachkräfte im Quartier konnte verstetigt werden. Aber:

mens an die Beschäftigten, dass es Ansprechpartner und Angebote in Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Pflege im Betrieb gibt, von besonderer Bedeutung. Die Erwerbstätigkeit sollte in jedem Fall aufrechterhalten werden können, denn die Menschen fehlen im Arbeitsalltag. Kontakte zu Firmen, die bereits erfolgreich seit Jahren Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie praktizieren, seien hier sehr hilfreich.



Foto: Höger Hegermann

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz Claudia Bernhard und Moderator Martin von Berswordt-Wallrabe

Und auch Senatorin Bernhard bestätigt: „Das Informationsmanagement sollte erweitert werden, niedrigschwellig und mehrsprachig sein. Wir haben in unserem Stadtstaat gute Voraussetzungen für eine enge Vernetzung. Die Anlaufstellen für „Pflege im Quartier“ müssen weiter ausgebaut werden. Das kostet Geld, das nicht nur vom Gesundheitsressort zur Verfügung gestellt werden kann. Projekte können nur der Einstieg in folgende nachhaltige Angebote sein“.

Gerlach fest. Und die Hauptpflegeperson ist erst einmal eine Angehörige, von der der Hauptteil an Betreuung und Pflege geleistet wird. Die Belastung ist enorm. Und dabei haben 51 Prozent der erwerbstätig ehrenamtlich Pflegenden ihre Arbeitszeit nicht reduziert. 41 Prozent allerdings haben sie reduziert und stehen an ihrem Arbeitsplatz nur noch eingeschränkt zur Verfügung. „Der Personalmangel wird sich drastisch verschärfen“, so Prof. Gerlach. „Allein in den kommenden neun Jahren erhöht sich die Zahl der Pflegebedürftigen bei uns auf sechs Millionen. Es gibt eine breite Palette von staatlichen Maßnahmen wie Pflegeunterstützungsgeld, Unterstützung aus dem Pflegezeitgesetz und anderes mehr. Was wir vermehrt benötigen, ist eine pflegesensible Personalpolitik der Unternehmen“.

Mit Fragen an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz eröffnete der Moderator die Podiumsdiskussion. Wie sieht der Dialog von Politik und Praxisbetrieben aus, welche Stellenschrauben sind identifiziert? „Die Be-

„Die Pflegeversicherung muss neu aufgestellt werden, die Schere zwischen der Belastung der Angehörigen durch Pflege zuhause und weniger Geld durch Reduzierung der Berufstätigkeit muss geschlossen werden“.

„Im Schnitt sind die berufstätigen Menschen, wenn ihre Eltern versorgt werden müssen, bei uns 46 Jahre alt“, weiß Personalchefin Ulrike Wagner von der BSAG aus Erfahrung, eine große Herausforderung an Unternehmen. „Wir bieten Informationsveranstaltungen zum Thema Pflege an, Fachleute stehen für Fragen zur Verfügung“, so Wagner. Bei aller Unterstützung findet der spontan entstehende Personalmangel zum Beispiel durch Stundenreduzierung seinen direkten Niederschlag auf die Fahrpläne von Straßenbahnen und Bussen. Ulrike Wagner: „Wir können nur erste Hilfe in Krisen- und Notfällen leisten und dann die regionale Infrastruktur mit den dortigen Angeboten vermitteln“.

Vor diesem Hintergrund, so Professorin Gerlach, sei das Signal des Unterneh-

Betriebe könnten zwar in Krisensituationen ihre Beschäftigten unterstützen, bei der Suche nach professioneller Pflege kommt es aber immer öfter zu Absagen von Nachfragen. Das können die beiden Praxisvertreter Sven Beyer und Martin Böckmann nur mit Bedauern bestätigen.

Fehlendes Personal, starke Konkurrenz mit anderen Branchen auf dem Arbeitsmarkt, geschlossene Wohnbereiche und dadurch negative finanzielle Auswirkungen auf die Träger sowie ein künftig noch weiter wachsender Bedarf an Pflegekräften durch das Personalbemessungsgesetz – das sind die Fakten. „Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsplätze beziehungsweise ein Überdenken der jetzigen Ausbildungsformen“, so Beyer.

Die Altenpflegeausbildung habe bedeutend mehr junge Leute motiviert, eine Ausbildung zu beginnen. Und bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen müsse die Kompetenzanerkennung eine viel größere Rolle spielen.

„Wer eine dreijährige Fachausbildung im Ausland erworben hat und die Sprache beherrscht, sollte sofort in der Praxis arbeiten dürfen“, verdeutlicht Beyer. Und Böckmann ergänzt: „Pragmatismus und Vertrauen in die Träger sollten bei Entscheidungen als Kriterium eine größere Rolle spielen. Es gibt noch Spielräume für den Praxisalltag der Pflege. Flexibel zu arbeiten kann junge Menschen motivieren“.

„Angesichts der zunehmend dramatischer werdenden Situation in Pflegebetrieben und der wachsenden Nachfragen nach Plätzen für Betreuung und Unterstützung brauchen wir einen engen und ernsthaften Dialog, um gemeinsame Lösungen zu finden“, so Sven Beyer und appellierte an die Senatorin, Betriebe und Beschäftigte zu unterstützen. Dazu Senatorin Bernhard: „Natürlich unterstütze ich Sie, soweit mir das möglich ist, weil mir die Dringlichkeit der Probleme in der Pflege bewusst ist. Wir brauchen allerdings auch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, der von allen MultiplikatorInnen getragen und auch eingefordert wird. Solche Veran-



Folie aus der Präsentation von Prof. Dr. Irene Gerlach – Folgen des Personalmanagements

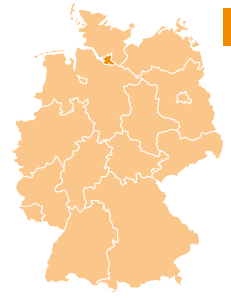
staltungen wie heute, die die Bedeutung von Pflege in den Mittelpunkt stellen, Forderungen und Empfehlungen formulieren, müssen über diesen Kreis hinaus getragen werden.

Und dieser Hinweis wurde im Abschlussstatement von Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, gern aufgenommen: „Frau Senatorin Bernhard hat zugesagt, das heutige Veranstaltungsthema gemeinsam mit uns weiter zu verfolgen. Und darüber freuen wir uns. Der demografische Wandel führt zur Katastrophe, wenn wir nicht handeln, und zu einem volkswirt-

schaftlichen Schaden. Wir müssen gesamtwirtschaftlich denken. Lösungsansätze stecken in den Themen Ausbildung, Zuwanderung, Anerkennung von Abschlüssen. Für die Handelskammer nehme ich mit, dass Unternehmen flexibel reagieren müssen, wenn sich ihre Beschäftigten vorübergehend um ihre Angehörigen kümmern müssen. Wir haben zwar ein gesellschaftliches Problem, aber die Erfahrungen aus dem stringenten Umgang mit der Corona-Pandemie auf Landesebene hat gezeigt: Gemeinsam können wir solche Herausforderungen gut bewältigen“. hbw



Podiumsdiskussion mit (v.l.): Prof. Dr. Irene Gerlach, Wissenschaftliche Leitung am Forschungszentrum Familienpolitik, Martin Böckmann, Caritasdirektor Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, Ulrike Wagner, Personalleiterin Bremer Straßenbahn AG, Senatorin Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Sven Beyer, bpa-Landesvorsitzender. Moderation: Martin von Berswordt-Wallrabe.



Landesgruppe Hamburg

Erste „Pflege Lounge“ begleitet Eröffnung neuer Räumlichkeiten der apm in Hamburg

Zur Eröffnung der neuen Räumlichkeiten der apm-Pflegeschule in Hamburg-Eppendorf haben sich am 26. April 2024 zahlreiche Vertreter aus der Pflegebranche eingefunden. Die Räumlichkeiten werden nicht nur für die Ausbildung am Standort Hamburg, sondern auch für die Weiterbildungsangebote genutzt. Die Eröffnung war zeitgleich Start der Veranstaltungsreihe „Pflege Lounge“, weitere Termine zu Themen aus dem vielfältigen Bereich der Langzeitpflege folgen.

Schulleiter Kai Schmidt nahm die Glückwünsche des bpa entgegen, begrüßte die mehr als 60 Gäste und blickte voraus auf die Fachbeiträge sowie den Austausch der Anwesenden.

Vertreter der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters stellten Fördermöglichkeiten von (internationalen) Auszubildenden unter anderem durch das „Jobturbo“-Programm vor, bevor Praxisanleiter Frank Lein aus der Frank Wagner Holding mit einem Impulsvortrag auf zukünftige und derzeitige Herausforderungen bei der Ausbildung von ausländischen Azubis blickte.

Dabei bestätigten viele Teilnehmer der Veranstaltung diese Herausforderungen und damit auch, dass die stetigen Forderungen des bpa nach mehr bezahlbarem und ausbildungsnahem Wohnraum in Hamburg für Azubis sowie ein Bürokratieabbau im Behördenschwung bei ausländischen Auszubildenden weiterhin notwendig sind.

Die Vorstellung der apm „International“ von Sina Wagner enthielt viele Informationen für die bpa-Mitglieder, insbesondere da bei der Suche nach Auszubildenden oder Pflegekräften im Ausland verlässliche Partner dringend gebraucht werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der bpa-Landesgeschäftsstelle Hamburg und apm „International“ wird angestrebt.

Beim anschließenden Beisammensein mit Finger-Food konnten die Räumlichkeiten begutachtet werden, bevor beim Fachvortrag zur Robotik und „KI“ noch ein Blick in die Zukunft in der Pflege und Ausbildung geworfen wurde.



Foto: Philip Eckhardt

Aus- und Weiterbildungsangebot am Standort Hamburg wird stetig verbessert (v.l.): Matthias Schaper (apm-Geschäftsleitung), Kristina Keller (Geschäftsführerin apm Hamburg GmbH), Philip Eckhardt (bpa-Landesgruppe Hamburg) und Kai Schmidt (Pflegeschulleitung – apm Pflegeschule Hamburg)

Landesgruppe Hessen



Auftaktgespräch mit Hessens Staatsministerin Diana Stolz

Die neue hessische Pflegeministerin Diana Stolz hat eine Delegation der bpa-Landesgruppe Hessen unter Leitung des Landesvorsitzenden Ralf Geisel ins Ministerium eingeladen, um über die Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der Pflegebranche zu diskutieren.

Die Diskussion verdeutlichte die großen Herausforderungen der Pflegebranche. Viele bpa-Einrichtungen, häufig familiengeführt, sind durch hohe Belastungen und unsichere Zukunftsperspektiven gefährdet. Die steigenden Pflegekosten und die Tariftreue-Regelung belasten viele Betriebe und zwingen eine Reihe von ihnen zur Schließung.

Ein zentrales Anliegen der bpa-Vertreter war die Entbürokratisierung, da der hohe administrative Aufwand die Fachkräfte stark belastet. Die Staatsministerin zeigte sich offen für diese Anliegen und verwies auf bereits bestehende Entbürokra-

tisierungsansätze. Der bpa bleibt diesbezüglich weiterhin im Kontakt mit der Landesregierung.

Diana Stolz informierte über die knappen Finanzmittel und erläuterte die Prioritäten der Landesregierung, wobei die Entlastung pflegender Angehöriger im Fokus steht. Ein weiterer Ausbau der Kurz- und Teilzeitpflege soll die Pflegeinfrastruktur stärken. Trotz finanzieller Einschränkungen sollen gezielte Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Pflege umgesetzt werden.

Wichtige Impulse zur Kurzzeitpflege kamen vom bpa, darunter die geplante Umsetzung des Fix/Flex-Modells und die Reduzierung des hohen Dokumentationsaufwands in der Kurzzeitpflege, welcher das Angebot erheblich erschwert. Beide Themen sind entscheidend zur Erleichterung der Pflegepraxis und zur Sicherung der pflegerischen Infrastruktur. Zudem

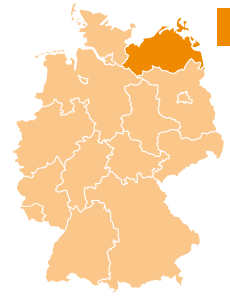
wurde auf die hohe Abbruchquote bei der generalistischen Ausbildung und die vielen Hemmnisse bei der Anwerbung und Anerkennung dringend benötigter internationaler Fachkräfte hingewiesen. Hier brauchen wir dringend die so genannte Kompetenzvermutung, mit der die oft hochwertige Ausbildung im Herkunftsland bei entsprechenden Sprachkenntnissen direkt als ausreichend anerkannt würde und die verschiedenen behördlichen Prüfungen dann parallel zum Einsatz als Fachkraft erfolgen könnten.

Das Treffen markierte einen hoffnungsvollen Start in eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der neu gewählten Landesregierung und dem bpa. Zum Abschluss nahm die Staatsministerin sehr gerne die herzliche Einladung des Landesvorsitzenden zum 10. Hessischen bpa-Fachkongress am 27. September nach Bad Homburg an. kbo



Foto: Kristina Bogimov

Vorne von links: bpa-Landesvorsitzender Ralf Geisel, Staatsministerin Diana Stolz, bpa-Landesbeauftragte Sabine Söngen und bpa-Landesgeschäftsstellenleiter Manfred Mauer Hinten von links: Die Vorstände des bpa Hessen Robert Jansen, Marion Gnidtke, Anna Tinbergen, Dirk Mohr, Eva-Maria Müller sowie bpa-Landesbeauftragter Markus Ahne



Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

18. Qualitätskonferenz begeistert knapp 600 Teilnehmende

Volle Gänge, bis zum letzten Platz besetzte Vortragssäle, zufriedene Aussteller und Besucher – die 18. Qualitätskonferenz setzt ihre Erfolgsgeschichte fort: Knapp 600 Teilnehmer besuchten am 19. und 20. März 2024 die landesweit mit Abstand größte Veranstaltung in der Pflegebranche in Linstow und informierten sich über aktuelle Themen in der Pflege. Begleitet wurde die Konferenz von einer Fachmesse mit 25 Ausstellern.



Volle Vortragsreihen bei der Eröffnung in Linstow

Nach einem Grußwort von Frauke Hilgemann, Leiterin der Abteilung Soziales und Integration des Sozialministeriums in M-V, starteten alle Teilnehmer in die Workshop-Phase. Ein abwechslungsreiches Programm mit 19 Vorträgen stand zur Auswahl, um die Pflegefachkräfte und Unternehmer in ihren fachlichen und persönlichen Kompetenzen zu stärken. Viel Lob gab es für die pflegefachlichen Referate zum professionellen Wundmanagement mit Gerhard Schröder. In den praxisnahen Vorträgen von Torsten Lamp über Demenz und freiheitsentziehende Maßnahmen nahmen die Teilnehmer wertvolle Tipps für die tägliche Praxis mit. Dr. Sabine Reetz beleuchtete aktuelle Themen aus dem Steuerrecht in Verbindung mit speziellen Regelungen im Rahmen der Tarifreue und weiteren praktischen Herausforderungen in der Pflege. Über sozialrechtliche Themen wie Hilfe zur Pflege informierte Heiko Grunow und gab hilfreiche Anregungen zum konsequenten Forderungsmanagement.

Highlight für viele Teilnehmer waren die Workshops mit Hans-Georg Lipp. Mit seinen belebenden Ausführungen über die Rolle des Kunden und die aktuelle Personalsituation brachte er viele Zuhörer dazu, die Rolle als Führungskraft neu zu überdenken.



Grußwort von bpa-Präsident Bernd Meurer



Fotos: Claudia Siegfried/bpa

Referent Hans-Georg Lipp begeisterte sein Publikum



Blick in die Aussteller-messe

Trotz der intensiven inhaltlichen Diskussionen und aktuellen branchenpolitischen Herausforderungen zeigten hunderte bpa-Mitglieder am Abend des ersten Veranstaltungstages erneut, dass sie ordentlich feiern können. Die Abendveranstaltung wurde zu energetischen Rhythmen aus Hip-Hop, Modern Dance und K-Pop durch

das Wettkampfteam der Tanzschule Schlebusch „DDC – Desire Deluxe Crew“ eingeläutet. Die Tänzerinnen gaben die ein oder andere Anregung zum Nachmachen der Moves, so dass die Musiker der „bpa Hausband TRIPOD“ nicht lange bitten mussten und die Tanzfläche ab der ersten Note stets gefüllt war.

Schwierige Lage für die private Pflege

bpa-Präsident Bernd Meurer hielt am zweiten Konferenztage ein sehr eingehendes Grußwort und fand die Zustimmung der Mitglieder, als er die gegenwärtig schwierige Lage für die private Pflege beschrieb. Abschließend gaben Sven Wolfgram (bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung) und Pascal Tschörtner (bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung) einen Überblick über neue Gesetze und Verhandlungen auf Bundesebene. Die aktuellen Themen aus M-V wurden von Dietmar Schmidt und Anja Welenz aus der Landesgeschäftsstelle präsentiert.

Zum Ende der gelungenen Konferenz erlebte Katrin Mutzeck vom Pflege- und Betreuungszentrum Tessinum GmbH eine ganz besondere Überraschung. Die Glücksfee zog sie als Gewinnerin einer Kurzreise mit der AIDamar von Warnemünde nach Stockholm und Visby für zwei Personen. Die Reise wurde von der Dr. Reetz Unternehmensberatung in Kooperation mit Seereisen Service Schack gesponsert.

Da die diesjährige Qualitätskonferenz erneut auf große positive Resonanz bei den Mitgliedern stieß, wurde gleich vor Ort ein neuer Termin festgelegt: Die bpa-Landesgruppe M-V lädt am 21./22. Januar 2025 zur 19. Qualitätskonferenz nach Linstow ein. cm



Michael Beermann, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe M-V (l.), und der Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Dietmar Schmidt gratulierten Katrin Mutzeck zur AIDA-Reise



Vorstandsvorsitzender Michael Beermann eröffnete die Abendveranstaltung



Grußwort von Frauke Hilgemann, Leiterin der Abteilung Soziales und Integration des Sozialministeriums in M-V



Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, berichtete über neue Entwicklungen aus der Pflege auf Bundesebene

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Pflegepolitischer Abend zur Zukunft der ambulanten Pflege



Foto: Dietmar Schmidt, Carolin Möller/bpa

Christine Klingohr, Sprecherin für Senioren-, Sozial- und Gesundheitspolitik der SPD und Michael Beermann, bpa-Landesvorsitzender

Vertreter aus Politik, öffentlicher Verwaltung und der Selbstverwaltung haben sich am 17. April 2024 mit Inhabern und Geschäftsführern privater Pflegebetriebe zum pflegepolitischen Abend getroffen. Im Fokus des von der bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern organisierten Treffens stand die Zukunft der ambulanten Pflege, eine Thematik, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Nach einführenden Worten des bpa-Landesvorsitzenden Michael Beermann, betonten Christine Klingohr, Sprecherin für Senioren-, Sozial- und Gesundheitspolitik der SPD, und Harry Glawe, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Sozial-, Pflege- und Familienpolitik, in ihren Impulsvorträgen die Notwendigkeit der kooperativen Zusammenarbeit aller Beteiligten, um die Herausforderungen in der ambulanten Versorgung mit Leistungen der Langzeit- und der Behandlungspflege unter Berücksichtigung

der zukünftigen Bedarfe und bestehenden Angebote zu bewältigen.

Wichtige Maßnahmen wie zum Beispiel das Einstellen von Geldern für die Unterstützung von Projekten zur Gewinnung ausländischer Pflegekräfte oder zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Maßnahmen der Gesundheitsprävention in den Landeshaushalt seien schon auf den Weg gebracht, weitere – insbesondere eine Reform der Pflegeversicherung – müssten folgen. Dabei appellierten sie an alle Beteiligten, dass „der Wille aller Akteure, gemeinsame Lösungen zu finden, unerlässlich sei.“

Die Leiterin der vdek-Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern Kirsten Jüttner präsentierte die Perspektive der Landesverbände der Kranken- und Pflegekassen im Land und verwies unter anderem auf die Bindung der Selbstverwaltungspartner an Recht und Gesetz und den geringen finanziellen Spielraum insbesondere der Krankenkassen.

Dieter Eichler, Geschäftsführer des Paritätischen Mecklenburg-Vorpommern, ergänzte die Diskussion um wichtige Aspekte aus der Praxis und berichtete aus Sicht der Verbände der Freien Wohl-

fahrtspflege über Probleme wie fehlendes Personal, Zunahme der Pflegebedürftigen und Fallschwere, Kostensteigerung, aber auch überbordende Bürokratie und schleppende Digitalisierung. Bestätigt wurden seine Ausführungen durch Raik Radloff, stellvertretender Vorsitzender der bpa-Landesgruppe und Inhaber eines Pflegebetriebes, der noch einmal deutlich auf die Gefahr einer ambulanten Unterversorgung und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land verwies.

Nach den offiziellen Reden folgten intensive Diskussionen an den Tischen, in denen die Teilnehmer ihre Standpunkte erläuterten und Lösungsansätze erörterten. Neben den formellen Gesprächen bot die Veranstaltung auch Raum für informelle Unterhaltungen in entspannter Atmosphäre. Mit einem konstruktiven Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern der Pflegebranche und den Kassenverbänden markierte der pflegepolitische Abend einen wichtigen Schritt in Richtung der Entwicklung tragfähiger Strategien für die Zukunft.

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern für ihr Kommen und aktives Mitwirken. awe



Foto: Dietmar Schmidt, Carolin Möller/bpa

Blick in die Runde der Teilnehmenden

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Gewinnung vietnamesischer Pflegehelfer – Anwerbung von Auszubildenden erweist sich als Erfolgsmodell



Dr. Van Tac Pham, Medizinischer Nationalrat aus Vietnam, referierte über die Pflegeausbildung in Vietnam

Sehr interessant für die Mitglieder war auch der Vortrag von Dr. Van Tac Pham, Medizinischer Nationalrat aus Vietnam, der über die Pflegeausbildung in Vietnam berichtete. Dr. Pham war mit einer Delegation aus Vietnam Gast der Veranstaltung des bpa. Er zeigte sehr deutlich auf, wie hoch die Ausbildungsstandards in Vietnam in der Pflege sind.

Die anwesenden Mitglieder konnten durch die unterschiedlichen Vorträge einen guten Eindruck über die Voraussetzungen einer erfolgreichen Anwerbung vietnamesischer Pflegehelfer ge-

Bereits seit dem Jahr 2020 unterstützt die bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig ihre Mitgliedereinrichtungen bei der Anwerbung vietnamesischer Pflegefachkräfte und Auszubildender. Insbesondere die Anwerbung von Auszubildenden erweist sich inzwischen als Erfolgsmodell für unsere Mitgliedereinrichtungen: Die angeworbenen vietnamesischen Auszubildenden brechen die Ausbildung deutlich seltener ab und haben auch im Durchschnitt bessere Abschlussnoten als die deutsche Vergleichsgruppe.

So verwundert es nicht, dass sich der bpa in Mecklenburg-Vorpommern als eine der ersten Landesgruppen auch mit dem Thema der Anwerbung vietnamesischer qualifizierter Pflegehelfer auseinandersetzt. In einer gemeinsamen Informationsveranstaltung für die Mitglieder unterrichtete zunächst der Leiter Stabsstelle Personalsicherung des bpa, Robert Mittelstädt, über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Fachkräfteeinwanderungsrechts, welche eine Anwerbung qualifizierter Pflegehelfer überhaupt erst möglich machen.

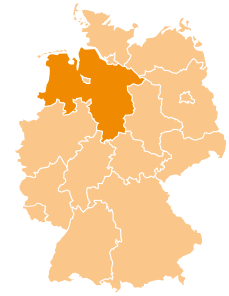


Gruppenbild mit Referenten und Vorständen (von links): Thi Van Anh Ohsieck, Thuy Hang Le, Gunnar Bast, Thi Huong Nguyen, Thu Ha Pham, Viet Thang Nguyen, Robert Mittelstädt, Raik Radloff, Dr. Barbara Dieckmann, Dr. Van Tac Pham, Annette Kob, bpa-Landesgeschäftsstellenleiter Dietmar Schmidt und Carolin Lubetzki

In weiteren Themenblöcken informierten die Kooperationspartner des bpa, die SAWOS Pflegeschule und die Cmind Solution GmbH, über die Bedingungen der schulischen Ausbildung und konkrete Vermittlungsangebote.

winnen. Nach den Vorträgen gab es bei einem Kaffee noch einen regen Austausch zwischen allen Beteiligten. dsch

Landesgruppe Niedersachsen



Der bpa Niedersachsen im Austausch mit der Politik – diesmal mit Tilman Kuban und Tino Sorge von der CDU

Die CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban und Tino Sorge, letzterer ist zugleich gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, haben am 26. März 2024 das Pflegewohnstift „An der Schützenallee“ in Pattensen besucht. Die Mitgliedseinrichtung des bpa gehört zur Deutschen Seniorenstift Gesellschaft von bpa-Vorstandsmitglied Volker Schulze und liegt im Wahlkreis von Tilman Kuban.

Gemeinsam haben Volker Schulze und Carsten Adenäuer, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle, mit den beiden Politikern bei einem Kaffee intensiv über die derzeitigen Herausforderungen in der Pflege diskutiert. Dabei spielten trotz der Zugehörigkeit der beiden Abgeordneten zum Bundestag auch landespolitische Problemstellungen in der Pflege eine große Rolle.

Neben der wirtschaftlichen Absicherung von Pflegeeinrichtungen im Allgemeinen, insbesondere der dringenden Notwendigkeit, endlich auch das unternehmerische Risiko und Wagnis in Pflegesatz- und Vergütungsverhandlungen angemessen zu berücksichtigen, ging es vor allem um das Thema schnellere und unbürokratischere Anerkennung von ausländischen Pflegekräften. Hier zeigte sich einmal mehr, dass kommunale Entscheidungen zu ein- und demselben Sachverhalt durchaus komplett unterschiedlich ausfallen können, was eine verlässliche Planung für die Pflegeeinrichtungen verständlicherweise umso schwerer werden lässt.

Aber auch die Pflegeassistentenausbildung, die nun bundeseinheitlich geregelt werden soll und aus Sicht des bpa

zwingend auf zwölf Monate ausgerichtet sein muss, um die Versorgungssicherheit zu erhalten, wurde bei den beiden Politikern angesprochen. Gleiches gilt für eine zwingend notwendige Entbürokratisierung, denn derzeit wird gefühlt eher Bürokratie auf- als abgebaut und dies, obwohl ein wesentliches Thema der Konzentrierten Aktion Pflege in Niedersachsen die Entbürokratisierung ist.

Durch die unmittelbare Praxisnähe konnte Vorstandsmitglied Volker Schulze bei vielen Themen gleich das passende Beispiel aus den zahlreichen, alltäglichen Herausforderungen eines Pflegebetriebers liefern.

Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer darin, dass Pflege noch nie gesell-

schaftlich und wirtschaftlich so relevant war wie heute. Wer wegen des Personalmangels nicht die Möglichkeit hat, für die Pflege seiner Angehörigen auf professionelle Unterstützung zurückgreifen zu können, der kann auch nicht bei VW in der Produktion stehen und mit seiner Arbeitskraft zur Wertschöpfung beitragen. Ein Angebotsmangel in der Pflege verschärft somit den Fachkräftemangel in allen anderen Wirtschaftsbranchen und wird damit zu einer Wohlstandgefährdung.

Alles in allem war es ein sehr konstruktiver Austausch, bei dem die beiden Politiker aufmerksam zugehört und die Lösungsvorschläge des bpa interessiert aufgenommen haben. cad



Diskutierten über Herausforderungen in der Pflege (von links): Volker Schulze (Deutsche Seniorenstift Gesellschaft), Nadine Neumann (Einrichtungsleitung Pattensen), Tilman Kuban MdB CDU, Tino Sorge (MdB und gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Roman Dobberstein (Vorsitzender CDU Stadtverband Pattensen) sowie Carsten Adenäuer, Leiter der Landesgeschäftsstelle (nicht im Bild)

Landesgruppe Niedersachsen

Goldenes Jubiläum im Haus Wietze

Das ist etwas ganz Besonderes: Marianne Wachutka kann auf 50 Jahre Mitgliedschaft im bpa zurück blicken. Vor einem halben Jahrhundert hatte sie sich entschlossen, mit ihrem Pflegeheim in Wietze in den bpa einzutreten. Bei der Betriebsübernahme galt es seinerzeit, einige Hürden aus dem Weg zu räumen.

In dem zwischen Hannover und Celle gelegenen Pflegeheim wurden schon Anfang der 70er-Jahre Senioren untergebracht und betreut. Als der damalige Betreiber die Einrichtung an Marianne Wachutka übergeben hatte, stellte sich bald heraus, dass die Beschaffenheit und die Ausstattung des Hauses sich für eine gedeihliche Fortführung des Betriebes als unzureichend erwiesen. Fest entschlossen, einen eigenen Betrieb zu führen, wendete Marianne Wachutka all ihre Energie auf, um das Haus in eine gesicherte Zukunft zu führen. So sind im Laufe der Jahre immer wieder Anbauten und andere Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen worden, die den Bewohnern und den Mitarbeitenden zu Gute kommen.

Mit Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 90er-Jahre haben sich die Rahmenbedingungen für den Betrieb eines Pflegeheimes erwartungsgemäß verändert. Pflegekassen, Medizinischer Dienst, Heimaufsicht und andere Behörden stellen Anforderungen, die den Geschäftsbetrieb teilweise erheblich beeinflussen. Für die Betreiberin ist es wichtig, dass es mit all den außerbetrieblichen Stellen zu einem Ausgleich kommt; langanhaltende und nervenraubende Streitigkeiten sind nur Belastungen.

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich ein deutlicher Trend abgezeichnet: Es ist die Veränderung in der körperlichen



Foto: Ursula Stein

Urkundenübergabe im Garten von Haus Wietze: bpa-Landesbeauftragter Heinrich Ennen gratuliert der Betreiberin Marianne Wachutka zur 50-jährigen Mitgliedschaft im bpa

Verfassung von neuen Heimbewohnern. Während das Haus in den 70er- und 80er-Jahren mehr dem Charakter eines Altersheims entsprach, wird das Pflegeheim Wietze seitdem von Menschen aufgesucht, die bereits erheblich pflegebedürftig sind. Dieser Wandel verlangt natürlich auch den Pflegekräften einiges ab; Marianne Wachutka ist froh, dass für die meisten Beschäftigten die langjährige Betriebstreue noch einen Wert darstellt.

In 50 Jahren Betriebstätigkeit sind intensive Kontakte in die unmittelbare Nachbarschaft und in den Ort entstanden. Die Einrichtung kann zu Recht stolz darauf sein, dass ein engmaschiges Netz an „helfenden Händen“ stets zur Verfügung steht. Sowohl ehrenamtlich tätige Personen als auch handwerklich begabte „Freunde des Hauses“ tragen einen beachtlichen Teil dazu bei, dass es allen besser geht. Auch Künstler finden Möglichkeiten, sich auszudrücken. So hat Marianne Wachutka einen Künstler aus Celle gebeten, freie Wandflächen im Außenbereich mit anregenden

Motiven aufzuwerten. Ergebnis: Wer die Tiroler Berge sehen will, braucht nur den Garten des Hauses Wietze zu betreten.

Die Führung des Hauses Wietze über einen so langen Zeitraum ist ein Lebensprojekt. Die Geschichten und Begebenheiten könnten so manches Buch füllen. Die Reise ist aber noch nicht zu Ende. Auch für die Zukunft will Marianne Wachutka den Bewohnern ein würdevolles Zuhause bieten. Dabei macht ihr jedoch die Frage Sorge, ob sie die gestiegenen Anforderungen an die bauliche Ausstattung noch mit vertretbarem Aufwand erfüllen kann. Obwohl sie stets den behördlichen Auflagen nachgekommen ist, stelle sich die Frage, ob das Ganze in der Gesamtbetrachtung noch zukunftsfähig ist. Auch wenn sich in den vergangenen Jahrzehnten immer Lösungen für Herausforderungen gefunden haben, müsse abgewogen werden, was man sich selbst noch zumuten wolle. Fürs erste jedoch arbeitet Marianne Wachutka an ihrem Lebensprojekt weiter. Der bpa wünscht ihr dabei allzeit eine glückliche Hand. he

Landesgruppe Niedersachsen

30 Jahre Mitgliedschaft im bpa

Einer der ersten privaten Pflegedienste nach Einführung der sozialen Pflegeversicherung



Foto: Florian Araschmid

Urkunde und Blumen für die langjährige Treue zum bpa: Birgit Lampe (Mitte), Inhaberin und Geschäftsführerin der Pflegedienst Lampe GmbH mit Pflegedienstmitarbeiterin Stefanie Nowopolski und bpa-Landesreferent Florian Araschmid

Birgit Lampe kann auf 30 Jahre Mitgliedschaft im bpa zurückblicken. Die Pflegeunternehmerin aus dem male- rischen Lamspringe gehört mit ihrem Pflegedienst damit auch zu den ersten privaten ambulanten Pflegediensten nach Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung.

In der ehemaligen Schule des Ortsteils Harbarnsen gründete Birgit Lampe gemeinsam mit ihrem Mann 1994 die Pflegedienst Lampe GbR. Im Jahr 2015 erfolgte dann ein Gesellschaftswechsel, die Pflegedienst Lampe GmbH wurde ins Leben gerufen. Seit dem Jahr 2004 ergänzt die Tagespflege Lampe, eben-

falls im Ortsteil Harbarnsen gelegen, das pflegerische Angebot.

Die Gründung und erfolgreiche Führung des Pflegedienstes und der Tagespflege Lampe sind zweifellos Lebenswerke, die sich sehen lassen können.

Mit ihrem Team von 31 Mitarbeitenden und der tatkräftigen Unterstützung durch ihre Tochter Jana Lampe ist Inhaberin und Geschäftsführerin Birgit Lampe auch für die Zukunft bestens aufgestellt.

Gekoppelt mit den besten Wünschen für die weitere berufliche Arbeit, überreichte bpa-Landesreferent Florian Araschmid Birgit Lampe zum 30-jährigen Jubiläum einen bunten Blumenstrauß nebst bpa-Urkunde.

ara

Landesgruppe Niedersachsen

bpa-Arbeitskreis der Eingliederungshilfe

Die Mitglieder der bpa-Landesgruppe Niedersachsen aus dem Bereich der Eingliederungshilfe haben sich am 23. Mai 2024 zum gemeinsamen Arbeitskreis in der Akademie des Sports des Landessportbundes (LSB) Niedersachsen getroffen.

Sportlich war auch die Tagesordnung, welche neben dem Bedarfsermittlungsinstrument Niedersachsen für Menschen mit Behinderung, kurz B.E.Ni genannt, zudem die aktuellen Entwicklungen im Betreuungsrecht, die Optimierung des Forderungsmanagements, die aktuellen Entwicklungen zum Landesrahmenvertrag sowie die Fachkräftesituation in der Eingliederungshilfe umfasste.

Zu Gast waren unter anderem das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, vertreten durch Stephanie Schaarschmidt und Guido Klumpe. Die beiden erläuterten die Bedarfsermittlung durch B.E.Ni und stellten sich der angeregten Diskussion und den Fragen unserer Mitglieder. Ein ebenso reger und bereichernder Austausch fand im Anschluss an die Gastbeiträge der Rechtsanwältinnen Caren



Foto: Florian Araschimid

bpa-Mitglieder aus dem Leistungsbereich der Eingliederungshilfe mit dem bpa-Landesbeauftragten Hinrich Ennen (rechts)

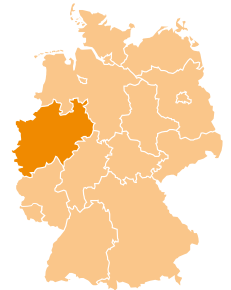
Hons und Kristina Leben von der Kanzlei Frobenius Bürger & Partner zu den Themen Betreuungsrecht und Forderungsmanagement in der Eingliederungshilfe statt.

Dass ein gemeinsamer Arbeitskreis auf fruchtbaren Boden stoßen kann, zeigten auch die Erfahrungsberichte und Anregungen aus der Praxis unserer Mitglieder, welche insbesondere im Wege der Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag

von großem Nutzen sein werden. Der bpa ist als ständiges Mitglied der gemeinsamen Kommission ü18 (über 18 Jahre) mit den Verhandlungen zum neuen niedersächsischen Rahmenvertrag ü18 betraut und vertritt die Interessen seiner EGH-Mitglieder und ihrer Einrichtungen. Der Arbeitskreis gab auch Gelegenheit, einen Einblick in die Schwerpunkte der Verhandlungen zum neuen Vertrag und einen Ausblick auf die anstehenden Neuerungen zu gewinnen. ara

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Pflege darf kein Luxusgut werden: bpa unterstützt Protestkundgebung in Aachen



Angefangen hatte alles im November vergangenen Jahres mit einem Brandbrief an die verantwortlichen Kommunalpolitiker der Städteregion Aachen. Ein örtliches Aktionsbündnis aus bpa-Mitgliedern und weiteren Pflegeeinrichtungen machte in diesem Brief auf die aktuell schwierige Lage von ambulanten Pflegediensten in seinem Kreis aufmerksam.

Massive wirtschaftliche Existenzsorgen der Pflegeunternehmer und Kunden, die um ihre Versorgung bangen. Auch mehrere Geschäftsaufgaben hatte es im Kreis wegen der nicht mehr tragbaren Kosten gegeben. Für diese Dienste war der wirtschaftliche Druck nicht mehr zu stemmen.

Keine ausreichende Refinanzierung der im Jahr 2022 eingeführten Tariftreueregelung, Fachkräftemangel, aus dem Ruder gelaufene Bürokratie und darüber hinaus massive Außenstände der Pflege- und Krankenkassen gegenüber den ambulanten Diensten. Es wurde einfach zu viel. Der Brandbrief führte zu Gesprächseinladungen aus der Politik von den Fraktionen von der SPD und der CDU in den Düsseldorfer Landtag.

Der bpa-Vorsitzende Bernhard Rappenhöner und die Landesgeschäftsstellenleiterin Christine Strobel kamen der Bitte nach Begleitung zu den Gesprächsterminen mit den Fraktionen gerne nach und begleiteten das Aktionsbündnis in den Landtag. Die Gespräche mit

der CDU-Fraktion seien leider ernüchternd gewesen. Die SPD-Fraktion sei zugänglicher für die Problematik gewesen und habe den Anwesenden geraten, sich im Rahmen einer Protestbewegung mit anderen Pflegediensten zu organisieren. Gesagt getan. Mehrere ambulanten Diensten aus der Städteregion Aachen schlossen sich zusammen und gründeten gemeinsam das Aktionsbündnis „Häusliche Pflege tut Not“.

Ein Facebook-Account für das Aktionsbündnis wurde aufgesetzt und Videoclips aufgenommen, um andere gesellschaftlichen Gruppen für die Thematik zu sensibilisieren, aber auch, um weitere Mitstreiter zu finden. Denn eines ist dem Aktionsbündnis neben der eige-

nen schwierigen wirtschaftlichen Lage ganz wichtig. Was passiert, wenn die Versorgung im ambulanten Bereich zusammenbricht und keiner mehr die vielen Pflegebedürftigen versorgen kann? Ein Szenario, dass sich keiner der Beteiligten vorstellen möchte.

Jeden Tag werden die ambulanten Dienste mit Leistungskürzungen ihrer Kunden konfrontiert. Das Pflegesachleistungsbudget ist nur einen Bruchteil im Vergleich zu den Kostensteigerungen in den Jahren 2023 und 2024 gestiegen. Im Klartext bedeutet das für den Pflegebedürftigen, dass er viel weniger pflegerische Leistungen „einkaufen“ kann. Der finanziell nicht mehr gedeckte pflegerische Bedarf muss dann aus dem Vermögen des Pflegebedürftigen aufgefangen werden.

Darüber hinaus begann das Aktionsbündnis sich in Gesprächsrunden weiter im Raum Aachen zu organisieren. Es wurden Anschreiben für Pflegeeinrichtungen an Verbände, an Pflegebedürftige und ihre Angehörigen geschrieben. Die regionale und überörtliche Presse sowie die Fachpresse wurden eingeschaltet, weitere Politiker kontaktiert. Eine regelrechte Kampagne wurde innerhalb kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Gemeinsames Ziel des Aktionsbündnisses war eine Protestkundgebung vor dem Aachener Rathaus.

Der bpa in NRW unterstützt das Aktionsbündnis von Beginn an und informiert auf seinen Social-Media-Kanälen und über alle anderen Formate regelmäßig über die Aktionen des Bündnisses.

Unter dem Motto „Pflege darf kein Luxusgut werden“ war es am Mittwoch, 21. Februar 2024, so weit. Das Aktionsbündnis konnte insgesamt 300 Pflegekräfte und andere Teilnehmende vor dem Aachener Rathaus versammeln, um lautstark auf die prekäre Situation der ambulanten Pflege aufmerksam zu machen. Mit selbst gebastelten Transparenten und Plakaten appellierten De-

monstrierende an Politik und Gesellschaft, das Thema Pflege endlich mehr in den Fokus zu rücken.

Alle Leistungserbringerverbände in NRW waren vom Aktionsbündnis eingeladen worden, um sich der Protestkundgebung in Aachen anzuschließen und für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege zu demonstrieren. Gekommen ist ausschließlich der bpa!

Neben den örtlichen Initiatoren traten bpa-Landesreferent David Schulz, Ellen Begolli (Die Linke) sowie Mathias Dopatka (SPD) als Redner auf. Alle machten in ihren Reden deutlich, dass der Pflege das Wasser bis zum Hals steht und es jetzt schneller Antworten der Politik bedarf. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, Thorsten Klute, konnte leider nicht persönlich erscheinen. Er schrieb aber einen persönlichen Brief an die Protestierenden und sprach allen Teilnehmern Mut zu und seine Solidarität aus. Auch gab er ein Versprechen ab: Er wird weiter im engen Aus-

tausch mit den Vertretern des Aktionsbündnisses bleiben und die Probleme vehement im Landtag in den Ausschüssen ansprechen und um Lösungen kämpfen.

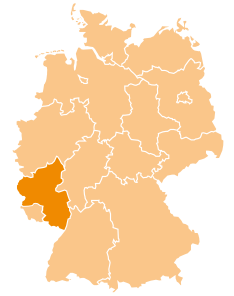
Die Resonanz in der bpa-Mitgliedschaft war riesig. Weitere bpa-Mitglieder schlossen sich entweder dem Bündnis an oder organisierten kurzerhand in ihren Kreisen eigene Protestformate.

Der bpa begleitet – soweit möglich – auch persönlich solche Protestaktionen in der Mitgliedschaft, steht aber immer als Berater zur Verfügung, wenn es darum geht, Ziele zu formulieren oder Forderungen aufzustellen. ds



Vor dem Rathaus in Aachen: Protestaktion

Landesgruppe Rheinland-Pfalz



Modellprojekt „FSJ-Pflege“: Erfolgreiche Initiative gegen den Fachkräftemangel verlängert

Das Modellprojekt „FSJ-Pflege“ der Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste Rheinland-Pfalz (LAG-Freiwilligendienste) ermöglicht Jugendlichen mit Berufsreife trotz Schulpflicht ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) im Pflegebereich. Ziel ist es, junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege zu gewinnen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die positive Resonanz und eine erfolgreiche Zwischenevaluation haben zur Verlängerung des Projekts für das Schuljahr 2024/2025 geführt.

Seit 1. September 2023 führt die LAG-Freiwilligendienste mit einer Sondergenehmigung des Ministeriums für Bildung ein Modellprojekt durch, das sich an Jugendliche richtet, die ihre Vollzeitschulpflicht noch nicht erfüllt und die 9. Klasse mit Berufsreife abgeschlossen haben. Ihnen wird die Möglichkeit geboten, trotz bestehender Schulpflicht ein FSJ oder einen BFD im Bereich der Pflege zu absolvieren. Der Fokus liegt ausschließlich auf dem Pflegebereich, um dem gravierenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ziel ist es, dass junge Menschen nach dem FSJ in der Pflege möglichst in ein Ausbildungsverhältnis übergehen.

Eine Zwischenevaluation des Projekts mit 12 Teilnehmenden zeigte durchweg positive Rückmeldungen. Die Teilnehmenden äußerten sich zufrieden darüber, ein FSJ begonnen zu haben, anstatt ein weiteres Schuljahr zu absolvieren. Eine Teilnehmerin berichtete: „Ich bin sehr froh, dass ich diesen Weg gegangen bin, weil es mir unglaublich viel Spaß macht und ich den Beruf gefunden habe, den ich machen möchte.“ Ei-



Foto: Bastian Knobloch, ASB LV RLP e. V.

Von links: Michael Simon, jugendpolitischer Sprecher der SPD und Mitglied des Landtags in Rheinland-Pfalz, Tülay Arslan, Servicestelle der LAG-Freiwilligendienste Rheinland-Pfalz, und Petra Therre, bpa-Landesbeauftragte

ne andere ergänzte: „Die bisherige Zeit gefällt mir persönlich sehr gut. Ich konnte bereits pflegerische Tätigkeiten erlernen.“ Zehn der 12 Befragten möchten nach dem FSJ eine Ausbildung im sozialen Bereich beginnen, während zwei weiterhin die Schule besuchen möchten. Aufgrund des Erfolgs wurde das Modellprojekt nun für das Schuljahr 2024/2025 verlängert.

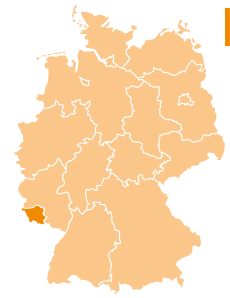
Bei einem Treffen, an dem Michael Simon, Mitglied des Landtags (MdL), die bpa-Landesbeauftragte Petra Therre und Tülay Arslan, Servicestelle der LAG-Freiwilligendienste teilnahmen, wurden bisherige Ergebnisse und zukünftige Schritte des Modellprojekts besprochen. Michael Simon, 52 Jahre

alt, jugendpolitischer Sprecher der SPD und MdL, zeigte sich beeindruckt von den Erfolgen des Projekts.

Das Modellprojekt „FSJ-Pflege“ in Rheinland-Pfalz zeigt vielversprechende Ergebnisse und könnte als Vorbild für ähnliche Projekte dienen. Die positive Resonanz der Teilnehmenden und die Unterstützung durch politische Vertreter wie Michael Simon unterstreichen die Bedeutung solcher Initiativen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege. the

Landesgruppe Saarland

Pflege zum Frühstück – mit unter anderem Gesundheitsminister Dr. Magnus Jung



Fotos: Neana Segond

Saarlands Gesundheitsminister Dr. Magnus Jung (SPD) und bpa-Landesvorsitzender Ralf Mertins

die Verantwortung dafür, dass Pflegebedürftige und ihre Familien keine professionelle Unterstützung erhalten und auf sich allein gestellt sind.

Die Pflege muss als wichtiger Wirtschaftsfaktor wahrgenommen werden.

Was für Kitas gilt, gilt auch für die Pflege: Nur wenn die Versorgung gesichert ist, stehen Angehörige in ihren Branchen mit ihrer vollen Erwerbsfähigkeit zur Verfügung. Die Sicherung professioneller Pflegestrukturen ist also Wohlfühlstandssicherung.

Zudem müssen die Kostenträger dazu angehalten werden – trotz des eigenen Personalmangels – ihre Rechnungen schneller zu bezahlen als bisher.

Die Veranstaltung wurde seitens aller Teilnehmenden als sehr gut und interessant gelobt und soll zukünftig regelmäßig, etwa drei Mal jährlich stattfinden. eic

Wie kann die Versorgung älterer pflegebedürftiger Menschen angesichts von Personalmangel, überbordender Bürokratie und immer weiter steigender Kosten sichergestellt werden? Zu diesem Thema hatte die bpa-Landesgruppe Saarland zum politischen Frühstück eingeladen und nicht nur Gesundheitsminister Dr. Magnus Jung, sondern auch namhafte Vertreter aller maßgeblichen Parteien kamen der Einladung nach. In entspannter Atmosphäre wurden die Probleme konkret benannt und auf Augenhöhe diskutiert.

Die überholte Fachkraftquote muss endlich abgeschafft werden.

Das Saarland kann in diesem Fall von Brandenburg lernen. Dort wurde die Fachkraftquote bereits vor 14 Jahren offiziell abgeschafft. Auch hierzulande muss die Zielsetzung sein, mit dem vorhandenen Personal eine möglichst hohe Zahl von Pflegebedürftigen qualitativ gesichert zu versorgen. Dazu muss der Personaleinsatz flexibilisiert werden. Wer auf einer Quote besteht, trägt

Die Versorgung wackelt bedrohlich. Schon jetzt sehen die Pflegewissenschaftler Prof. Dr. Michael Isfort und Prof. Dr. Thomas Klie, die im Auftrag des Ministeriums den Pflegeinfrastrukturbericht für das Saarland erstellt haben, in keinem Versorgungssektor (außer der Tagespflege) bedarfsgerechte Kapazitäten. Pflegebedürftige und ihre Familien finden schon lange nicht mehr überall die Versorgung, die sie wollen und brauchen.

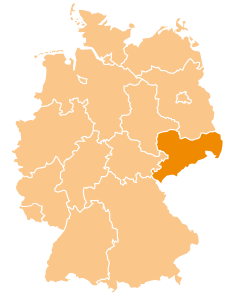
Diese Erkenntnis griff die Landesgruppe auf, um daraus zwei klare Forderungen an die Politik im Allgemeinen und die saarländische Regierung im Besonderen zu stellen:



Von links im Uhrzeigersinn: Die bpa-Vorstände Volker Schmidt, Andrea Blaß, Hendrik Maier, Raphael Lana (stellv. Vorsitzender), Reka Klein (SPD), Alwin Theobald (CDU), Jörg Heckmann (CDU), Dagmar Heib (CDU) und Herrmann Scharf (CDU)

Landesgruppe Sachsen

Klausurtagung: Landesvorstand diskutiert den Arbeitsplan für 2024



Ende Februar kam der Landesvorstand im sächsischen Meerane zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Neben den politischen Aktionen im Wahljahr 2024 standen die Fragen der Pflegerefinanzierung und der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen im Raum.

Dazu gehören zweifelsohne das neue sächsische Wohn- und Teilhabegesetz (WTG), welches das SächsBeWoG zeitnah ablösen wird sowie die Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens nach § 113c SGB XI inklusive der Ausbildung von qualifizierten Pflegekräften, die Rahmenvertragsverhandlungen zur Kurz-



Klausurtagung des bpa-Landesvorstands mit (v.l.): Frank Zwinscher (stellv. Vorsitzender), Andreas Märten, Angelika Benkenstein, Christian Timm, Igor Ratzenberger (Vorsitzender), Jacqueline Kallé (Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle), Jens Bretschneider und Judith Richter. Stefan Vogler, nicht im Bild, hat fotografiert.



Foto: Stefan Vogler

Igor Ratzenberger, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Sachsen

zeitpflege und die neuen Vorgaben für Pflegedienste in Bezug auf Betreuungsleistungen (MuGs ambulant).

Ergänzt wurde der intensive zweitägige Austausch durch die Abstimmung neuer beziehungsweise zu aktualisierender Informations-, Seminar- sowie Vernetzungsangebote für die bpa-Mitgliedsbetriebe. Seinen Abschluss fand die Klausurtagung mit einem bpa-Regionaltreffen am 29. Februar, an dem knapp 50 Unternehmer teilgenommen haben. vog



Foto: Stefan Vogler

Der sächsische bpa-Landesvorstand vor Fachwerkkulisse in Meerane (v.l.): Stefan Vogler, Andreas Märten, Jacqueline Kallé (Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle), Christian Timm, Angelika Benkenstein, Frank Zwinscher (stellv. Vorsitzender), Igor Ratzenberger (Vorsitzender), Jens Bretschneider und Judith Richter.

Landesgruppe Sachsen

Neues Landesheimgesetz in Sachsen: bpa begrüßt die Aufhebung der Fachkraftquote und die in Teilen klarere Struktur

Am 13. April 2024 trat in Sachsen das neue Landesheimgesetz, Sächsische Wohnteilhabegesetz (SächsWTG), in Kraft, das das Sächsische Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz (SächsBeWoG) ablöst.

Das SächsWTG wurde im Themenspektrum und um ein Drittel mehr Paragraphen erweitert, was sich beispielsweise in Wiederholungen bundesgesetzlicher Vorgaben wie den Regelungen zur Gewaltprävention, zu zusätzlichen Transparenz- und Informationspflichten sowie zu Unterstützungsverpflichtungen der Träger beziehungsweise Leistungsanbieter und spiegelbildlich weiteren Beteiligungs- und Einsichtsrechten für Bewohner und Mitwirkungsgruppen niederschlägt.

Positiv zu bewerten ist die klarere Gesetzesstrukturierung im Hinblick auf den Anwendungsbereich und die behördlichen Maßnahmen. So wurde beispielsweise die Differenzierung zwischen ambulant betreuten Wohngemeinschaften und betreuten Wohngruppen für Menschen mit Behinderungen aufgehoben. Die Unterscheidung nur noch zwischen Einrichtungen, worunter sowohl stationäre Pflegeeinrichtungen als auch besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen im Sinne des Bundesteilhabegesetzes fallen, ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Intensivpflege-Wohngemeinschaften und deren Beschreibung lassen auf eine eindeutige Abgrenzung und Einordnung unter die Normen des Heimrechtes hoffen.

Der vehement durch den bpa vertretenen Forderung nach einer expliziten Herausnahme von Tages- und Nachtpflege-

einrichtungen sowie der noch im Referentenentwurf unter das Heimrecht gestellten Angebote Betreuten Wohnens ist der Gesetzgeber letztendlich gefolgt.

Die Empfehlung, dass eine Einrichtung nicht mehr als 80 Plätze umfassen soll, ist aus fachlichen Gründen unerklärlich, greift willkürlich in die unternehmerische Freiheit ein und berücksichtigt regionale Besonderheiten sowie bauplanerische Vorgaben nicht. Ebenso empfiehlt der Gesetzgeber einen Einzelzimmeranteil in Höhe von 80% und nimmt in der Gesetzesbegründung dabei Bezug auf die „Bewertungskriterien für Investitionen der stationären Altenpflege im Freistaat Sachsen“ aus dem Jahr 1998.

Letztendlich klärt der Gesetzgeber erst in der Gesetzesbegründung auf, dass nicht allein für die stationären Pflegeeinrichtungen, die eine Personalmindestausstattung nach § 113c Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 SGB XI vereinbart haben, sondern auch für Einrichtungen insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und beispielsweise auch für solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen die Fachkraftquote aufgehoben ist.

Der bpa empfiehlt seinen Mitgliedern, sich zwar intensiv mit dem Heimgesetz zu befassen; bis zum Vorliegen der noch fehlenden Ausführungsverordnung, die beispielsweise bauliche Anforderungen präzisiert, sollten maßgebliche unternehmerische Entscheidungen allerdings nicht getroffen werden. jk

Landesgruppe Sachsen-Anhalt



Fachkräfte gewinnen durch ausländische Auszubildende



Foto: privat

Gabriele Staupe, Mitglied des bpa-Landesvorstands in Sachsen-Anhalt

Dies bedeutet auch, neue Fachkräfte zu finden. Inzwischen setzt die Pflegeunternehmerin Staupe, die sich im Vorstand der bpa-Landesgruppe engagiert, auch auf ausländische Pflegeschülerinnen und -schüler. Mit Erfolg!

So arbeitet der aus Vietnam stammende Nguyen Anh Minh Thang nach seinem Examen im September 2022 als Fachkraft im Betrieb. Seitdem sind Tran Mii Hang und Trinh Que Tran als neue Auszubildende Teil des Teams. Beide haben bereits in Vietnam einen Deutschkurs auf B2-Level absolviert. Die gründliche Vorbereitung wird durch die Begleitung von Mentoren während der Ausbildung fortgesetzt. Die Schülerinnen fühlen sich

sichtlich wohl am Ausbildungsplatz mit ihren Kollegen und den pflegebedürftigen Menschen. In diesem Jahr werden wieder zwei Auszubildende aus Vietnam erwartet. Gabriele Staupe ist überzeugt, dass diese Erweiterung des Teams die Qualität und den gegenseitigen Austausch sehr fördert.

Zur Unterstützung der Mitglieder, die diesem positiven Beispiel folgen möchten, wurden bei Informationstreffen Angebote regionaler Vermittler vorgestellt. Die Vermittler übernehmen die Rekrutierung und Vorbereitung der potenziellen Auszubildenden gemeinsam mit Partnern in deren Herkunftsländern und vermitteln interessierten Ausbildungsbetrie-

Für Gabriele Staupe stand die Ausbildung stets im Vordergrund. Die gelernte Krankenschwester betreibt seit 1995 den ambulanten Pflegedienst Staupe GmbH. Aufgrund des demografischen Wandels und der steigenden Nachfrage an pflegerischer Versorgung befindet sich das Unternehmen auf Expansionskurs. Und so hat Gabriele Staupe das Angebot mit einem zusätzlichen Standort, einer vollstationären Pflegeeinrichtung, einer Tagespflege und betreutem Wohnen erweitert.



Foto: Gabriele Staupe

Von links: Pflegefachkraft Nguyen Anh Minh Thang und die Auszubildenden Tran Mii Hang und Trinh Que Tran



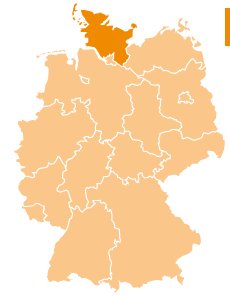
Foto: Anja Girschik

Teilnehmer des Infotreffens verfolgen aufmerksam die Ratschläge

ben die Bewerberinnen und Bewerber. Die Organisation der Einreise, alles rund ums Ankommen in Deutschland sowie der schulische Teil der Ausbildung wird den Pflegeeinrichtungen abgenommen, so dass diese sich ganz auf die praktische Ausbildung konzentrieren können. Überregional bietet die apm Bildungsakademie ebensolche Unterstützung zur Gewinnung ausländischer Auszubildender. Der bpa und seine Mitglieder tragen damit zur Personalsicherung in den Pflegeberufen bei. herr

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Vergnüglicher Jahresempfang an der Ostsee



Der Einladung zum erstmals wieder in Präsenz stattfindenden bpa-Jahresempfang im März 2024 sind zahlreiche Gäste der Pflege- und Gesundheitsbranche an die Ostsee gefolgt. Und so konnten Mathias Steinbuck als Vorsitzender der bpa-Landesgruppe und Kay Oldörp als Leiter der Geschäftsstelle neben Staatssekretär Johannes Albig viele Vertreterinnen und Vertreter der Kollegialverbände, der Kostenträger, der Politik, ehemalige und aktuelle Funktionsträger des bpa begrüßen.

Steinbuck und Oldörp machten in ihren Begrüßungsreden nicht nur auf die Probleme in der Pflege und Eingliederungshilfe aufmerksam, beide lobten auch ausdrücklich die außergewöhnlich gute Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern Schleswig-Holstein.

Ein gemeinsames Anliegen stellten sie dabei in den Mittelpunkt: die Entbürokratisierung. Alle Akteure erkannten darin ein hochrelevantes Ziel mit erheblichem Potenzial zur objektiven Verschlankeung der Prozesse und zur Steigerung der Motivation aller Beteiligten. Vertrauen und ein enger Austausch sind



Der Vorstand der bpa-Landesgruppe Schleswig-Holstein (von links): Christian Pittelkow, Christa Steinbauer, Mathias Schröder, Maike Jahn-Gehring, Mathias Steinbuck, Daniel Zwick, Christer Carstensen und Hans-Jürgen Rüpcke

dabei nach Auffassung des bpa die wesentlichen Voraussetzungen und der Schlüssel für eine echte nachhaltige Entbürokratisierung. Die Praxis von unsinnigen Anforderungen zu befreien, um sich den eigentlichen Aufgaben widmen zu können, wird ein gemeinsamer Schwerpunkt der Arbeit sein.

Um diesen Weg gehen zu können, bedarf es nach Überzeugung des bpa bei allen Beteiligten den Mut und die Initia-

tive, bisherige Regulierungen in Landesgesetzen, Rahmenverträgen oder Vergütungsvereinbarungen auf den Prüfstand zu stellen. Ohne die Mitwirkung, Verantwortung der Beteiligten und den Mut zu neuen Ansätzen wird es nicht gehen.

Vergnüglich wurde es, als gemeinsam in fünf gemischten Rategruppen das von der Landesgeschäftsstelle vorbereitete Quiz zu verschiedenen Fragestellungen rund um die Pflege, das Land, den bpa, aber auch zu unnützem Wissen gespielt wurde. Die hochrangig besetzte Tischrunde mit Staatssekretär Albig, dem Landesgruppenvorsitzenden und bpa-Präsidiumsmitglied Mathias Steinbuck, dem ehemaligen Leiter der Geschäftsstelle Adolf Popall und dem ehemaligen Geschäftsführer Bernd Tews konnte mit ihrem Wissen überzeugen und den ersten Preis gewinnen.

Nach einem gemeinsamen Essen und weiteren persönlichen Gesprächen ging ein rundum gelungener Abend zu Ende. abu



Fröhliche Quizrunde mit (ganz vorn) unter anderen Mathias Steinbuck, Staatssekretär Johannes Albig, dem ehemaligen bpa-Geschäftsführer Bernd Tews und (von hinten) dem ehemaligen Leiter der Landesgeschäftsstelle Adolf Popall

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Pflegepraktikum der Europaabgeordneten Delara Burkhardt (SPD) im Seniorenwohnpark „Villa Carolath“

„Im Januar erreichte uns die Anfrage, ob wir offen wären für den Wunsch von Delara Burkhardt, Europaabgeordnete der SPD, ein Tagespraktikum in der Pflege anzubieten“, erzählt Jens Meier, Heimleiter der bpa-Mitgliedseinrichtung Villa Carolath. „Natürlich waren wir sofort bereit dazu, denn was gibt es Wichtigeres, als der Politik zu zeigen, was für ein bedeutsamer, vielfältiger und toller Job die Pflege ist und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, was es bedeutet, in der Pflege zu arbeiten und was benötigt wird, damit es so bleibt.“

„Am 16. Februar war es so weit: morgens um acht Uhr ging es los, wir hatten uns gegen einen klassischen Frühdienst entschieden, damit Delara Burkhardt beide Schichten kennenlernen konnte.

Der Einstieg war, ganz gegen unsere Erwartungen komplett unpräntiös – Kasack an, in den Wohnbereich und los. Unter Begleitung und Anleitung von Janne Gronenberg nahm Delara, wie wir sie sofort nennen durften, die Arbeit auf. Mit vielen Fragen und ohne Scheu vor dem Kontakt auch zu stark an Demenz erkrankten Menschen, war es

Einblick in die Pflege- und Betreuungsarbeit mit an Demenz erkrankten Menschen.

Die kurze Mittagspause konnten Lars Tosch, bpa-Landesreferent, und ich nutzen, um ihr die Probleme und Erfordernisse stationärer Altenhilfe darzulegen, wenn auch aufgrund der begrenzten Zeit nicht umfänglich. Danach ging es noch in einen weiteren Wohnbereich mit noch mehr direkter Pflege und Mobilisationsaufgaben. Begleitet von Inken Brodersen, zeigte „unsere Praktikantin“ enormes Einfühlungsvermögen und Interesse. Sie unterstützte aktiv bei der Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme, begleitete bei Transfers und führte viele Gespräche.

Insgesamt war es ein toller Tag. Wir konnten zeigen, was wir täglich leisten, und wir erfuhren, was ihre Arbeit ausmacht und welches Engagement dazu erforderlich ist. Dabei hatte sie ein offenes Ohr für das, was in der stationären Altenpflege benötigt wird und wo die Probleme aus unserer Sicht liegen. Das Beste war die sehr offene und unglaublich kollegiale Art des Umganges zwischen den Pflegemitarbeitern und Delara. Der Besuch von Delara Burkhardt gibt uns die Hoffnung, dass die Politik doch einen Blick auf die Pflege hat und ein, wenn auch nur kurzer Einblick, sicherlich hilft, um Entscheidungen treffen zu können, die für eine zukunftsfähige Pflege notwendig sind.“ jm



Die SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt (3. von links) mit bpa Landesreferent Lars Tosch, Pflegefachkraft Janne Gronenberg und Jens Meier, Heimleiter der Villa Carolath

Die Villa Carolath ist eine Pflegeeinrichtung im Kreis Schleswig-Flensburg. Umgeben von einem parkähnlichen Gelände bietet sie bis zu 115 pflegebedürftigen Menschen eine individuelle, umfangreiche Versorgung mit einem besonderen Augenmerk auf die Pflege von Menschen mit einer demenziellen Erkrankung. Jens Meier schildert im Folgenden seine Eindrücke vom Pflegepraktikumstag mit der Politikerin.

wirklich ein großartiges Erlebnis, sie bei uns in der Villa zu haben, wenn auch nur für einen Tag.

Und es war nicht nur ein Zugucken, Delara freute sich, auch Tätigkeiten zu übernehmen und war voll dabei, half beim Essen, wusch Haare, begleitete Bewohner, nahm an der Übergabe zum Spätdienst teil und brachte sich ein. So bekam sie, wie wir denken, einen guten

Landesgruppe Thüringen



Talkrunde „Pflegepolitik in Thüringen“ mit Ministerin Heike Werner und Landtagskandidaten

Heiße Diskussionen im Rahmen der bpa-Mitgliederversammlung in Erfurt

Rund 170.000 Menschen sind derzeit in Thüringen pflegebedürftig – in den nächsten drei Jahrzehnten wird diese Zahl laut dem Statistischen Bundesamt erneut um rund 40 Prozent steigen. Die Nachfrage nach professioneller Pflege in Thüringen steigt also, während Personalmangel und fehlende Refinanzierung der Kostensteigerungen erstmalig für einen Rückbau der Angebotsstrukturen sorgen. Mit diesem Problemaufriss konfrontierte die bpa-Landesvorsitzende Margit Benkenstein die anwesenden Politikerinnen und Politiker zum Beginn einer Diskussionsrunde bei der bpa-Mitgliederversammlung im Mai 2024 im Haus Dacheröden in Erfurt.

Margit Benkenstein forderte: „Es braucht große Anstrengungen in einem Mix aus Ausbildung, Bürokratieabbau, Digitalisierung und der Gewinnung internationaler Fachkräfte, um die Versorgung zu sichern.“ Zahlreiche Beiträge der Mitglieder aus dem Publikum zeigten, dass diese Themen auch im Wahlkampf vor der thüringischen Landtagswahl am 1. September eine zentrale Rolle spielen müssen.

Im internen Teil der Mitgliederversammlung der bpa-Landesgruppe Thüringen konnte die Vorsitzende feststellen, dass – trotz schwerer werdender Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt und in der Refinanzierung – die Zahl der bpa-Mitglieder in Thüringen im letzten Jahr noch einmal leicht gestiegen ist. Insbesondere durch die vom bpa mit den Kassen ausgehandelten Kollektivverfahren zur Steigerung der Pflegesätze bzw. des Punktwertes für Anwender der AVR des bpa-Arbeitgeberverbandes konnten die Mitglieder praktisch unterstützt werden. te



Podiumsrunde mit (von links) Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Linke), Ann-Sophie Bohm (Grüne), Robert-Martin Montag (FDP), Christoph Zippel (CDU), Dr. Cornelia Klich (SPD) und Christian Stadali, Moderation



Aufmerksames Publikum: die bpa-Mitgliederversammlung mit Podiumsdiskussion zur Landtagswahl in Thüringen fand großen Zuspruch.



Foto: Marlies Merrbach

Rainer Brüderle,
Präsident
bpa-Arbeitgeberverband



Pascal Tschörtner,
bpa-Geschäftsführer
und Geschäftsbereichsleiter
stationär

Landesgruppe Thüringen

Thüringer Ministerpräsident besucht Pflege-Centrum

Der Besuch des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow beim Pflege-Centrum Sonnenschein in Gerstungen hat starke Beachtung gefunden. Thüringens Ministerpräsident und die Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Thüringen und bpa-Vizepräsidentin, Margit Benkenstein, hatten sich im letzten Jahr bei einer Vietnamreise mit einer Wirtschaftsdelegation, an der Margit Benkenstein teilnahm, intensiv um den Zuzug von Fachkräften und Auszubildenden nach Thüringen gekümmert.

In der Einrichtung von Margit Benkenstein konnte sich der Ministerpräsident jetzt ein Bild von der Arbeit privater Pflegeeinrichtungen im Freistaat machen. Bereits als Ehrengast beim Neujahrsempfang des bpa Thüringen in Erfurt hatte Ramelow die Arbeit des bpa gelobt: „Die Pflege ist eine der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft, und die Arbeit des bpa trägt maßgeblich dazu bei, dass pflegebedürftige Menschen in Thüringen in Würde leben können. Der bpa spielt eine zentrale Rolle in der Gestaltung und Weiterentwicklung der Pflege- und Sozialpolitik in unserem Land. Die Thüringer Landesregierung schätzt die Expertise und das Engagement des bpa außerordentlich. Sie sind von unschätzbarem Wert, wenn es darum geht, Lösungen für die aktuellen Herausforderungen in der Pflege zu finden.“ te



Ministerpräsident Bodo Ramelow und bpa-Landesvorsitzende und bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein begrüßen Gesprächspartner (von links): Arne Tittelbach-Helmrich (Pfarrer), Uwe Rodeck (1. Beigeordneter, Gerstungen), Martin Rosenstengel (Sozialdezernent, Wartburgkreis), Thomas Engemann (bpa-Landesbeauftragter), Bodo Ramelow, Mathias Richter (Hauptamtsleiter, Gerstungen) und Margit Benkenstein



Das Pflege-Centrum Sonnenschein beschäftigt ausländische Pflegekräfte und Auszubildende und engagiert sich für ein weltoffenes Thüringen. Geschäftsführerin und bpa-Vorsitzende Margit Benkenstein bedankt sich mit örtlichen Wurstspezialitäten bei Ministerpräsident Bodo Ramelow für seinen Besuch in Gerstungen. Von links: Christina Focke (Buchhalterin), Katja Rieche (PDL), Hans-Peter Benkenstein (Geschäftsführer), Bodo Ramelow, Margit Benkenstein, Kristina Oerlich (Prokuristin), Janine Denner (Qualitätsbeauftragte) und Silke Schäfer (Einrichtungsleiterin)

Der bpa auf dem Hauptstadtkongress 2024

Der bpa hat sich als Programmpartner des Pflegekongresses auf dem Hauptstadtkongress Ende Juni im hub27 der Messe Berlin an zahlreichen Diskussionen und Vorträgen beteiligt. Und der bpa-Messestand bildete eine Anlaufstelle für zahlreiche Gesprächspartner, unter anderem aus der Pflegepolitik.

Noch ein Jahr bis zur Wahl. Kann die Bundesregierung in der Pflege jetzt noch liefern? Diese Frage stand im Fokus der Podiumsdiskussion mit bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen, Erich Irlstorfer, MdB, CDU/CSU-Fraktion, Sarah Lukuc, Vorsitzende Bundesverband Pflegemanagement, und Dr. Martin Schölkopf, Abteilungsleiter Bundesministerium für Gesundheit (BMG)



Foto: CR

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote vertrat die Forderungen des bpa. Rechts von ihm Sarah Lukuc, Vorsitzende Bundesverband Pflegemanagement und Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote bekräftigte die Forderungen des bpa zu einer vereinfachten Anerkennung der Abschlüsse von ausländischen Pflegefachkräften. Momentan arbeiteten tausende Menschen im Status der Nicht-Anerkennung. Der B2-Sprachabschluß gelte aber nur ein Jahr. Ist innerhalb dieses Jahres die Anerkennung nicht erfolgt, muss der Sprachtest wiederholt werden. „Das ist ein Teufelskreis“, so Grote. Jetzt müssten wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden. „Wir haben super ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland, bekommen aber deren Anerkennung nicht hin.“ Hier sei die Regierung gefordert, gemeinsam mit den Ländern eine Lösung zu finden.

Grote plädierte für die Einführung einer Kompetenzvermutung. In der Anerkennung internationaler Pflegekräfte müssten alle beteiligten Behörden viel schneller werden. „Wir brauchen eine Kompetenzvermutung, die den Überprüfungsprozess für internationale Pflegekräfte komplett umdreht. Wer eine entsprechende dreijährige Ausbildung

oder ein Studium sowie die passenden Sprachkenntnisse hat, muss sofort als Fachkraft in Deutschland arbeiten dürfen.“ Ein eventuell notwendiger Vergleich der Ausbildungen könne im Nachgang erfolgen, während sich diese dringend benötigten Kräfte längst kompetent um pflegebedürftige Menschen kümmern könnten.

Kordula Schulz-Asche ist ebenfalls für eine schnelle Anerkennung, erinnerte aber daran, dass dies schwer umzusetzen sei, da in den Behörden zu wenig Mitarbeiter damit befasst seien. Im Verlauf der Diskussion wurde von verschiedener Seite das schnelle digitalisierte Anerkennungsverfahren in Bayern gelobt.

Dr. Martin Schölkopf, Bundesministerium für Gesundheit, nannte in seinem Impulsvortrag „die Stärkung der professionellen Pflege in allen Qualifikationsbereichen“ als zentrales Ziel angesichts der wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen. „Wir wollen moderne Ausbildungen, bessere Bezahlung, mehr Kompetenzen für Pflegefachkräfte und mehr

Fachkräfte aus dem Ausland. Das sind die Ansätze aus der letzten Wahlperiode, die wir mitgenommen und umgesetzt haben.“ Mit dem Pflegekompetenzgesetz und dem Pflegeassistenzgesetz seien zwei Gesetze in Vorbereitung, um Befugnisse in der Pflege auszuweiten und den Beruf attraktiver zu machen.

„Wir werden durch diese Maßnahmen keinen großen Sprung in der Pflege erleben“, sagte Erich Irlstorfer, MdB, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, „aber ich werde deshalb nicht gegen die Bundesregierung reden, ich weiß wie schwer die Situation ist. Entscheidend ist, dass wir Finanzierung und Versorgung sicherstellen, das können wir nur gemeinsam schaffen.“

Sarah Lukuc, Vorsitzende Bundesverband Pflegemanagement, schlug vor, „positiv an die Sache heranzugehen. Wir sprechen über die Pflege immer sehr negativ und über das, was nicht läuft. Wenn wir junge Menschen für den Pflegeberuf begeistern wollen, sollten wir ihn auch positiv darstellen.“



Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, im Gespräch mit Sabine Helmer, Pflegedienst Helmer GmbH und bpa-Vorständin in Bayern, und bpa-Mitglied Michael Wehner, Pflegedienst Wehner, Seniorenheim am Saaleufer GmbH, Wenoba Heimbeatmungsservice.

Was hat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz gebracht? – „Eine Stagnation der Ausbildungszahlen können wir uns nicht leisten und wir werden nicht alles über die Fachkräfte aus dem Ausland bewerkstelligen können, dennoch ist die Zuwanderung in die Pflegeberufe ein wichtiger Baustein“, so leitete Grote als Moderator die Gesprächsrunde mit Dr. Roland Jopp, Referatsleiter Fachkräfte Ausland im BMG, Dr. Zoller, CWC Care with Care GmbH und Ricarda Hasch, Pflegeunternehmerin Seniorenpflegeheim Hasch und bpa-Vorsitzende in Niedersachsen, ein. „Der Personalmangel in der Pflege ist der entscheidende Auslöser für den aktuell zu erlebenden Rückbau der pflegerischen Angebotsstruktur. Damit ist die Versorgung pflegebedürftiger Menschen deutlich in Gefahr, von den Verbänden der pflegenden Angehörigen hören wir

sehr eindrücklich, dass Betroffene kaum noch die Versorgung finden, die sie brauchen“, warnte der bpa-Hauptgeschäftsführer.

„Nachhaltige Anwerbung funktioniert nur mit Integration“, stellte Dr. Roland

Jopp klar. „Die Fachkräfteanwerbung braucht gute Rahmenbedingungen.“ Die Anerkennung solle schneller und einfacher werden. Er warb für das Gütesiegel „Faire Anwerbung Pflege Deutschland“. Es sei ihm ein „Herzensanliegen“, dass die Anwerbeprozesse fair, ethisch und nachhaltig werden. Für Fachkräfte aus dem Ausland sei auch der Familiennachzug sehr wichtig.

Dr. Steffen Zoller, dessen Unternehmen CWC Recruitment seit vielen Jahren Kräfte vor allem aus Asien und Lateinamerika rekrutiert, erinnerte daran, dass die Wartezeit auf Visa noch immer oft drei bis neun Monate betrage. „Wenn der Sprachtest über ein Jahr alt ist, muss er wiederholt werden“.

Ricarda Hasch schilderte ihre Erfahrungen aus der Praxis einer Pflegeeinrichtung. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sei zwar nicht der „große Wurf“, habe jedoch vorteilhafte Einzelregelungen für die Pflege gebracht. Dies sei eine



Nutzen die Zeit für einen intensiven Austausch unter anderem über die generalistische Ausbildung: Kordula Schulz-Asche (vorne), Mitglied im Gesundheitsausschuss (Fraktion Bündnis90/Die Grünen), am bpa-Stand mit Margarete May, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin, Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, und (rechts) Oliver Stemmann, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Berlin.

Dr. Ina Czyborra, MdA (SPD) und Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege in Berlin im Gespräch mit Oliver Stemmann, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Berlin, und Margarete May (rechts), Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin



Chance zur Beschleunigung und Vereinfachung. „Wir haben eine Dynamisierung aufgrund der Erlaubnis, Kenntnisprüfungen durchzuführen. Vieles ist schon einfacher geworden.“ Dennoch habe es noch keiner ihrer Kollegen geschafft, eine Anerkennungspartnerschaft durchzubekommen. Kenntnisprüfungstermine seien immer noch schwer zu bekommen. Die Pflegeschulen für Anerkennungsmaßnahmen seien unterfinanziert und die Ausländerbehörden er-



Foto: CR

Erich Irlstorfer, MdB, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, im Gespräch mit bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote und Bernd Tews, ehemaliger bpa-Geschäftsführer

wiesen sich als „Flaschenhals“. Ricarda Hasch sieht die Einrichtung von One-Stop-Shops (zentrale Ausländerbehörde in jedem Bundesland) als wichtiges Element einer schnelleren Anerkennung. Problematisch sei auch, dass ein Einstieg in die Pflegeausbildung für internationale Bewerberinnen und Bewerber niederschwellig nicht möglich sei und dass Azubis erst mit Ausbildungsbeginn einreisen dürfen, es fehle Zeit zum ersten Eingewöhnen.

Die bpa-Landesvorsitzende aus Niedersachsen forderte: Anerkennungspartnerschaften müssen jetzt umgesetzt werden, Anpassungslehrgänge sollten auch in stationären Langzeiteinrichtungen bundesweit ermöglicht werden und wer eine Ausbildung im Ausland absolviert hat, sollte mindestens die Anerkennung als deutsche/r Pflegeas-

sistent/in erhalten. Kenntnisprüfungen dürften nicht schwerer sein, als die Exemensprüfungen von deutschen generalistischen Pflegefachfrauen und -männern. Ihre Bitte: Übersetzungen in einfache Sprache sowohl in den Prüfungen als auch in den Bescheiden. Zentralisierungen der Behörden und Ansprechpartner für Anerkennungen, Partnerschaften und auch interessierte Azubis aus dem Ausland und einheitliche Verfahren.

Ihr Fazit: Es gibt noch viel zu tun! Ohne die Kräfte aus dem Ausland wird es nicht gehen. Wir müssen diese hier willkommen heißen und ihre Kompetenzen unbedingt anerkennen und wertschätzen.

Vom drohenden Systemkollaps zur rosigen Zukunft

Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, leitete diese Diskussionsrunde mit einem Impulsvortrag ein. Darin stellte er den Fünf-Punkte-Plan des bpa mit Sofortmaßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Versorgung vor: Befreiung der Pflegeversicherung von versicherungsfreien Leistungen, Anpassung und Dynamisierung der Leistungen für Pflegebedürftige, Einführung einer Kompetenzvermutung, realistische Gestaltung des Personaleinsatzes und ein Überdenken der Ausbildung in der Pflege.

Positiv sei, dass es bereits heute vielfältige technische Angebote gibt. Es sei

aber wichtig, die Digitalisierung stärker zu ermöglichen, etwa durch bessere Finanzierungsbedingungen.

Sabine Helmer, Pflegedienst Helmer GmbH – Ambulante Pflege, Beratung, Betreuung und bpa-Vorständin in Bayern, übte Kritik an den Rahmenbedingungen, die sie vorfindet: Pflegeunternehmen als outgesourcter Mangelverwaltungsapparat von Staat und Kostenträgern. Kastration der unternehmerischen Innovationskraft mit der Aussicht auf 1 bis 2 Prozent Gewinn und Wagnis. Benötigt würden dagegen eine Infrastruktur, die Unternehmertum fördert und nicht bestraft sowie eine Förderung von Digitalisierung in allen Bereichen. Die bestehenden föderalen Strukturen sollten überdacht werden, um bundeseinheitliche Rahmenbedingungen zu ermöglichen.



Foto: CR

Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung sprach zur Personalsituation in den Pflegeeinrichtungen.

Michael Wehner, Pflegedienst Wehner, Seniorenheim am Saaleufer GmbH, Wenoba Heimbeatmungsservice und bpa-Mitglied aus Bayern, setzt seit 2005 auf die Digitalisierung. Damals hat er in seinen Unternehmen die papierlose Dokumentation eingeführt. „Das ist elementar, davon profitieren wir heute



Foto: Kolbe

Standpunkte ausgetauscht: Dr. Martin Schölkopf, Abteilungsleiter im BMG, mit bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, dem ehemaligen bpa-Geschäftsführer Bernd Tews und Axel Schnell, Leiter der bpa-Bundesgeschäftsstelle

noch. Wenig später kamen Magnet-schleifen rund um das Heimgebäude zum Weglaufschutz (heute: Hinlaufschutz) für an Demenz erkrankte Personen hinzu. „Digitalisierung als Lösungsansatz“, davon ist der Unternehmer aus Bad Bocklet überzeugt. Sie bietet eine Vereinfachung der Routinen im Pflegealltag, mehr Freiräume für Mitarbeitende durch höhere Effizienz der Prozesse und ein attraktives Arbeitsumfeld. Bei aller Freude über die Technik: „Die Digitalisierung kann der Dokumentationswut nicht gerecht werden. Halbiert die Dokumentation und wir können 500 Pflegebedürftige mehr versorgen“, so Wehners Appell an die Politik.

Große Hoffnungen, manche Ernüchterung – Ein Jahr Personalbemessung in Pflegeheimen

Die Organisationsstruktur ändert sich, Aufgaben- und Verantwortungsbereiche ändern sich, Rollen müssen zum Teil komplett neu gedacht werden. „Was läuft schon gut und wo gibt es noch einen gewissen Anpassungsbedarf?“, wollte Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung, von seinen Gästen wissen. Diese lieferten spannende Eindrücke von der lokalen Umsetzung in der Einrichtung bis hin zur bundesrechtlichen Regulierung und Weiterentwicklung.

Annette Pohler, Geschäftsführerin Katharinenhof, und Andreas Geschke, Einrichtungsleiter Katharinenhof Potsdam, zeigten, wie die Einführung von PeBeM

konkret vor Ort erfolgt, wie viel Zeit für eine erfolgreiche Planung investiert werden muss und welche Chancen und Risiken sich ergeben.

Ihre Erfahrung: Es ist wichtig, die Mitarbeitenden abzuholen. Die Umstellung bringt Unsicherheiten, aber auch einen gewissen Handlungsspielraum für die Mitarbeitenden mit sich.

„Es ist zeitintensiv, den Mitarbeitern zu erklären, wohin die Reise geht, ihnen die Ängste zu nehmen, die Teams entsprechend zu schulen, Wissen zu vermitteln, diese Zeit macht jeder Standort für sich“, sagte Annette Pohler. „Wir müssen zuallererst unsere Leitungen inspirieren, dass das ganze Thema mehr Chancen als Risiken hat. Diese sollen dann als Multiplikatoren im Unternehmen fungieren.“

„Zunächst von mir 100 Prozent Zustimmung für das PeBeM-Konzept“, sagte Sascha Saßen, Bereichsleitung Zentrales Qualitätsmanagement Korian Deutschland, und ergänzte, neben der Organisations- und Personalentwicklung müsse zeitgleich die Technologie, die Digitalisierung, in der Pflege stattfinden. Saßen will Digitalisierungspotenziale betrachten und sehen, wie sich das auf den Personalschlüssel auswirkt. Dies geschieht im Projekt Pflege 2030: Modellprojekt für einen zielgerichteten Personaleinsatz dank (oder mit) innovativen Technologien.

Ein Beispiel sei der Einsatz von Software zur Sprachdokumentation. Diese



Ricarda Hasch, Pflegeunternehmerin und bpa-Vorsitzende in Niedersachsen, schilderte ihre Erfahrungen aus der Praxis. Von links: Dr. Steffen Zoller, CWC Care with Care GmbH, Dr. Roland Jopp, Referatsleiter Fachkräfte Ausland im BMG, bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote

funktioniere intuitiv. „Das System erkennt, was gesprochen wurde und kann es KI-basiert systematisch zuordnen. Das führt dazu, dass pro Tag und Kopf 18 Minuten Zeit (nachgewiesen vom Pflegepraxiszentrum Nürnberg) eingespart werden“, berichtete Saßen. Auf diese Weise wurden im Haus in Neuperlach, 80 Betten, klassischer Standard, drei Wohnbereiche, 8.000 Interventionen pro Tag in das System gesprochen. Das sind auch 8.000-mal, die eine Pflegekraft nicht am Computer dokumentieren muss. Die dabei gewonnene Zeitersparnis potenziere sich und gibt den Mitarbeitenden neue Freiräume.

Saschen fordert: „Wir müssen endlich anfangen ein Verständnis dafür herbeizuführen, dass die Technologien, die eingesetzt werden, nachweislich den Faktor Zeit einsparen.“ Es müsse sich auch lohnen, wenn man in moderne Techniken investiert und dürfe in Pflegegesetzverhandlungen nicht durch Kürzungen bestraft werden.

Heike Hoffer, Referatsleiterin Fachkräftesicherung Inland, Konzertierte Aktion Pflege, BMG, erinnerte an ein Förderprogramm mit bis zu 10.000 Euro für ein Coaching zur Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens. „Bitte nehmen Sie das an“, so ihr Appell.

Der nächste Hauptstadtkongress findet vom 25. bis 27. Juni 2025 im hub27 in Berlin statt. sj



Ein Jahr Personalbemessung in Pflegeheimen – Praxiseck mit Sascha Saßen, Korian, Heke Hofer, BMG, Pascal Tschörtner, bpa, sowie Annette Pohler und Andreas Geschke vom Katharinenhof

Der bpa auf der Altenpflegemesse in Essen

Rund 18.000 Besucher und mehr als 500 Aussteller kamen vom 23. bis 25. April auf der Altenpflegemesse 2024 in Essen zusammen, um sich über die neuesten Entwicklungen und Herausforderungen der Branche auszutauschen. Zu den wichtigsten Themen der Messe und des begleitenden Fachkongresses zählten in diesem Jahr die wirtschaftliche Belastung vieler Pflegeunternehmen, der Personalmangel und die Versorgungsengpässe in der ambulanten und stationären Pflege. Der bpa war mit einem Messestand in Halle 8 präsent und beim Kongress sowie in den Masterclasses mit zahlreichen Referenten vertreten.



Foto: Christopher Ratter

Die Eröffnungsveranstaltung in Essen war gut besucht



Foto: Susanne Jauch

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote vertritt die Positionen des bpa auf dem Kongress

Minister, der seinen Vorgängern vorwarf, wichtige Vorhaben liegen gelassen zu haben. Lauterbach sprach sich für eine zumindest in Teilen steuerfinanzierte Pflegeversicherung aus. „Nur über höhere Beiträge wird das nicht zu machen sein“.

Aus der Branche kam teils deutliche Kritik an der bisherigen Gesetzgebung. bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote betonte die Notwendigkeit eines umfassenden Personalsicherungsgesetzes für die Pflege. Er äußerte Skepsis angesichts der bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung und forderte eine ganzheitliche Lösung zur Sicherung des Pflegepersonals, die er später auch im Rahmen einer weiteren Diskussionsveranstaltung präziserte. Zu der Annahme, dass höhere Löhne dazu führen,

dass mehr Menschen in die Pflege gehen, entgegnete Grote: „Sorry, daran glaube ich nicht.“ Weiter erklärte der bpa-Hauptgeschäftsführer: „Die Altenpflege hatte nie ein Selbstwertproblem, sie hatte auch nie ein Problem mit der Rolle der Ärzte“. Die Bundesländer hätten die Altenpflegeausbildung schlicht nie ausreichend finanziert.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Relevanz der Pflege betonte Grote die Dringlichkeit eines Gesamtkonzeptes. Eine wichtige Maßnahme zur Sicherung der Versorgung sieht Grote in der Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Pflegeausbildungen und in der Begrenzung von Leiharbeit.

Der bpa-Hauptgeschäftsführer formulierte klare Perspektiven zur Pflegepoli-

Unter dem Titel „Pflegepolitik im Zukunfts-Check“ eröffnete Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Kongress mit einer Videobotschaft und einer Diskussion mit Spitzenvertretern der maßgeblichen Verbände. In den kommenden Jahren werden die Beschäftigten der Babyboomer-Generation in Rente gehen, gleichzeitig wird die Zahl der chronisch kranken und pflegebedürftigen Menschen bis 2030 auf sechs Millionen steigen. „Wir machen sehr grundsätzliche Gesetze und Reformen und lösen damit einen Reformstau“, sagte der



Foto: Susanne Jauch

Podiumsdiskussion zur Eröffnung mit bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote (2. v. r.) und Spitzenvertretern der maßgeblichen Verbände. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach war per Video live zugeschaltet.

tik der Zukunft. „Wir brauchen ein Pflege-Personalsicherungsgesetz!“ Grote wies darauf hin, dass bisherige Gesetze zwar die verschiedenen Aspekte der Akademisierung und der Einwanderung von Fachkräften behandelten, es aber an einem umfassenden Gesetz fehle, das alle erforderlichen Maßnahmen zur Personalsicherung in der Pflege umfasst.

„Noch nie war die Pflege so gesellschaftlich und wirtschaftlich relevant wie heute“, so Norbert Grote. Er weist darauf hin, dass der Mangel an Pflegekräften nicht nur die Pflegebranche betrifft, sondern auch andere Wirtschaftszweige beeinträchtigt und somit eine Gefahr für den Wohlstand darstellt. „Deswegen brauchen wir ein Bündel an Maßnahmen in einem Pflege-Personalsicherungsgesetz“. Norbert Grote gab Lauterbach folgende „kostenlose Tipps“ mit auf den Weg:

- Kompetenzvermutung: Eine dreijährige Pflegeausbildung von Menschen mit entsprechenden Sprachkenntnissen im Ausland muss in Deutschland grundsätzlich ohne Verfahren anerkannt werden.
- Die bundeseinheitliche Pflegeassistenzausbildung darf nicht länger als ein Jahr dauern.
- Die Leiharbeit in der Pflege muss durch einen Kostendeckel für die Preise, die Leiharbeitsunternehmen für Pflegekräfte berechnen dürfen, begrenzt werden. Dies bedarf einer Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG).
- Die generalistische Pflegeausbildung hat die Erwartungen nicht erfüllt. Die Ausbildungszahlen sind insgesamt rückläufig. Warum haben wir die viel erfolgreichere Altenpflegeausbildung abgeschafft? Darüber brauchen wir eine ehrliche Debatte!
- „Eigene Interessen zurückstellen und Versorgungsbrille aufsetzen“

In einem abschließenden Plädoyer forderte Grote alle Teilnehmenden dazu auf, unbedingt die Versorgung in Deutschland zu sichern. Grote wünscht sich, dass die eigenen Interessenslagen, den bpa eingeschlossen, mit Interessen, die man solitär als Verband artikuliert, in den Hintergrund gerückt werden, „und wir wirklich alles anhand der versorgungspolitischen Auswirkungen bewerten – da wären wir sofort dabei, denn das ist die Mega-Herausforderung. Und das ist in Teilen noch nicht in der Politik angekommen.“

bpa gibt Expertise in Masterclasses weiter

Bei den „Masterclasses“ des Messekongresses, in denen Teilnehmende konkrete Praxistipps und Impulse zu drängenden Branchenthemen mitnehmen konnten, war Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, zum Thema „Telematikinfrastruktur – Chancen für die ambulante Pflege in Theorie und Praxis“ als Experte geladen. Die Veranstaltung beleuchtete die positiven Aspekte, die mit der nun durch den bpa und andere Verbände mit dem GKV-Spitzenverband verhandelten Anbindung an die Telematikinfrastruktur (TI) entstehen.

Simon Maria Krämer, Projektmanager beim bpa-Mitgliedsunternehmen Lebensbaum aus Lindlar, informierte über

das Projekt Docs + Care. Die Projektidee ist, Vitalwerte direkt am Smartphone zu erfassen, auf das Primärsystem zu übertragen und von dort an den Arzt weiterzuleiten. Es gibt verschiedene Projektbeteiligte, zu denen ein Arzt aus dem Ort und zwei Softwareanbieter gehören. Krämer ist überzeugt, dass Pflegeunternehmen einen Mehrwert davon haben, wenn alle an die TI angeschlossen sind. Einrichtungen rät er, sehr zeitig anzufangen, sich an die TI anzubinden, da Veränderungen im Arbeitsumfeld erforderlich seien.

In jüngster Zeit haben sich Insolvenzen von Pflegeunternehmen gehäuft. bpa-Geschäftsführer Sven Wolfgram rät dazu, sich mit der Wirtschaftlichkeit des eigenen Pflegedienstes zu befassen und die Einnahmen und Ausgaben genau zu prüfen. Zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit werden in der Regel Kennzahlen herangezogen. Diese sollte man für seinen Betrieb kennen. Nico Kling, Leiter der Geschäftsstellen Nord und Ost der bpa-Servicegesellschaft, ging auf die Grundlagen betrieblicher Kennzahlen ein. Sein Tipp: „Konzentrieren Sie sich auf wenige Zahlen. Schauen Sie sich diese regelmäßig an und wenn Sie feststellen, dass da etwas in die falsche Richtung läuft, können Sie immer noch tiefer einsteigen.“

Zwischenbetriebliche Vergleiche funktionierten nur, wenn die Zahlen auch



Anbindung an die Telematikinfrastruktur mit Bericht aus der Praxis: Simon Maria Krämer, Projektmanager Docs + Care, von bpa-Mitglied Lebensbaum, und Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung



Foto: Susanne Jauch

Schauspielerin und Buchautorin Katy Karrenbauer unterstützte nicht nur die Jury des bpa-Zukunftsawards, sondern gab auch Autogrammstunden am bpa-Stand, hier mit bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein. Karrenbauer hat durch die Pflegebedürftigkeit ihres demenzkranken Vaters, den sie selbst versorgt, einen engen Bezug zur Pflegebranche entwickelt und das Buch „Ich wollte einen Hund – jetzt habe ich einen Vater“ geschrieben.

vergleichbar sind. Kling machte darauf aufmerksam, dass Pflegedienstinhaber ihre Entnahmen für das eigene Entgelt oft nicht in die Personalkosten einrechnen würden. Dies verzerre die Kostensituation erheblich. Für Personalgespräche rät er: „Fragen Sie die Bewerber, wie sie auf Ihr Unternehmen aufmerksam wurden.“ Bei der Personalsuche lasse sich viel Geld verbrennen. „Wenn Sie eine Hilfskraft im ländlichen Raum suchen, wird Ihnen Stepstone oder Monster nicht weiterhelfen.“

Pflegeunternehmer und bpa-Mitglied Kai Dase gab Tipps zum wirtschaftlichen Handeln. „Wir handeln nach einfachen Prinzipien. Unsere Mitarbeitenden müssen in die Kompetenz gebracht werden, wichtige Informationen zu verstehen und dann direkt Einfluss darauf nehmen zu können. Das ist es, worum es im Kern geht und das passiert ausschließlich im Jetzt.“ Nur in der Gegenwart werde Geld verdient.

„Wir handeln nach einem einfachen Plan. 1. Ist etwas gut fürs Unternehmen? Ist etwas nicht gut fürs Unternehmen, dann tun wir es nicht. Punkt. Gibt es unterfinanzierte Leistungen, dann erbringen wir sie nicht. Warum? Weil es uns sonst morgen wahrscheinlich nicht

mehr gibt. 2. Ist es gut für die Mitarbeitenden? 3. Ist es gut für die Patienten? Nach diesem einfachen Prinzip befähigen wir unsere Mitarbeitenden, Entscheidungen zu treffen“, so Dase.



Foto: Christopher Rietter

Die Preisträgerinnen und Preisträger des bpa-Zukunftsawards 2024 mit den Laudatorinnen und Laudatoren

Für seinen ambulanten Pflegedienst hat er ein „Orga Widget“ eingeführt. Mit Hilfe dieser Software, die jeder Mitarbeitende auf seinem Handy oder iPad installiert hat, können alle wichtigen individuellen Leistungsdaten wie Fahrzeiten, Urlaubstage, Arbeitsunfähigkeit und die Soll-/Ist-Stundenzahl tagesaktuell eingesehen werden. Jeder Mitarbeitende kann so eigenverantwortlich seine Effizienz überprüfen.

In der Masterclass „Neue Versorgungsverträge für die außerklinische Intensivpflege“ gab Dr. Oliver Stegemann, Justiziar des bpa, Einblicke in den Prozess der Vertragsgestaltung für diese Versorgungsform. Moderiert wurde die Veranstaltung von Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbe-reichsleiter stationäre Versorgung, der in weiteren Masterclasses auf der Messe, unter anderem zum Thema „Internationale Pflegekräfte gewinnen und halten“ vertreten war.

Preisverleihung des bpa-Zukunftsawards

Zu den Highlights der Messe zählte die Verleihung des bpa-Zukunftsawards. Aus rund 60 Einsendungen hatte eine Jury unter Vorsitz von bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein und besetzt mit weiteren bpa-Vertreterinnen und Vertretern sowie aus Wissenschaft, Fachmedien und der Öffentlichkeit, die drei Preisträgerinnen und Preisträger des in diesem Jahr erstmals vergebene-

nen bpa-Zukunftsawards gekürt. Neben einer Trophäe und einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro winkt den Gewinnern auch große öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Preisträgerinnen und Preisträger

In der Kategorie „Innovative Versorgung“ freute sich die Plexxon Management gGmbH mit dem Projekt „Demenz

und Lebensende“ über den Gewinn. Die Laudatio hielt Jury-Mitglied, Schauspielerin und Buchautorin Katy Karrenbauer.

In der Kategorie „Modernes Unternehmen“ gewann die Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co. KG mit dem Projekt „Zukunftsweisende Ansätze in der Personalbeschaffung – unser Weg zum Erfolg“. Die Anmoderation und Vergabe des Preises übernahm Ralf Geisel, bpa-Landesvorsitzender Hessen.

In der Kategorie „Nachhaltigkeit“ ging Pro Seniore Consulting und Conception für Senioreneinrichtungen mit dem Projekt „proud to care – Pflege ist bunt“ als Gewinner hervor. Laudator war Steve Schrader, Journalist beim Vincentz Verlag.

Innovative Projekte aus drei Kategorien

Unter dem Schlagwort „Innovative Versorgung“ konnten sich Unternehmen mit Projekten bewerben, in denen unter anderem neue Versorgungsangebote, sektorenübergreifende Versorgung und innovative Ansätze in der Versorgung dargestellt wurden.

Die Kategorie „Modernes Unternehmen“ umfasste wegweisende Projekte aus den Bereichen Personalsicherung, innovative Betriebsführung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung, moderne Unternehmensführung und Arbeitsbedingungen, Unternehmenswerte sowie Arbeitssicherheit.

Unter der Kategorie „Nachhaltigkeit“ konnten Projekte eingereicht werden, die Themen unter anderem wie Umweltschutz, nachhaltige Energien, soziales Engagement und Diversität betreffen.

Jedes ausgezeichnete Projekt wurde in einem Imagefilm porträtiert. Durch die Medienpartnerschaft mit dem Vincentz Verlag werden die Gewinnerprojekte zudem in den Fachmedien der Pflegebranche vorgestellt. Wir beglückwünschen alle Preisträgerinnen und Preisträger und freuen uns auf zahlreiche, spannende Einreichungen für die Aus-



Foto: Susanne Jauch

Austausch in entspannter Atmosphäre (von links): Manfred Hoffmann (bpa-Vorstand RLP), Rainer Wiesner (Geschäftsführer bpa-Servicegesellschaft), Frank Zwinscher (stellv. Vorsitzender bpa Sachsen) und Nathalie Kinder (bpa-Landesbeauftragte, NRW)



Mitglieder und Gäste am bpa-Stand



Fotos: Susanne Jauch

Von links: Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung sowie Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung, im Gespräch mit Thomas Eisenreich, Geschäftsführer von Home Instead

lobung des bpa-Zukunftsawards 2025, der im Herbst 2024 in die nächste Runde geht. Informationen dazu folgen auf

unseren Kanälen. Die nächste „Altenpflege“ findet vom 8. bis 10. April 2025 in Nürnberg statt. sj, mvb, cr, asz

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Theresa Schafroth, Landesbeauftragte für Thüringen

Theresa Schafroth verstärkt seit 8. April 2024 als Landesbeauftragte die bpa-Landesgeschäftsstelle in Thüringen. Die Diplom-Pflegewirtin war dreizehn Jahre als Fachbereichsleitung Soziale Dienste in der Landesgeschäftsstelle eines Wohlfahrtsverbandes sowie als Einrichtungsleitung in einer Pflegeeinrichtung tätig.



Romana Pawlak, Landesbeauftragte für Berlin

Romana Pawlak unterstützt als Landesbeauftragte seit 1. März 2024 die bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin. Die Pflegemanagerin und Gesundheits- und Krankenpflegerin hat zuvor Einrichtungen geleitet.



Magnus Hanzel, Landesbeauftragter für Baden-Württemberg

Seit Jahresbeginn verstärkt Magnus Hanzel das Team der bpa-Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg. Der ehemalige Einrichtungsleiter und Betriebswirt war über zehn Jahre in der Leitung stationärer Einrichtungen aktiv und zwischen 2018 und 2023 für die Servicegesellschaft des bpa tätig.

Sara Kossyk Hernández, Referentin für Politik in der Bundesgeschäftsstelle

Sara Kossyk Hernández unterstützt die bpa-Bundesgeschäftsstelle in Berlin seit dem 1. Januar 2024 als Referentin für Politik. Nach ihrem Studium in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht arbeitete sie in einem großen Dachverband in Berlin in den Bereichen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.



Martin Fichtner, Landesreferent für Bayern

Martin Fichtner unterstützt seit 15. Februar 2024 als Landesreferent das Team der bpa-Landesgeschäftsstelle Bayern. Als gelernter Krankenpfleger und Dipl. Pflegewirt (FH) war Martin Fichtner viele Jahre als Pflegedienstleitung und Einrichtungsleitung in der Altenpflege und der Eingliederungshilfe tätig.



Marco Battmer, Landesreferent für Niedersachsen

Marco Battmer unterstützt seit 1. Februar 2024 als Landesreferent das bpa-Team in der Landesgeschäftsstelle Niedersachsen. Nach dem Studium der Gerontologie war er als Unternehmensberater in der Gesundheits- und Pflegebranche sowie als Führungskraft bei unterschiedlichen Trägern tätig.



Anna Schwarz, Onlineredakteurin im Team der Verbandskommunikation der bpa-Bundesgeschäftsstelle

Anna Schwarz verstärkt seit 1. Februar 2024 als Onlineredakteurin das Team der Verbandskommunikation in der bpa-Bundesgeschäftsstelle Berlin. Nach journalistischen und wissenschaftlichen Stationen hat sie zuletzt Social Media und Onlinekommunikation für einen Interessenverband gestaltet.



Hannah Sophie Nayyal-Schmidt, Landesreferentin für Sachsen

Hannah Sophie Nayyal-Schmidt verstärkt seit 15. März 2024 als Landesreferentin die bpa-Landesgeschäftsstelle Sachsen. Nach ihrem Jurastudium war sie im Medizin- und Sozialrecht tätig und absolvierte zudem einen Masterstudiengang Medizin-Ethik-Recht.

Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern

Ingrid Willenborg, 15 Jahre bpa

Sie ist ein Multitalent und bewegt sich sicher in so unterschiedlichen Themenbereichen wie Telekommunikation, Fuhrpark, Gebäudemanagement, Arbeitsmedizin/Arbeitssicherheit und einige andere mehr. In der bpa-Verwaltung Bundesangelegenheiten kümmert sie sich um so gut wie alle Rahmenbedingungen für funktionierende Geschäftsstellen, so dass sich die Kolleginnen und Kollegen auf ihre fachliche Arbeit konzentrieren können. Verwaltungsmitarbeiterin Ingrid Willenborg konnte am 9. April 2024 ihr 15-jähriges Dienstjubiläum feiern. Die Kolleginnen und Kollegen in der bpa-

Verwaltung Bundesangelegenheiten, die Mitarbeitenden in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin und in den Landesgeschäftsstellen und bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote schätzen ihre Arbeit sowie ihre freundliche, zugewandte Art sehr und sind froh, Ingrid Willenborg an ihrer Seite zu wissen.

Ihre absolute Zuverlässigkeit, Sorgfalt und Loyalität, ihr Blick auf das Ganze und ihr hohes Engagement sind für die Geschäftsleitung des Verbandes ein Segen. Wir sagen „Danke“ für 15 Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, Ingrid Willenborg und die Geschäftsbereichsleiterin Zentrale Dienste & Organisation Monika Weber-Beckensträter

bpa. Wir freuen uns sehr auf die weitere Zusammenarbeit!



Der Erfolg des bpa ist eng verbunden mit dem Engagement und der Kompetenz der langjährigen Mitarbeitenden. Manfred Mauer, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Hessen in Wiesbaden, gratulierte den beiden Sekretärinnen Ulrike Herz-Beilstein (rechts) zum 20-jährigen und Nele Arzbach zum 10-jährigen bpa-Dienstjubiläum und überbrachte die Glückwünsche des Hauptgeschäftsführers Norbert Grote. Der bpa ist dankbar für ihre Treue zum Verband.

Ulrike Herz-Beilstein, 20 Jahre bpa und Nele Arzbach, 10 Jahre bpa

Ulrike Herz-Beilstein, Sekretärin in der Landesgeschäftsstelle Hessen, konnte am 15. April 2024 auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit beim bpa zurückblicken. Insbesondere bei der Organisation von Fachkongressen und Mitgliederversammlungen hat Ulrike Herz-Beilstein von Anfang an herausragendes Engagement und Organisationsstärke gezeigt. Sie ist äußerst kommunikativ und selbstmotiviert. Ihre zuverlässige und vorausschauende Arbeitsweise sowie ihre sorgfältige und zuvorkommende Organisation sorgen für eine beständige und wertschätzende Zusammenarbeit.

Die Buchhaltung der Landesgeschäftsstelle hat Ulrike Herz-Beilstein sicher im Griff und gibt dem Landesvorsitzenden und dem Geschäftsstellenleiter das beruhigende Gefühl, dass in Finanzangelegenheiten nichts anbrennen kann.

Nele Arzbach, Sekretärin in der Landesgeschäftsstelle Hessen, konnte am 1. April 2024 auf 10 Jahre erfolgreiche Arbeit beim bpa zurückblicken. Als erste Ansprechpartnerin am Telefon für ratsuchende Mitglieder, aber auch alle anderen Gesprächspartner, widmet sie sich mit Einfühlungsvermögen dem Anliegen der Anrufer und erforscht die konkrete Fragestellung. Auf Ausführungen in Mitgliederinformationen sowie Fundstellen maßgeblicher Regularien weist sie schnell hin und unterstützt hiermit die Fachmitarbeitenden. Mit absoluter Genauigkeit und in sofortiger Umsetzung registriert und bestätigt Nele Arzbach Seminar-Veranstaltungsanmeldungen sowie Um- und Abmeldungen.

Der bpa sagt „Danke“ für 20 und für 10 Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im bpa.

Axel Schnell, 25 Jahre bpa

Ohne sein selbstloses und unermüdliches Engagement hätte der bpa nicht die Entwicklung nehmen können, die dann tatsächlich erfolgte. Axel Schnell ist ein Netzwerkmeister, der fast jeden im gesundheitspolitischen Berlin kennt und gerne auch mal drei Events an einem Abend mitnimmt. Schnell ist ein Organisationstalent, dass nicht nur jede Art von Feier planen kann, vom Lobby-Stammtisch, über Weihnachtsmarktbesuche bis zu Großempfängen, sondern diese auch intensiv zu genießen weiß: mit lauter Musik, Tanz und einem kühlen Glas Crémant. Kein bpa-Frühlingsempfang und keine große interne Feier könnte ohne seine unermüdliche Vorarbeit und sein Organisationstalent stattfinden. Der Bundesgeschäftsstellenleiter und Leiter des Bereichs Politik & Lobbying Axel Schnell konnte am 1. April 2024 auf 25 sehr erfolgreiche Jahre beim bpa zurückblicken.

Verantwortung und Leidenschaft für den Verband und die privaten Anbieter zeichnen Axel Schnell aus. Keine Diskussion wird gescheut, wenn es darum geht, privates Unternehmertum in der Pflege zu stützen und regelmäßig werden lange Abende und Wochenenden geopfert, um Inhalte und Projekte umzusetzen. Die Vorgänge in Bundestag und Bundesrat hat



Bernd Tews, der ehemalige bpa-Geschäftsführer, gratulierte Axel Schnell herzlich. Beide verbindet eine langjährige Zusammenarbeit. Axel Schnell hatte seine Karriere beim bpa zunächst in Hamburg als Assistent von Tews begonnen. Schnell ist heute Bundesgeschäftsstellenleiter und Leiter des Bereichs Politik & Lobbying.

er studierte Politologie ebenso im Blick wie die Aktivitäten der Länder und der zahlreichen Behörden, die für den bpa und die Mitglieder relevant sind. Das gibt Präsidium, Gesamtvorstand und Geschäftsführung das gute Gefühl, nichts zu verpassen und alle Informationen oftmals schon mit einer fundierten Einordnung jederzeit präsent zu haben.

Bei all dem hat er erstaunlicherweise auch noch Zeit für seine Sportbegeisterung. Schnell schafft es nicht nur, sich selbst zum morgendlichen Laufen zu motivieren, sondern bringt mit den Laufstaffeln des bpa auch Kolleginnen und Kollegen in Bewegung.

Kurzum: Axel Schnell hat in all den Jahren ein unglaubliches Pensum bewältigt. Als feste Stütze des Verbandes und sichere Bank der Interessenvertretung für

unsere Mitgliedseinrichtungen freuen wir uns sehr, Axel Schnell an unserer Seite zu wissen.

Danke für 25 Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im bpa. Das Präsidium, der bpa-Hauptgeschäftsführer sowie alle Kolleginnen und Kollegen freuen sich sehr auf die weitere Zusammenarbeit!

Impressionen von der Jubiläumsfeier für Axel Schnell

Ein Vierteljahrhundert sehr erfolgreiche Arbeit für den bpa muss gefeiert werden. Das Präsidium des bpa hatte das Team der Bundesgeschäftsstelle in Berlin zur Jubiläumsfeier für Axel Schnell, Bundesgeschäftsstellenleiter und Leiter des Bereichs Politik & Lobbying, ins Restaurant RIVO-Spreeterrassen eingeladen. Hier Impressionen von der Feier:



bpa-Präsident Bernd Meurer hielt die Laudatio auf die Verdienste von Axel Schnell, ohne dessen Zuarbeit auch für ihn vieles nicht möglich gewesen wäre.



Das Präsidium des bpa hatte zum Sektempfang geladen. Vor der Kulisse der Warschauer Brücke stießen die Gäste auf Axel Schnell (2. von links) an.



Fotos: Christopher Rätter

Am Tisch mit den Präsidiumsmitgliedern (von links) Guido Reißener, Bernd Tews (ehemaliger bpa-Geschäftsführer), Axel Schnell, Bernd Meurer (bpa-Präsident), Mathias Steinbuck und Susanne Pletowski

Nefiye Güngör 25 Jahre bpa

Nefiye Güngör konnte am 1. Mai 2024 auf 25 Jahre beim bpa als Reinigungskraft zurückblicken. bpa-Landesgeschäftsstellenleiter Joachim Görtz fand bei einem Austausch in der bayerischen Landesgeschäftsstelle herzliche Worte des Dankes für ihre Treue zum bpa und ihre zuverlässige und freundliche Art. Schon in der ersten Landesgeschäftsstelle des bpa, damals noch in den Aufbaujahren der bayerischen Landesgruppe, war Nefiye Güngör dabei. Auch später, als eine mittlerweile stattliche Anzahl von Mitgliedern größere Räumlichkeiten erforderlich machte und die Landesgeschäftsstelle umziehen musste, hielt sie dem bpa die Treue. Auf Nefiye Güngör und ihre Familie war immer Verlass. Stets sorgte sie dafür, dass man sich beim bpa wohlfühlen konnte, dies gilt sowohl für die Kolleginnen und Kollegen in der Landesgeschäftsstelle als auch für die Gäste, die den bpa zahlreich besuchten. Und wenn es mal persönlich nicht ging, machte sie immer einen Vorschlag für eine kompetente Vertretung, so dass nie eine Lücke in ihrem Arbeitsbereich entstehen konnte. Sowohl die Verbandsleitung als auch alle Kolleginnen und Kollegen freuen sich auf weitere gemeinsame Jahre der Zusammenarbeit im bpa.



bpa-Landesgeschäftsstellenleiter Joachim Görtz und Reinigungskraft Nefiye Güngör



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote und Nicola Helm

Nicola Helm 15 Jahre bpa

Nicola Helm konnte am 4. Juni 2024 auf 15 Jahre erfolgreiche Arbeit beim bpa zurückblicken. Sie hat in diesen Jahren in vielen Bereichen gewirkt, in den letzten Jahren hat sie vor allem das Team der Verbandskommunikation unterstützt. Niemand hatte einen so guten Überblick über die komplizierten Verteiler und Kontaktlisten – damit hat sie für unseren guten Draht zur Öffentlichkeit gesorgt. Daneben lagen ihr die Zahlen immer am Herzen und gerade die „Kreativabteilung“ war immer froh, sie als kundige Buchhaltungsinstanz an Bord zu haben.

Zusätzlich hat Nicola Helm die oft aufwändigen administrativen Prozesse rund um das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) immer im Blick und hat mit großer Gewissenhaftigkeit Jahr für Jahr die umfangreichen Nachweise und Abrechnungen erstellt. Nur so konnten sich die Mitgliedseinrichtungen sicher sein, dass immer alles korrekt verbucht und gemeldet wurde.

Die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesgeschäftsstelle und die Geschäftsleitung schätzen ihre Arbeit sowie ihre freundliche, zuverlässige Art sehr und freuen sich, sie an ihrer Seite zu wissen. Danke für 15 Jahre erfolgreiche Arbeit im bpa. Wir freuen uns sehr auf die weitere gemeinsame Zeit.

Jutta Schier, 20 Jahre bpa

Jutta Schier, Leiterin der Landesgeschäftsstelle und Geschäftsbereichsleiterin Wirtschaft, konnte am 17. Mai 2024 auf 20 sehr erfolgreiche Jahre beim bpa zurückblicken. Sie kam 2004 als Betriebswirtin zum bpa. Die rheinland-pfälzische Landesgeschäftsstelle teilte sich damals noch die Räumlichkeiten mit den hessischen Kolleginnen und Kollegen in Wiesbaden und die gemeinsamen Fachtagungen wurden im Wechsel rechts- bzw. linksrheinisch durchgeführt. 160 Mitglieder zählte die rheinland-pfälzische Landesgruppe damals.

Jutta Schiers erfolgreiche Arbeit im Land hat sich allerdings schnell auch bei den (noch) nicht beim bpa organisierten Einrichtungen herumgesprochen. Folgerichtig wurde mit dem zunehmenden Mitgliederzuwachs – mittlerweile umfasst die bpa-Landesgruppe weit über 600 Einrichtungen – bald eine separate Landesgeschäftsstelle in der Landeshauptstadt Mainz sowie die fortlaufende Verstärkung des Teams notwendig.

Ein Team, das Jutta Schier mit Weitblick aufgebaut hat und das zurecht stolz auf seine Leiterin ist. Doch damit nicht genug: Neben ihrer Tätigkeit als Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle engagiert sie sich zusätzlich seit Jahren für die Pflege-Gesellschaft Rheinland-Pfalz, in der Jutta Schier als langjähriges Vorstandsmitglied mit ihrer großen Expertise und Kompetenz aus pflegepolitischer Verantwortung nun Vorstandsvorsitzende wurde.

Sollte es noch in einer historisch sehr von der Wohlfahrtspflege geprägten Region wie Rheinland-Pfalz irgendwelche Zweifel an der Kompetenz und der Bedeutung der privaten Pflege gegeben haben, hat Jutta Schier diese mit ihrer gewinnenden Persönlichkeit und der Fähigkeit, Menschen zusammenzuführen, restlos ausgeräumt. Und seit 2023 hat sie zudem die Leitung des im bpa neuen Geschäftsbereichs Wirtschaft und Research übernommen – eine Herausforderung, der sie sich sehr engagiert stellt und ein Themenfeld, das ihr als Betriebswirtin sehr am Herzen liegt.

Dass Jutta Schier eine passionierte Langstreckenläuferin ist, ist auch in ihrer Arbeit für den bpa zu spüren, die von Ausdauer, kluger Strategie und viel Power geprägt ist. Mit ihrer Erfolgsgeschichte ist Jutta Schier ein leuchtendes Beispiel und Vorbild für Viele im Verband. Beim bpa kann man auch ohne Egoismus und beständige Arbeitgeberwechsel Karriere machen, wenn man ihre Qualitäten mitbringt.

Danke für 20 Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im bpa.



bpa-Präsident Bernd Meurer (rechts) mit Jutta Schier, Leiterin der Landesgeschäftsstelle und Geschäftsbereichsleiterin Wirtschaft, und bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote



Schokotorte für Jutta Schier von ihrem Team in Mainz

Ihre Ansprechpartner beim bpa

Bundesgeschäftsstellen

Friedrichstraße 148 · 10117 Berlin
 Hauptgeschäftsführer: **Norbert Grote**
 Geschäftsführer: **Pascal Tschörtner** (Leiter des Geschäftsbereichs stationäre Versorgung)
Sven Wolfram (Leiter des Geschäftsbereichs ambulante Versorgung)
 Leiterin Geschäftsbereich Recht: **Ise Neumann**
 Leiter der Bundesgeschäftsstelle: **Axel Schnell**
 Telefon: +49 30 308788-60
 Telefax: +49 30 308788-89
 bund@bpa.de

Leiterin Geschäftsbereich Zentrale Dienste und Organisation: **Monika Weber-Beckensträter**
 Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 info@bpa.de

Leiterin Geschäftsbereich Wirtschaft:
Jutta Schier
 Rheinallee 79-81 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 Jutta.schier@bpa.de

Baden-Württemberg

Stefan Kraft
 Mobil: +49 172 4154918
Berthold Denzel
 Mobil: +49 173 5222451
Magnus Hanzel
 Mobil: +49 160 5855636
Sven Schumacher
 Mobil: +49 160 98187594
Christian Aigner
 Mobil: +49 171 6538350
Nicole Küstner
 Mobil: +49 173 2092456
 Marienplatz 8 · 70178 Stuttgart
 Telefon: +49 711 96049-60
 Telefax: +49 711 96049-70
 baden-wuerttemberg@bpa.de

Bayern

Joachim Görtz
 Mobil: +49 174 3463969
Fritz Habel
 Mobil: +49 173 7000943
Stefan Hahnemann
 Mobil: +49 173 9004059
Falk Roßkopf
 Mobil: +49 151 11601408
Johannes Keller
 Mobil: +49 151 23894889
Stephanie Ludinsky
 Mobil: +49 151 57256349
Martin Fichtner
 Mobil: +49 151 58496208
 Westendstraße 179 · 80686 München
 Telefon: +49 89 890448320
 Telefax: +49 89 890448321
 bayern@bpa.de

Berlin

Margarete May
 Mobil: +49 175 1091507
Adrian Imhof
 Mobil: +49 172 4154943
Romana Pawlak
 Mobil: +49 151 74555227
 Spichernstraße 12 A · 10777 Berlin
 Telefon: +49 30 338475250
 Telefax: +49 30 338475279
 berlin@bpa.de

Brandenburg

Sabrina Weiss
 Mobil: +49 152 21732243
Uwe Mahrla
 Mobil: +49 172 4154939
Sarah Kolbe
 Mobil: +49 151 58441210
 Schopenhauerstraße 7 · 14467 Potsdam
 Telefon: +49 331 97 92 33 70
 Telefax: +49 331 97 92 33 79
 brandenburg@bpa.de

Bremen/Bremerhaven

Johanna Kaste
 Mobil: +49 151 74128429
 Wachtstraße 17–24 · 28195 Bremen
 Telefon: +49 421 68544175
 Telefax: +49 421 68544177
 bremen@bpa.de

Hamburg

Philip Eckhardt
 Mobil: +49 151 15885353
Michael Lorenz
 Mobil: +49 151 21561400
Sören Fenner
 Mobil: +49 174 1837313
 Süderstraße 24 · 20097 Hamburg
 Telefon: +49 40 25307160
 hamburg@bpa.de

Hessen

Manfred Mauer
Sabine Söngen
 Mobil: +49 172 9911727
Stefan Hißnauer
 Mobil: +49 172 2438503
Oliver Hauch
 Mobil: +49 172 4103485
Markus Ahne
 Mobil: +49 151 72317292
Astrid Jestel-Rücker
 Mobil: +49 173 2751623
Mirjam Abraham
 Mobil: +49 151 41498624
 Schiersteiner Str. 86 · 65187 Wiesbaden
 Telefon: +49 611 341079-0
 Telefax: +49 611 341079-10
 hessen@bpa.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dietmar Schmidt
 Mobil: +49 173 5186323
Anja Welenz
 Mobil: +49 172 3275680
Rona Lehmköster
 Mobil: +49 172 5329688
Carolin Möller
 Mobil: +49 90159111
 Köpmarkt – Am Grünen Tal 19 · 19063 Schwerin
 Telefon: +49 385 3992790
 Telefax: +49 385 3992799
 mecklenburg-vorpommern@bpa.de

Niedersachsen

Carsten Adenäuer
 Mobil: +49 1525 1672305
Jens Krüger
 Mobil: +49 173 6024877
Hinrich Ennen
 Mobil: +49 174 3051402
Björn Aselmeyer
 Mobil: +49 172 2832135
Marco Battmer
 Mobil: +49 173 9138325
Nils Schwichtenberg-Zech
 Mobil: +49 160 92625800
Florian Araschmid
 Mobil: +49 162 1321678
 Herrenstraße 5 · 30159 Hannover
 Telefon: +49 511 123513-40
 Telefax: +49 511 123513-41
 niedersachsen@bpa.de

Nordrhein-Westfalen

Christine Strobel
 Mobil: +49 162 1311314
Iris Potthof
 Mobil: +49 160 92628199
Michael Siering
 Mobil: +49 173 1792829
Andrea Grote
 Mobil: +49 173 2062868
Sandra Mertins
 Mobil: +49 151 50945463
Henning Sittlinger
 Mobil: +49 160 3321459
Nathalie Kinder
 Mobil: +49 151 10642636
Kirsten Hinz
 Mobil: +49 173 6434880
Julia Rother
 Mobil: +49 151 70254198

David Schulz

Mobil: +49 162 2431280
 Friedrichstraße 19 · 40217 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 311393-0
 Telefax: +49 211 311393-13
 nordrhein-westfalen@bpa.de

Rheinland-Pfalz

Jutta Schier
 Mobil: +49 173 2063932
Petra Therre
 Mobil: +49 151 19115274
Katrin Möller
 Mobil: +49 172 5300969
Jan-Christoph Harnisch
 Mobil: +49 170 8079188
Barbara Goetsch
 Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 rheinland-pfalz@bpa.de

Saarland

Angela Eicher
 Mobil: +49 173 7464956
Mechthild Hoffmann
 Mobil: +49 151 15282066
 Heinrich-Barth-Straße 18 · 66115 Saarbrücken
 Telefon: +49 681 9488840
 Telefax: +49 681 9488842
 saarland@bpa.de

Sachsen

Jacqueline Kallé
 Mobil: +49 162 1341356
Olaf Schwabe
 Mobil: +49 173 7053759
Rudolf Pietsch
 Mobil: +49 172 2009392
Hannah Sophie Nayyal-Schmidt
 Mobil: +49 171 1271380
 Elsterstraße 8a · 04109 Leipzig
 Telefon: +49 341 529044660
 Telefax: +49 341 52904489
 sachsen@bpa.de

Sachsen-Anhalt

Daniel Heyer
 Mobil: +49 172 2690689
Anja Girschik
 Mobil: +49 160 8444538
Fabian Herrmann
 Mobil: +49 175 7227525
 Haeckelstraße 9 · 39104 Magdeburg
 Telefon: +49 391 24358630
 Telefax: +49 391 24358659
 sachsen-anhalt@bpa.de

Schleswig-Holstein

Kay Oldörp
 Mobil: +49 174 3327860
Roland Weißwange
 Mobil: +49 174 3427564
Anke Buhl
 Mobil: +49 160 6698384
Lars Tosch
 Mobil: +49 160 5566654
Dr. Wienke Jacobsen
 Mobil: +49 151 17214324
 Hopfenstraße 65 · 24103 Kiel
 Telefon: +49 431 66947060
 Telefax: +49 431 66947089
 schleswig-holstein@bpa.de

Thüringen

Thomas Engemann
 Mobil: +49 172 3167969
Mathias Räder
Theresa Schafroth
 Mobil: +49 151 21304878
 Haarbergstraße 61a · 99097 Erfurt
 Telefon: +49 361 6538688
 thuringen@bpa.de

Seminare**Regine Arnhold**

Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 seminare@bpa.de

bpa Europavertretung

europa@bpa.de
 Tel. +49 30 30878860
 Fax +49 30 30878889

bpa Servicegesellschaft

Servicegesellschaft mbH des Bundesverbandes
 privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Hauptgeschäftsstelle

Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 93024-0
 Telefax: +49 6131 93024-29
 Hotline: 0800 5005225
 info@bpa-servicegesellschaft.de

Rainer Wiesner

wiesner@bpa-servicegesellschaft.de

Michael Diehl

diehl@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Nord

Süderstraße 24 · 20079 Hamburg
 Telefon: +49 40 253071620
 infoNord@bpa-servicegesellschaft.de

Lars Becker

becker@bpa-servicegesellschaft.de

Lucas Scheybal

scheybal@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Süd

Rumfordstraße 10 · 80469 München
 Telefon: +49 89 57879857
 infoSued@bpa-servicegesellschaft.de

Michael O. Haile

haile@bpa-servicegesellschaft.de

Lisa Riehle

riehle@bpa-servicegesellschaft.de

Thomas Geier

geier@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle West

Werdener Straße 6 · 40227 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 59828939
 infoWest@bpa-servicegesellschaft.de

Gunnar Michelchen

michelchen@bpa-servicegesellschaft.de

Arnaud Liminski

liminski@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Ost

Mehringdamm 66 · 10961 Berlin
 Telefon: +49 30 30111066
 infoOst@bpa-servicegesellschaft.de

Nico Kling

kling@bpa-servicegesellschaft.de

Dustin Deichsel

deichsel@bpa-servicegesellschaft.de

Versicherungen**Hans-Jürgen Erhard**

Rudolf-Wild-Str. 102 · 69214 Eppelheim
 Telefon: 0800 5005225
 versicherungen@bpa-servicegesellschaft.de

Konzeptionen**Marlies Enneking**

Meyers Grund 14 · 49401 Damme
 Telefon: 0800 5005225
 konzeptionen@bpa-servicegesellschaft.de

Impressum**Herausgeber:**

bpa.Bundesverband
 privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
 Friedrichstraße 148, 10117 Berlin

Redaktion bpa:

Norbert Grote (verantwortlich)
 Susanne Jauch

Autoren:

Norbert Grote (ng)
 Pascal Tschörtner (pt)
 Sven Wolfgram (swo)
 Martin von Berswordt-Wallrabe (mvb)
 Susanne Jauch (sj)
 Christopher Ratter (cr)
 Anna Schwarz (asz)
 Stefan Kraft (sk)
 Berthold Denzel (bd)
 Joachim Görtz (jg)
 Simone Bauer (sb)
 Margarete May (my)
 Oliver Stemmann (ste)
 Sabrina Weiß (swe)
 Uwe Mahrla (mah)
 Sarah Kolbe (kol)
 Hannelore Bitter-Wirtz (hbw)
 Carolin Möller (cm)
 Anja Welenz (awe)
 Dietmar Schmidt (dsch)
 Carsten Adenäuer (cad)
 Hinrich Ennen (he)
 Florian Araschmid (ara)
 Christine Strobel (cs)
 Iris Potthof (ipo)
 David Schulz (ds)
 Hans Peter Knips (hpk)
 Petra Therre (the)
 Angela Eicher (eic)
 Stefan Vogler (vog)
 Jacqueline Kallé (jk)
 Judith Richter (jr)
 Fabian Herrmann (herr)
 Anke Buhl (abu)
 Jens Meier (jm)
 Thomas Engemann (te)
 Mirjam Abraham (abr)
 Kristina Bogimov (kbo)
 Philipp Eckhardt (eck)
 Robert Mittelstädt (rm)

Redaktionsanschrift:

bpa.Magazin
 Friedrichstraße 148, 10117 Berlin
 jauch@bpa.de

Redaktionsschluss:

5 Wochen vor Erscheinungstermin

Gestaltung:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
 Betriebsstätte Berlin – Abteilung Grafikdesign
 Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
 ubg365.de

Fotografen:

Arne Pöhnert
 Meike Kenn
 Marlies Meerbach
 Michael Hübner/BDA
 Christopher Ratter (cr)
 Susanne Jauch (sj)
 Joachim Görtz (jg)
 Wohlbedacht e.V.
 Sabine Wächter/AOK
 Christian Aigner
 Margarete May (my)
 Oliver Stemmann (ste)
 Kathleen Friedrich
 Sabrina Weiß (swe)
 Sarah Kolbe (kol)
 Claudia Siegfried
 Carolin Möller (cm)
 Dietmar Schmidt (dsch)
 Carsten Adenäuer (cad)
 Ursula Stein
 Anette Knips
 David Schulz (ds)
 Bastian Knobloch/ASB LV RLP
 Neana Segond
 Stefan Vogler (vog)
 Judith Richter/BIP Chemnitz GmbH
 Anke Buhl (abu)
 Lars Tosch
 Nina Seimetz
 Melina Sönnichsen
 Pflegezentrum Sonnenschein
 Christian Bernard
 Stefan Hißnauer
 Curacon GmbH
 E.C.H.O.
 Holger Hegermann
 Florian Araschmid (ara)
 Petra Zickmann
 Kristina Bogimov (kbo)
 Philipp Eckhardt (eck)

Die nächste Ausgabe des bpa.Magazins

erscheint voraussichtlich am 24. September 2024
 ISSN 0947-4285 Ausgabe #126

16:39     44%

bpa.newsletter

Ihr **bpa.newsletter**: Mit dem Wichtigsten aus Pflege, Eingliederungshilfe sowie Kinder- und Jugendhilfe. Von aktuellen politischen Entwicklungen über Branchentrends bis hin zu Fachinformationen.

Die Top-Themen heute für Sie:

- "Die Bundesregierung muss endlich in Krisenmodus schalten." bpa-Präsident Meurer zu Lauterbach-Äußerungen wegen gestiegener Pflegebedürftigenzahlen"
- Bei Anruf Sorry: Kampagne zum Versorgungsmangel
- vdek und bpa fordern "Kompetenzvermutung" für internationale Pflegekräfte
- Cool bleiben: Hitzeschutzmaßnahmen für Pflegeeinrichtungen



bpa

**Immer auf dem Laufendem
mit dem bpa.newsletter –
Jetzt auch für Nicht-Mitglieder**

